

Per Fax an 0221-220-2000

Herrn Tom Buhrow
Intendant
Westdeutscher Rundfunk

50600 Köln

Velbert, 14.06.2013

Hilfearuf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation

Widerspruch gegen Gebührenbescheid

Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

**Hier: Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-,
Verwaltungs- und Justiz-Skandal**
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren

Sehr geehrter Herr Buhrow,

die ARD Doku "Gustl Mollath" (In den Fängen von Justiz, Politik und Psychiatrie)
zeigt nur die Spitze eines Eisbergs in Deutschland. Ihre Vorgängerin in der
Intendanz haben wir zu unserem Fall dreimal höflich angeschrieben,
nach dem 3. Schreiben ist sie zurückgetreten, nachlesbar in der Internet-Cloud.

Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren:

08. GEZgnadenlos:

Rücktritt nach 3 Schreiben anstatt Verantwortung zu übernehmen

Untätigkeit trotz ausführlicher Informationen

Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf Opfer der UMTS-Auktion 2000

09. Wir sind Geschädigte, wir sind nicht schuld daran und können nichts daran ändern, wenn verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 bis heute nicht aufgearbeitet sind, wenn wir eine totale Diskriminierung trotz unserer Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland ertragen müssen, wenn wir deswegen Stundung der Gebühren beantragen müssen. Daher nochmals eine Information in Kurzform

10. Lebenserfahrungen der Geschädigten zu einem Scherbenhaufen deutscher Politik, deutscher Verwaltung und deutscher Justiz: Vorwürfe gegen einen sogenannten Rechtsstaat

11. Recht auf Schadenersatz und Rehabilitierung: Anhörungsresistenz des Deutschen Bundestags und der Justiz ist Ursache für Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten

12. Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten sind ein Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit wegen Diskriminierung ihres Rechts auf Schadenersatz und Rehabilitierung

13. Staatshaftung für einen Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal: Schadenersatz und Rehabilitierung sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können

14. Informationsskandal: 13 Jahre lang Informationssperre über verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000

15. Geschädigte wollen keinen Nachlass der Rundfunkgebühren, sondern Stundung bis zur rechtsstaatlichen Klärung von Schadenersatz und Rehabilitierung. Daher unsere Bitte um Unterstützung

Der Schriftsatz ist nachlesbar in der Internet-Cloud

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Zu 08. GEZgnadenlos:

Rücktritt nach 3 Schreiben anstatt Verantwortung zu übernehmen

Untätigkeit trotz ausführlicher Informationen

Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf Opfer der UMTS-Auktion 2000

Ihre Vorgängerin in der Intendanz haben wir zu unserem Fall dreimal höflich angeschrieben

1. Anschreiben am 29.01.2011: Im Rahmen unserer **Petition Pet 1-17-09-703-005442 an den Deutschen Bundestag haben wir Frau Piel und Personen Ihres Wirkungskreises**

(Herrn Prof. Markus Schächter, Intendant des ZDF
Herrn Dr. Willi Steul, Intendant des DEUTSCHLANDRADIO
Herrn Ruprecht Polenz, Vorsitzender des ZDF-Fernsehrats)
am 29.01.2011 angeschrieben:

Sehr verehrte Frau Piel, sehr geehrte Herren,

Wie ist es möglich,

- > **dass** mit einer folgenschweren UMTS-Auktion 2000 Existenz-Grundlagen vernichtet werden,
- > **dass** die Innovationsfähigkeit einer führenden Zukunftsbranche (Punkt 25 der Petition) begraben wird,
- > **dass** ein Unternehmens-Genozid (Punkt 12 der Petition) ausgelöst wird,
- > **dass** ein Jahrhundert-Desaster zum Schaden von Deutschland (Punkt 35 der Petition) veranstaltet wird,

ohne dass sich jemand darüber wundert? Das System Deutschland mit seinem Grundgesetz ist ein Sanierungsfall, weil es die Sensibilität für solche Schadensdimensionen verloren hat, weil Menschen dieses Landes trotz ihrer Grundrechte darunter zu leiden haben, ohne dass sie sich wehren können und konnten. Darüber habe ich mit Schreiben vom 03.01.2011 im Rahmen meiner Petition beim Deutschen Bundestag Informationen geliefert, die zum Nachdenken anregen sollten:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf>

.....

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf>

2. Anschreiben vom 31.12.2012: Wir haben die Intendantin um Ihre Aufmerksamkeit und Unterstützung in folgender Angelegenheit gebeten:

Schriftsatz vom 31.12.2012:

Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzugnisse über

27 Jahre Innovation durch Telekommunikation

Einspruch gegen GEZ-Bescheid

01. Innovation durch Telekommunikation

Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,

zu den Innovationsschwerpunkten der

Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003

02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-

Höchstleistungen: UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen

- 03.** Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen.
Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung
- 04.** Widerspruchsbescheid des Westdeutdeutschen Rundfunks ist eine hinterlistige Manipulation des Sachverhalts in Täuschungsabsicht, Notsituation von der GEZ gnadenlos ausgenutzt unter dem Deckmantel der Sachfremdheit von UMTS
- 05.** Intendanz ist verantwortlich für die gnadenlose Treib- und Hetzjagd der GEZ, die von uns in einer Serie von Schriftsätzen informiert ist und diese als Sachfremdheit von UMTS abwimmelt
- 06.** Bis heute: Diskriminierung aller Rehabilitierungsbemühungen,
bis heute: Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitierung,
bis heute: Unterdrückung von Zeugenaussagen und Beweisen
- 07.** Stundung der GEZ-Gebühren bis zur gerichtlichen Klärung von Schadenersatz und Rehabilitierung
Rettung herausragender Zeitzeugnisse über 27 Jahre Innovation durch Telekommunikation

Das Schreiben an die Intendantin vom 31.12.2012 ist nachlesbar in
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

3. Anschreiben vom 16.01.2013 an die Intendantin:

" Auf unseren Hilfeauftrag zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
und unseren Einspruch gegen GEZ-Bescheid
mit Schriftsatz vom 31.12.2013 haben wir bis heute keine Antwort erhalten.

Statt dessen wird die Treib- und Hetzjagd auf Opfer der UMTS-Auktion 2000 mit Schreiben vom 02.01.2013 (eingegangen am 09.01.2013) durch Ihre Abteilung Recht und Personal mit totaler Diskriminierung unserer Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-Höchstleistungen fortgesetzt (siehe Anlage 1 im Schreiben vom 16.01.2013).

Wir wehren uns gegen diese Treib- und Hetzjagd auf Opfer der UMTS-Auktion 2000 und totaler Anschluss-Diskriminierung mit einer

Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht Karlsruhe

gegen Treib- und Hetzjagd auf die Person des Beschwerdeführers im Widerspruch zu Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)
wegen verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und totaler Anschluss-Diskriminierung durch den Verursacher (Bundesrepublik Deutschland)

**Hier: Treib- und Hetzjagd der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, vertreten durch die Stadt Velbert, gegen Opfer der UMTS-Auktion 2000
Massiver Verstoß gegen Anspruch auf rechtliches Gehör
gemäß Art.103 Abs.1 GG:**

Die Verfassungsbeschwerde haben wir unserem Schreiben vom 16.01.2013 an Sie beigefügt. Diese ist nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Ende Januar 2013 hat die Intendantin ihren Rücktritt erklärt.

Zu 09. Wir sind Geschädigte, wir sind nicht schuld daran und können nichts daran ändern, wenn verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 bis heute nicht aufgearbeitet sind, wenn wir eine totale Diskriminierung trotz unserer Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland ertragen müssen, wenn wir deswegen Stundung der Gebühren beantragen müssen. Daher nochmals eine Information in Kurzform

Über 27 Jahre haben die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH, **von den Geschädigten geplant, organisiert und dokumentiert**, weltweit herausragende Leistungen für den Innovationstransfer in Deutschland erbracht und exzellente Innovationseffizienz ermöglicht. Mit diesen Congressmessen wurden über 27 Jahre hochqualifizierte Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland geschaffen. Im Jahr 2000 war die deutsche ITK-Branche **Weltspitze**.

Mit der spektakulären und folgenschweren UMTS-Auktion in 2000 wurden **über 50 Mrd EUR** (in Europa 100 Mrd EUR) aus der ITK-Branche, noch dazu in einer Rezessionsphase, herausgepresst. Die Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 waren verheerend und dauern bis heute an. Mit dem Auktionsergebnis wurde ¼ des Bundeshaushalts auf Kosten des innovationsorientierten Mittelstandes der ITK-Branche, der sog. New Economy, finanziert. Über 27 Jahre war diese Innovationselite, der innovationsorientierte Mittelstand der ITK-Branche, der Hauptkundenstamm der Congressmessen der Geschädigten.

Die verheerenden Folgewirkungen folgten abrupt, sodass die allgemein bekannte **Agenda 2010 alternativlos** war.

Aus einer blühenden ITK-Branche, mit über 12 % jährlichem Umsatzwachstum in 1999/2000, mit der Telekommunikation als Innovationstreiber, wurde eine Branche ohne Perspektive, mit der

Telekommunikation auf Dauer-Schrumpfkurs seit über 12 Jahren. Der CeBIT-Niedergang geht nun in das 13. Jahr. Die Computermesse CeBIT, die in 2009 eine Viertel Mrd € (250 Mio) Verlustausgleich von den staatlichen Anteilseignern (Steuergelder) erhalten hat, ist das Spiegelbild einer heruntergewirtschafteten ITK-Branche.

Die Schockwirkung auf Firmen-Neugründungen der gesamten deutschen Wirtschaft (Maßstab für globale Wettbewerbsfähigkeit) ist bis heute nachhaltig: In 2001: 1,6 Mio Neugründungen.

In 2012: Weniger als 0,8 Mio Neugründungen mit Tendenz nach unten gemäß KfW-Gründungsmonitor Mai 2013.

Die herausragende Leistung der Congressmessen, das Lebenswerk des Geschädigten und seiner Ehefrau, ist unbestritten, sodass nicht nur **Dr. Johannes Rau**, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, als Schirmherr diese persönlich eröffnet hat, nachlesbar in der Internet-Cloud (mit Print-Dokumenten nachweisbar)

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

weil mit dem weltweit einmaligen Konzept des Innovationstrfers durch diese Congressmessen ein signifikanter Beitrag zum Aufbau der deutschen ITK-Branche geleistet wurde. Darüber hinaus haben ihre Congressmessen mit herausragenden Plenarveranstaltungen und VIP-Symposien den heutigen **"Nationalen IT-Gipfel"** (heute unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums) in jährlichem Turnus umgesetzt, auf dem heute in jährlichem Turnus **die Bundeskanzlerin** eine Gipfelrede hält. Diese Congressmessen sind das Lebenswerk der Geschädigten.

Den Geschädigten, Rentner der Kriegsgeneration des Jahrgangs 1941, wurden ansehnliche Altersrücklagen als Folge eines staatlichen Markteingriffs der Monsterklasse (UMTS-Auktion 2000 mit dem weltweit größten Auktionsbetrag) rücksichtslos weggenommen. Es ist eine Lebenserfahrung der besonderen Art im Rechtsstaat Deutschland, weil die Geschädigten bis heute, seit 13 Jahren vergeblich, um das Recht auf Schadenersatz und Rehabilitierung kämpfen müssen.

Zu 10. Lebenserfahrungen der Geschädigten zu einem Scherbenhaufen deutscher Politik, deutscher Verwaltung und deutscher Justiz: Vorwürfe gegen einen sogenannten Rechtsstaat

UMTS-Auktion 2000: Mit der spektakulären und folgenschweren UMTS-Auktion in 2000 wurden **über 50 Mrd EUR** (in Europa 100 Mrd EUR) aus der ITK-Branche, noch dazu in einer Rezessionsphase, herausgepresst. Mit dem Auktionsergebnis wurde $\frac{1}{4}$ des Bundeshaushalts auf Kosten des innovationsorientierten Mittelstandes der ITK-Branche, der sog. New Economy, des Hauptkundenstamms des Klägers, finanziert. Auswirkungen der UMTS-Auktion haben in der 2. Hälfte des Jahres 2001 gegriffen:

Congressmesse ONLINE 2001 im Jan. 2001: **Erfolgreichste Congressmesse seit den 70er Jahren** trotz Rezessionsphase!

Congressmesse ONLINE 2002 im Jan. 2002: **Verlustreichste Congressmesse seit den 70er Jahren.** Vergleichbare Erfahrungen bei der Computermesse CeBIT 2001 und 2002 (CeBIT seit 1986) mit dem Unterschied eines staatlichen Verlustausgleichs für die CeBIT.

Einstellung der Congressmessen (Existenzgrundlage des Klägers) wegen hoher Verluste der ONLINE 2002 und 2003. Einbruch des Innovationswachstums in Deutschland. Die Geschädigten, mit ausgewiesenem Know-how und Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer und Innovationseffizienz, unternahmen sofort intensive Bemühungen um eine **Innovationsoffensive** im Bundeskanzleramt und in den zuständigen Bundesministerien (Beweis: Briefe in der Internet-Cloud einsehbar), solange ansehnliche Altersrücklagen (2 Lebensversicherungen, Wertpapiere etc.) und Kredite reichten. Trotzdem verweigerte die Bundesregierung jede Unterstützung der Innovationsoffensive.

Der **Nationale IT-Gipfel**, der in den Congressmessen des Klägers mit herausragenden Plenarveranstaltungen und VIP-Symposien in jährlichem Turnus umgesetzt wurde, auf dem heute in jährlichem Turnus die **Bundeskanzlerin** eine Gipfelrede hält, wird seit 2006 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums durchgeführt.

Dieses Verhalten der Bundesregierung ist skandalös und nichts anderes als **totale Diskriminierung eines Opfers ihrer UMTS-Auktion 2000, Vernichtung der Existenz-Grundlage der Geschädigten, Enteignung und Vernichtung aller ihrer Altersrücklagen infolge totaler Diskriminierung.**

Unbestreitbar ist, dass hierfür ein Rechtsstaat Verantwortung übernehmen muss.

Zu 11. Recht auf Schadenersatz und Rehabilitation: Anhörungsresistenz des Deutschen Bundestags und der Justiz ist Ursache für Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten

Im Jahr 2010 sind die Altersrücklagen aufgebraucht.

Geschädigte haben ein Recht auf Schadenersatz und Rehabilitation. Nach jahrelangen, intensiven Bemühungen zur Wiederaufnahme ihrer lebenslangen Arbeit mit herausragenden Arbeitsleistungen betreiben sie auf der Basis des Grundgesetzes die gerichtliche Durchsetzung ihres Rechtsanspruches auf Schadenersatz und Rehabilitation:

März 2010: **Petition an den Deutschen Bundestag** mit Anträgen auf Schadenersatz und Rehabilitation

Pet 1-17-09-703-005442

UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen und anschließende Diskriminierung durch das Bundesministerium BMWi, nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf>

Petition ohne Chance in der Warteschlange, im Dezember 2011 ohne Beachtung eines Einspruchs formales Ende.

Oktober 2010: **Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10** wegen erbärmlichen Missbrauchs des Petitionsgrundrechtes, nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf>

Nichtannahme zur Entscheidung ohne Begründung.

Februar 2011: **014 K 014/11 Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal** Zwangsversteigerung des Geschäftshauses trotz intensiver Bemühungen um Fortsetzung ihrer Geschäftstätigkeit, nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LG-WUP.pdf>

März 2011: **VG 27 K 66.11 Verwaltungsgericht Köln / Berlin**

Klage auf Schadenersatz und Rehabilitation

wegen verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 (Telekommunikation)

Albin Ockl (Kläger) gegen Bundesrepublik Deutschland, nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VWG-110311.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/OVG-2.pdf>

Klage auf Schadenersatz und Rehabilitation mit juristischen Scheinargumenten abgewimmelt, Prozesskostenhilfe verweigert, Zulassung von Beweisen und Zeugen verweigert.

Oktober 2011: **Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2937/11 und 2 BvR 2547/11** gegen gerichtliche Hoheitsakte wegen systemischer Grundrechtsverletzung (grundrechtswidrige Kollateralschäden durch konkurrierende Gerichtsverfahren) im Umfeld verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000, nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-10.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-11.pdf>

Dezember 2011 / Januar 2012: Nichtannahme zur Entscheidung ohne Begründung.

Februar 2012: **Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) 12092/12** gemäß Artikel 34 der Europäischen Menschenrechtskommission (Individualbeschwerde)
Verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und massive wirtschaftliche Diskriminierung in einem nicht vorstellbaren Ausmaß
12 Jahre verheerende Folgewirkungen und Diskriminierung seit der UMTS-Auktion 2000, nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/EGMR-0.pdf>

Umfangreiche Schriftsätze wurden erstellt und sind einsehbar in der Internet-Cloud, sie werden auf Anforderung auch als autorisierte Printmedien verfügbar gemacht. **Diskriminierung** wird von deutscher Justiz bis heute nicht bewertet. Diskriminierend sind auch die Informationsdefizite der Gerichte über die verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000, mangelndes Verständnis für entscheidungserhebliche Bedeutung der Unterscheidung von Verbrauchermarkt und Innovationsmarkt u.a.m.

Das staatliche Regulierungsrecht und ein entsprechendes Regulierungsgesetz (Telekommunikationsgesetz) sind **auf den nationalen Verbrauchermarkt** fokussiert. Im Verbrauchermarkt treffen Anbieter (z.B. Netzbetreiber, Diensteanbieter) und Verbraucher (Endbenutzer der Telekommunikation) aufeinander.

Es ist ein massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes, wenn mit der Regulierung des Verbrauchermarktes der Innovationsmarkt zerstört wird (Unternehmens-Genozid der Innovationselite der ITK-Branche durch UMTS-Auktion 2000),
wenn mit der Regulierung Unternehmer enteignet werden und ihre Existenz-Grundlage zerstört wird. Das ist nicht mehr Unternehmer-Risiko, sondern eklatanter staatlicher Missbrauch des Regulierungsrechtes.
Die Geschädigten haben in exponierter Stellung den Innovationsmarkt dominiert und aufgrund von Planung und Durchführung der führenden Congressmessen in Deutschland die beschriebenen Vorgänge miterlebt und miterlitten. Sie sind Zeitzeugen ungeheuerlicher Vorgänge.

Zu 12. Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten sind ein Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit wegen Diskriminierung ihres Rechts auf Schadenersatz und Rehabilitation

Rechtsstaatlichkeit definiert sich als

Grundrecht gemäß Art.20 Abs.3 GG: "Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz **und Recht** gebunden." Diese Vorschrift bedeutet einen Vorrang der Verfassung vor den einfachen Gesetzen, nach denen die vollziehende Gewalt handelt.

Grundrecht gemäß Art.20 Abs.4 GG: "Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist."

Aufgrund der beschriebenen Vorgänge verstoßen Verwaltungsakte und Gerichtsbeschlüsse massiv gegen die Rechtsstaatlichkeit, wenn mit Anhörungsresistenz das Recht der Geschädigten auf Schadenersatz und Rehabilitation keinerlei Beachtung findet.

Für Opfer der UMTS-Auktion 2000 ist es nicht weiter hinnehmbar, dass der **verantwortliche Verursacher der verheerenden Folgewirkungen des UMTS-GAU aus 2000, die Bundesrepublik Deutschland**, jede Zeit der Welt hat, die Verantwortung abzuleugnen und die Liquidierung der Opfer durch kommunale Zwangsmaßnahmen auszusetzen, indem von den Geschädigten mit staatlicher Brachialgewalt Leistungen gefordert werden, die sie aufgrund der Schadenswirkungen des UMTS-GAU nicht mehr bringen können, andererseits jedes Verfahren über Schadenersatz bis heute abgelehnt wird.

Zu 13. Staatshaftung für einen Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal: Schadenersatz und Rehabilitation sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können

Um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können, sind die **Geschädigten auf rechtsstaatliche Gerichtsbeschlüsse angewiesen**, in denen ihr Recht auf Schadenersatz und Rehabilitation respektiert wird. In diesem Zusammenhang verweisen die Geschädigten auf folgende laufende Gerichtsverfahren, in denen **Stundung von Sozial- und Steuer-Abgaben** aufgrund verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 **und totaler Diskriminierung durch Politik, Verwaltung und Justiz** beantragt sind:

Zivilgerichtliches Verfahren vor dem Landgericht Wuppertal / Oberlandesgericht Düsseldorf wegen Unfähigkeit, monatliche Krankenversicherungsbeiträge zu bezahlen:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LG-WUP-2.pdf>

Sozialgerichtliches Verfahren vor dem Sozialgericht Düsseldorf wegen Unfähigkeit, monatliche Pflegeversicherungsbeiträge zu bezahlen:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>

Ordnungswidrigkeitsverfahren vor dem Amtsgericht Mettmann / Landgericht Wuppertal wegen Unfähigkeit, monatliche Pflegeversicherungsbeiträge zu bezahlen:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME2.pdf>

Stundung der Abgaben an öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten

wegen Unfähigkeit, monatliche Beiträge zu bezahlen:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Stundung der kommunalen Grundabgaben wegen Unfähigkeit, Abgaben gemäß jährlicher Grundsteuerbescheide zu bezahlen:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/vwgve.pdf>

Nach **verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000** und totaler Diskriminierung durch Politik, Verwaltung und Justiz: Unvorstellbare Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten in einem sogenannten Rechtsstaat! Diese Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten steht im Widerspruch zu Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren).

Zu 14. Informationsskandal: 13 Jahre lang Informationssperre über verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000

13 Jahre lang Informationen über verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 der Öffentlichkeit vorenthalten? In Abstimmung mit dem Rundfunkrat (?) der Öffentlichkeit vorenthalten? Dadurch wurde eine transparente Politik verhindert und der Schaden für Deutschland vergrößert. **Qualitätsjournalismus** sollte Zusammenhänge aufzeigen. Die Betroffenen sind allein gelassen und müssen die Zusammenhänge selber suchen.

Insgesamt entzog der europäische Fiskus mit den UMTS-Auktionen im Jahr 2000 den europäischen Telekommunikationsunternehmen 100 Milliarden Euro (davon 50 Mrd aus Deutschland), **deren Investitionstätigkeit daraufhin bis 2005 völlig zum Erliegen kam.** Der Entzug der 100 Milliarden Euro war für die Mobilfunkunternehmen, für ihre Auftragnehmer bzw. Ausrüster derart kontraproduktiv, dass die so sehr erhoffte Fortsetzung des globalen Erfolgs- und Siegeszugs der GSM-Mobilfunktechnologie(2G) mit UMTS(3G) oder LTE(4G) chancenlos war. Der resultierende UMTS-GAU wurde erst in den Folgejahren erkennbar. Die Betroffenen sind bis heute allein gelassen.

Es ist frustrierend, mit ansehen zu müssen, wie Abgeordnete des Deutschen Bundestags heute kostenlos iPhones und iPads erhalten, **ohne** zu hinterfragen, warum es keine deutsche Smartphones gibt, **ohne** zu wissen, dass Computer und Telefonie deutsche Väter haben, **ohne** sich bewusst zu sein, dass der Deutsche Bundestag mit dem Telekommunikationsgesetz die Voraussetzungen für diese skandalösen Entwicklungen geschaffen hat.

Deutsche Forscher und Unternehmer haben im vergangenen Jahrhundert mit Pionierleistungen für IT und TK Meilensteine gesetzt, wie z.B. die Computerpioniere Konrad Zuse und Heinz Nixdorf, Rudolf Hell, Erfinder der Fax- und Scannertechnologie, oder auch Nobelpreisträger Peter Grünberg, auf dessen nanotechnischen Forschungen Ende des letzten Jahrhunderts die heutige Festplattentechnik basiert.

Was deutsche Forscher, deutsche Unternehmer und insbesondere der innovationsorientierte Mittelstand für die ITK-Branche im letzten Jahrhundert geleistet haben, wurde in 10 Jahren unter Federführung des BMWi in einem für Leistungsträger des deutschen Mittelstandes unerträglichen Maße heruntergewirtschaftet.

Heute stehen chinesische Experten aus Shanghai als Entwicklungshelfer in Düsseldorf am Rhein (anstatt umgekehrt), um Kommunikationsnetze weiter zu entwickeln, weil der Hochleistungs-Mittelstand in Deutschland gedeckelt ist, in einem Kompetenzbereich, auf dem Deutschland in den 90er Jahren bis 2000 Weltspitze gewesen ist. Es ist einfach nur frustrierend, miterleben zu müssen, dass die EU-Kommission jetzt sogar Strafzölle auf chinesische Telekommunikationsprodukte erheben möchte, obwohl sie mitschuldig ist am Niedergang der deutschen und europäischen Telekommunikationsbranche.

Es ist nicht akzeptabel, dass **Intendanten und Chefredakteure des öffentlich-rechtlichen Fernsehens qualifizierte Berichte über die verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 mit transatlantischer Schadensdimension bis heute verhindert haben.** Es ist ein völliges Versagen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der für den Schaden an Deutschland daher mitverantwortlich zu machen ist. Der Geschädigte ist in mehreren Schreiben auf die verantwortlichen Intendanten und Chefredakteure zugegangen, wie z.B.

Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz, Brief vom 09.10.2007 an den Vorsitzenden der ARD
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf>
und mit gleichem Inhalt an den Intendanten des ZDF
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ZDF.pdf>
Professionell & Chancenlos (2) Email an alle Intendanten von ARD / ZDF am 16.10.2007

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf>
Unterstützung der Politmagazine angeboten: Erfolgreiche Antwort vom 30.10.2007 auf ein Schreiben von ARD-Chefredakteur
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ARD2.pdf>

Qualitätsjournalismus mit dem Anspruch, vierte Macht im Staat zu sein, sollte demokratischer Aufklärer, Kontrolleur der Regierenden und Mahner der Mächtigen sein.

Zu 15. Geschädigte wollen keinen Nachlass der Rundfunkgebühren, sondern Stundung bis zur rechtsstaatlichen Klärung von Schadenersatz und Rehabilitierung. Daher unsere Bitte um Unterstützung

Um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können, sind die Geschädigten auf rechtsstaatliche Gerichtsbeschlüsse angewiesen, **in denen ihr Recht auf Schadenersatz und Rehabilitierung respektiert wird.**
Siehe Kapitel 13.

Warum sollten öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten darüber hinaus Unterstützung geben?

Weil sie selbst und Deutschland davon nur profitieren können, wenn Sie mehr Mut zum Agieren zeigen. Die Beschränkung auf Reagieren kostet Überzeugungskraft und Glaubwürdigkeit.

Weil seit der Jahrtausendwende so viele Fehler gemacht wurden, die man endlich erkennen muss, wenn in Deutschland richtige Entscheidungen und Weichenstellungen vorgenommen werden sollen und müssen, auch wenn sie unangenehm sind! Selbst Agenda 2010 wäre vermeidbar gewesen!

Weil in Deutschland das Grundgesetz und die Europäische Menschenrechtskonvention wieder mehr Beachtung und Respekt erhalten sollte. Auf deutschen Amtsgerichten und in kommunalen Verwaltungen werden Justiz- und Verwaltungsübergriffe in einem nicht mehr vorstellbaren Ausmaß produziert.

Gegen den Gebührenbescheid vom 03.05.2013 (eingegangen am 16.05.2013) erheben wir vorsorglich **Widerspruch**.

Seit **August 2010** sind wir um eine Stundung der GEZ-Beiträge/Rundfunkbeiträge bis zur gerichtlichen Klärung von Schadenersatz und Rehabilitierung bemüht.

Seit **August 2000** sind wir Opfer der UMTS-Auktion 2000.

Mit der Klärung von Schadenersatz und Rehabilitierung ist auch die Zukunft unseres Congressband-Archivs zu klären (Rettung herausragender Zeitzeugnisse über 27 Jahre Innovation durch Telekommunikation), das wir in unser Privathaus gerettet haben.

Wir würden uns freuen, Ihre Unterstützung auf Stundung der Rundfunkgebühren **bis zur rechtsstaatlichen Klärung von Schadenersatz und Rehabilitierung** zu erfahren. Die ARD Doku "Gustl Mollath" (In den Fängen von Justiz, Politik und Psychiatrie) zeigt nur die Spitze eines Eisbergs in Deutschland.

Mit freundlichen Grüßen



Albin L. Ockl

Anlage

Gebühren-/Beitragsbescheid vom 03.05.2013 (eingegangen am 16.05.2013)

Legende unserer Schreiben an die Intendanz des WDR

Schriftsatz vom 31.12.2012

Hilfearuf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Einspruch gegen GEZ-Bescheid

01. Innovation durch Telekommunikation

Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003

02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-
Höchstleistungen: UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen

03. Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen.
Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung

04. Widerspruchsbescheid des Westdeutdeutschen Rundfunks ist eine
hinterlistige Manipulation des Sachverhalts in Täuschungsabsicht, Notsituation
von der GEZ gnadenlos ausgenutzt unter dem Deckmantel der Sachfremdheit
von UMTS

05. Intendanz ist verantwortlich für die gnadenlose Treib- und Hetzjagd der GEZ,
die von uns in einer Serie von Schriftsätzen informiert ist und diese als
Sachfremdheit von UMTS abwimmelt

06. Bis heute: Diskriminierung aller Rehabilitierungsbemühungen,
bis heute: Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitierung,

bis heute: Unterdrückung von Zeugenaussagen und Beweisen

07. Stundung der GEZ-Gebühren bis zur gerichtlichen Klärung von
Schadenersatz und Rehabilitierung

Rettung herausragender Zeitzeugnisse über 27 Jahre Innovation durch
Telekommunikation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Schreiben vom 16.01.2013:

Zusendung der Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Schriftsatz vom 14.06.2013: Widerspruch gegen Gebührenbescheid

Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren:

08. GEZgnadenlos:

Rücktritt nach 3 Schreiben anstatt Verantwortung zu übernehmen

Untätigkeit trotz ausführlicher Informationen

Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf Opfer der UMTS-Auktion 2000

09. Wir sind Geschädigte, wir sind nicht schuld daran und können nichts daran
ändern, wenn verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 bis heute
nicht aufgearbeitet sind, wenn wir eine totale Diskriminierung trotz unserer
Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland ertragen müssen, wenn wir
deswegen Stundung der Gebühren beantragen müssen. Daher nochmals eine
Information in Kurzform

10. Lebenserfahrungen der Geschädigten zu einem

Scherbenhaufen deutscher Politik, deutscher Verwaltung und deutscher Justiz:
Vorwürfe gegen einen sogenannten Rechtsstaat

11. Recht auf Schadenersatz und Rehabilitierung:
Anhørungsresistenz des Deutschen Bundestags und der Justiz ist Ursache für Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten
12. Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten sind ein Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit wegen Diskriminierung ihres Rechts auf Schadenersatz und Rehabilitierung
13. Staatshaftung für einen Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal: Schadenersatz und Rehabilitierung sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können
14. Informationsskandal: 13 Jahre lang Informationssperre über verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000
15. Geschädigte wollen keinen Nachlass der Rundfunkgebühren, sondern Stundung bis zur rechtsstaatlichen Klärung von Schadenersatz und Rehabilitierung. Daher unsere Bitte um Unterstützung
- > > > Siehe oben
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Legende der Eingaben an die GEZ seit dem 11.06.2012

01. Ausführliche Informationen an die GEZ über die Ursache unserer Zahlungsunfähigkeit
02. Vorwurf an die GEZ: Sittenwidrige Ausnutzung der finanziellen Notlage geschädigter, wehrloser Bürger
03. Vorwurf an die GEZ: Sie verstößt gegen ihre Verpflichtung im Rundfunkstaatsvertrag, auf die Notlage von Gebührenzahler Rücksicht zu nehmen
04. Vorwurf an die GEZ: Mangel an Respekt vor europäischen Institutionen, europäischen Gerichten und Menschenrechte
05. Es reicht! Antrag auf sofortige Einstellung der eingeleiteten Zwangsvollstreckung
06. Verabscheuungswürdig und nicht mehr hinnehmbar: Zustände wie in einer Bananen-Republik
07. Befehle sind zu verweigern, wenn Menschenrechte verletzt werden
08. Hausfriedensbruch: Vorsätzliche Verletzung des verfassungsrechtlich geschützten Gutes der Unverletzlichkeit befriedeter Besitztümer
09. Missachtung der Beschwerde gegen Gerichtsbeschluss: Stundung der GEZ-Gebühren bis zum Abschluss meiner Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung gegen die Bundesrepublik Deutschland
10. GEZ verweigert die Kommunikation über soziale Verpflichtungen, um die nächste Zwangsmaßnahme einzuleiten. Daher: Antrag auf Vollstreckungsverzicht und Stundung der Rundfunkgebühren
11. Für Opfer der UMTS-Auktion2000 unerträglich, von den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten wie "eine Sau durchs Dorf getrieben" zu werden
12. Eine Kommunikation auf diesem Niveau ist für uns beschämend, aber leider nicht vermeidbar
13. Wir wollen keine sozialen Leistungen, sondern Schadenersatz und Rehabilitierung für erbrachte Weltklasse-Höchstleistungen, um GEZ-Gebühren zahlen zu können
14. Härtefall-Regelung nach §6 Absatz (3) des Rundfunkgebührenstaatsvertrags ist sinngemäß anzuwenden ohne Begrenzung auf RF-Zeichen

Unsere Eingaben an die GEZ sind in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Per Fax an 0221-220-2000

Herrn Tom Buhrow
Intendant
Westdeutscher Rundfunk

50600 Köln

Velbert, 07.07.2014

Hilfearuf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über

27 Jahre Innovation durch Telekommunikation

Widerspruch gegen Gebührenbescheid

Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

**Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-,
Verwaltungs- und Justiz-Skandal**

**Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen
Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die
Beigeladenen herbeizuführen.**

Sehr geehrter Herr Buhrow,

die ARD Doku "Gustl Mollath" (In den Fängen von Justiz, Politik und Psychiatrie)
in 2013 hat nur die Spitze eines Eisbergs in Deutschland gezeigt.

Ihre Vorgängerin in der Intendanz haben wir zu unserem Fall dreimal höflich
angeschrieben, nach dem 3. Schreiben ist sie zurückgetreten, nachlesbar in der
Internet-Cloud.

Die Öffentlich-Rechtlichen sollten endlich bekennen, inwieweit sie die Opfer der
staatlichen UMTS-Auktion 2000 ebenfalls diskriminiert haben und diskriminieren.

Begründung / Information (mit fortlaufender Nummerierung):

16. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten: Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung) gegen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel (Beklagte)

17. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Missbrauch von Staatsgewalt, Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, Bürger 2.Klasse im sogenannten Rechtsstaat Deutschland haben keine Grundrechte

18. Vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zum Verwaltungsgericht Regensburg: Bruder von bayerischer Verwaltung in den Tod getrieben. Notlage des Alleinerben aus staatlicher UMTS-Auktion 2000 gnadenlos ausgenutzt, um Berufung am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof abzulehnen

19. Rundfunk mit privilegiertem Informationsauftrag sollte nicht diskriminieren, sondern sich aktiv an der Aufklärung beteiligen: Öffentlicher Rundfunk darf nicht für staatliche Zwecke instrumentalisiert werden

Zu 16. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten: Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung) gegen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel (Beklagte)

Mit Schriftsatz vom 15.07.2013 haben wir, Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000, gegen den Widerspruchsbescheid des Westdeutschen Rundfunks vom 27.06.2013 und gegen erneute Einleitung von Zwangsmaßnahmen wegen Ablehnung des Stundungsantrags für Rundfunkgebühren geklagt und Prozesskostenhilfe beantragt. Bisher ohne Erfolg.

Wir sind gezwungen, aufgrund folgenschwerer Auswirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 auch Antrag auf Stundung der Grundabgaben zu stellen, und sind darum bemüht, vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf in der Klagebegründung die Vorgänge der staatlichen UMTS-Auktion 2000, die folgenschweren Auswirkungen und die **anschließende Diskriminierung und Diffamierung in Verwaltung, Bundesregierung und Justiz darzustellen und zu beweisen. Hervorragende Beweismittel und hochqualifizierte Zeugen sind verfügbar.**

Die gesamte Klagebegründung basiert auf **Telekommunikationsrecht.**

Nicht nur bedauerlich, so geht infame judikative Diskriminierung:

Die gesamte Klagebegründung mit **Telekommunikationsrecht** wurde abgetrennt, zum Klagetorso ohne Klagebegründung wurde Urteil gesprochen wegen Kommunalrecht bzw. Rundfunkrecht, Rechtsbereiche, die von uns überhaupt nicht bestritten wurden.

Unerträglich sind Justizverfahren, wenn von einer Richterin mit laufendem Befangenheitsantrag Recht gesprochen wird.

Unerträglich ist, wenn das deswegen erforderliche Beschwerdeverfahren in ein längst beendetes Prozesskostenhilfe-Antragsverfahren vom 14. Senat des Oberverwaltungsgerichtes Münster umgedeutet und mit Beschluss abgewimmelt wird. Ein solches Beschwerdeverfahren ist einfach nur **Rechtsbeugung** (Straftatbestand). Gegen dieses Justizverfahren wurde Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht Leipzig eingereicht. Das Beschwerdeverfahren dauert an.

Durch eine derartige Rechtsprechung wurde uns ein weiteres Lebensjahr gestohlen.

Ein deutscher Rechtsstaat, der nach 14 Jahren seit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu einer Jahrhundert-Ungerechtigkeit solche Justiz-Verfahren produziert und nur neue Ungerechtigkeiten hinzufügen kann, hat seinen Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit schwer beschädigt.

Aufgrund dieser Vorgänge hat der Beklagte, Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und totaler staatlicher Diskriminierung, eine erneute Klage mit Schriftsatz vom 15.06.2014 beim Verwaltungsgericht Düsseldorf erhoben:

Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

gegen

Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel (Beklagte)

mit Beiladung von Kläger und Beklagten weiterer beteiligter Gerichtsverfahren, um den Beigeladenen eine eigene Beurteilung über Schuld und Unschuld wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung) zu ermöglichen: Siehe Anlage.

Auch der Westdeutsche Rundfunk, von Ihnen vertreten, ist beigeladen. Siehe Anlage A. Wir sind nicht die Schuldigen. Wir sind der Überzeugung, dass der öffentliche Rundfunk durch solche Justizverfahren, wie oben beschrieben, auch beschädigt wird und Überlegungen anstellen sollte, mit einer qualifizierten Informationsarbeit gegenzusteuern.

Die erneute Klage umfasst 16 Kapitel auf 42 Seiten zusätzlich zu ausführlichen Beweisunterlagen, die 3 große Ordner füllen:

Siehe Anlage A und B.

Angeboten werden außerdem

> > > hochqualifizierte Zeugenaussagen und

> > > Original-Beweisunterlagen aus dem Archiv der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von IT und Telekommunikation.

Zu 17. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Missbrauch von Staatsgewalt, Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, Bürger 2.Klasse im sogenannten Rechtsstaat Deutschland haben keine Grundrechte

Wie kann durch eine staatliche UMTS-Auktion 2000 Existenz-Grundlage und Lebenswerk zerstört werden? Viele, die sich das fragen, kennen nicht einmal den Unterschied zwischen UMTS und GSM. Bundestagsabgeordnete erhalten heute iPhone, iPad und Laptop vom Deutschen Bundestag und machen sich keinerlei Gedanken, warum deutsche Produkte Fehlanzeige sind. Für kommunale Verwaltung und kommunale Polizei sind wir nur Abgabenverweigerer. Grundrechte zur Abwehr von Verwaltungs- und Polizeiübergriffen werden uns nicht mehr zugestanden.

Inzwischen sind wir zu Bürgern 2.Klasse herabgestuft, denen nach Bedarf Grundrechte verweigert werden dürfen.

Nur ein Beispiel jüngsten Datums:

Mit Schriftsatz vom 22.06.2014 musste ich Anzeige erstatten gegen den Polizei-Bezirksdienst des Kreises Mettmann

**wegen Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung
ohne Vorlage eines Haftbefehls und
wegen Hausfriedensbruch und
wegen Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender
Rufschädigung:** Siehe Anlage C.

Faktenlage ist, dass der Kläger (**wir**) Opfer **verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler staatlicher Diskriminierung** ist und dadurch in eine unverschuldete Notlage geraten ist.

Der Kläger ist dementsprechend gezwungen, Stundung der Krankenversicherung, der Pflegeversicherung, der Rundfunkgebühren und der Grundabgaben vor den zuständigen Gerichten einzuklagen. Darüber hinaus ist er gezwungen, Klage auf Rehabilitation und Schadenersatz gegen den deutschen Staat zu führen.

Dies alles ist dem verantwortlichen Staatsanwalt (Amtsanwalt des Kreises Mettmann) bekannt. Dieser Amtsanwalt hat wegen Nicht-Bezahlung von Pflegeversicherungsbeiträgen ein 2-jähriges Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen uns betrieben, obwohl dies ordnungsgemäß beim Sozialgericht Düsseldorf verhandelt wird. Das Ordnungswidrigkeitsverfahren wurde vom Amtsgericht Mettmann mit Freispruch auf Staatskosten eingestellt. Wegen eines strittigen Restbetrags von 150 € (Staatskosten aus dem Freispruch sind bis heute nicht erstattet) wurde der Polizei-Bezirksdienst gegen mich entsprechend obiger Anzeige in Gang gesetzt. Dies alles in einem sog. Rechtsstaat.

Zu 18. Vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zum Verwaltungsgericht Regensburg: Bruder von bayerischer Verwaltung in den Tod getrieben. Notlage des Alleinerben wegen staatlicher UMTS-Auktion 2000 gnadenlos ausgenutzt, um Berufung am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof abzulehnen

Mein Bruder Wendelin Josef Ockl ist das Todesopfer für ein Prestige-Projekt bayerischer Politik und Verwaltung. Der Verstorbene war Inhaber eines qualifizierten Lebensmittelbetriebs (Bäckerei- und Konditoreiprodukte mit Premium-Auszeichnungen anerkannter Institutionen), eines tourismus-attraktiven Damwild-Geheges und einer Wasser-Turbinenanlage zur regenerativen, ökologischen Energieerzeugung.

Seit den 90er Jahren hat sich mein Bruder vergeblich dagegen gewehrt, dass auf seinem Hofgrundstück

eine Pumpwerksanlage des regionalen Fäkalien-Abwassernetzes in 10m Entfernung von seinem Lebensmittelbetrieb mit bestialisch stinkenden Emissionen bei stunden- und tagelangen Störfällen mit Rohrbrüchen in 5m-Entfernung

in Existenz bedrohender Weise für seinen Lebensmittelbetrieb mit qualifizierten, immer wieder prämierten Bäckerei- und Konditoreiprodukten (keine Massenproduktion)

von der Verwaltungsgemeinschaft Mitterteich (einschließlich Gemeinde Leonberg) errichtet wurde und betrieben wird. Die Errichtung der Pumpwerksanlage wurde mit heimlicher Manipulation der Grundstücksrechte des Verstorbenen auf der Basis von NS-Dokumenten aus 1943, mit Unterstützung vor allem der Verwaltungsgerichte, rücksichtslos mit brachialer Gewalt durchgesetzt.

Der Widerstand des Verstorbenen sollte mit ständigen Schikane-Verwaltungsakten, Verwaltungsbescheiden, Verwaltungsübergriffen und selbst mit Androhung von Psychiatrie-Einweisung wie bei Herrn Mollath gebrochen werden.

Hauptverantwortlich für die ständigen Schikane-Verwaltungsakte und Verwaltungsübergriffe gegen seinen Lebensmittelbetrieb und sein Damwild-Gehege war

Gottfried Pankratius Stauer, 1. Bürgermeister der Gemeinde Leonberg bis März 2014 und leitender Beamter des Landratsamtes Tirschenreuth.

Die schikanierenden Verwaltungsübergriffe erreichten im März 2012 mit einer überfallartigen Betriebschließung durch eine 8-Personen-Task-Force ihren finalen Höhepunkt. Einzige Zielsetzung einer über 20 Jahre andauernden Treib-

und Hetzjagd war, den Widerstand gegen die betriebsnahe Positionierung der **Pumpwerkstation des öffentlichen Fäkalien-Abwassernetzes auf dem Hofgrundstück des Verstorbenen in 10 m Entfernung vom Bäckerei/Konditorei-Betrieb mit Qualitätsprodukten notfalls mit Brachialgewalt zu brechen**, auch mit dem Risiko des wirtschaftlichen Ruins und des Lebens des verstorbenen Bruders.

Kriminelles Kalkül der Verwaltung: Mit dem wirtschaftlichen Ruin des Verstorbenen wurde das extrem hohe Kontaminierungsrisiko aus dem Hygiene-Desaster des Fäkalien-Kanalisationsnetzes beherrschbar. Mit rücksichtsloser Betriebsschließung unter dem Deckmantel des Lebensmittelrechts, mit diffamierenden Pressekampagnen zu Hygienemängeln, mit einer unnötigen, Schaden maximierenden Rückholanordnung aus über 40 Verkaufsstellen, mit Verweigerung von Kurzarbeitergeld u.a.m. wurde dies erreichbar.

Der Total-Schaden des Verstorbenen war die **verbrecherische Zielsetzung, um jeglichen Widerstand gegen das Prestige-Projekt bayerischer Politik und Verwaltung ein für alle Mal zu brechen.**

Bayerische Verwaltungsjustiz hat längst registriert, welchen Scherbenhaufen die Verantwortlichen in einem beispiellosen Verwaltungs-, Umwelt- und Justiz-Skandal hinterlassen haben, und hat durch **kriminelle Rechtsbeugung** verhindert, Verantwortung für die aufzuräumenden Scherben zu übernehmen. Ich habe die Faktenlage des Scherbenhaufens für die Starfanzeige beim Generalbundesanwalt aufgelistet:

- ⊗ Wirtschaftlicher Ruin des verstorbenen Bruders,
- ⊗ Zerstörung seines Bäckereibetriebs mit Qualitätsprodukten,
- ⊗ Wasser-Turbinenriebwerk in Verrostungsstillstand versetzt
- ⊗ Zwangsräumung und Beseitigung des gesamten Damwild-Geheges, obwohl dies durch BGH-Urteil in 2012 abgewiesen wurde
- ⊗ Unbewältigte NSDAP-Vergangenheit mit Schlüsselbedeutung für Treib- und Hetzjagd hat das 2.Todesopfer gefordert: (1. Todesopfer: Vater des Klägers, 2.Todesopfer: Bruder des Klägers)
- ⊗ Manipulation von Grundstücksrechten mit NS-Dokumenten aus 1943, aus einer Zeit mit Ausnahmezustand, Weltkriegszustand, unter der direkten Verantwortung von NSDAP-Parteimitgliedern (Väter der beschuldigten Haupträdelsführer)
- ⊗ Schädigung des Lebensmittelbetriebs mit Qualitätsprodukten durch Katastrophen-Pumpwerksanlage eines Fäkalienabwassernetzes auf dem Hofgrundstück des verstorbenen Klägers,
- ⊗ bestialisch stinkende Störfälle von stunden- und tagelanger Dauer mit Umwelt vergiftenden Emissionen des Fäkalien-Abwassernetzes in 5m-Entfernung vom Lebensmittelbetrieb des verstorbenen Klägers,
- ⊗ Verseuchung von Grund, Boden, Umfeld und Räume des Lebensmittelbetriebs durch Emissionen und kontaminiertes Hochwasser

- ⊗ Missbrauch von Staatsgewalt, Lebensmittelrecht, Strafrecht, Tierschutzrecht und v.a.m. in einer über 20 Jahre dauernden Treib- und Hetzjagd auf den Verstorbenen mit ständigen Gerichtsverfahren, mit parallelen Gerichtsverfahren, mit Verwaltungsschikanen, mit Zwangsgeldbescheiden usw.
- ⊗ massive Verletzung der Grundrechte des Verstorbenen am laufenden Bande durch ständige Verwaltungsübergriffe einer Schreckensverwaltung
- ⊗ massive Verstöße gegen Europäische Menschenrechtskonvention Artikel 6 (Recht auf ein faires Verfahren),
- ⊗ Vernichtung des Stammsitzes eines alteingesessenen Müllergeschlechts, deren Stammbaum bis in das 17. Jahrhundert (30-jähriger Krieg) dokumentiert ist,
- ⊗ Finaler Vernichtungsschlag mit einer 8-Personen-Task-Force (O-Ton des exekutierenden Landratsamtes) in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd des Verstorbenen
- ⊗ Freitod des Verstorbenen im Juli 2012, der mit einer Menschenrechte verachtenden Treibjagd durch die Verwaltung eiskalt erzwungen wurde,
- ⊗ Beschädigung der Erbschaft in einer Weise, sodass der klagende Erbe nur noch Nachlass-Insolvenz anmelden konnte und nun auf eigenes Risiko Berufung gegen katastrophale Gerichtsurteile eines anhörungsresistenten Verwaltungsgerichtes erstreiten muss
- ⊗ Judikative Rechtsbeugung
....durch Unterdrückung von Schlüsseldokumenten und Verweigerung der Berufung in den verwaltungsgerichtlichen Verfahren zur Rehabilitierung des Verstorbenen

Mit der Hypothek einer unverschuldeten Notlage aufgrund verheerender Folgewirkungen aus der staatliche UMTS-Auktion 2000 war es mir nicht möglich, eine Berufung ohne anwaltliche Vertretung durchzusetzen. Meine Strafanzeige wegen Rechtsbeugung wurde vom Generalbundesanwalt nicht weiter verfolgt mit dem Hinweis, dass eine gerichtliche Klärung mit einem Berufungsverfahren möglich sei.

Weitere Informationen zur Strafanzeige und zum Berufungsantrag:

- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GBA-W01.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VGE5-Lkpost.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VGE4-Lkpost.pdf>

Zu 19. Rundfunk mit privilegiertem Informationsauftrag sollte nicht diskriminieren, sondern sich aktiv an der Aufklärung beteiligen: Öffentlicher Rundfunk darf nicht für staatliche Zwecke instrumentalisiert werden

Der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, **Ferdinand Kirchhoff**, hat im Zusammenhang mit der „Causa Brender“ (ZDF) darauf hingewiesen, dass das Grundgesetz verbiete, den öffentlichen Rundfunk für „staatliche Zwecke zu instrumentalisieren“. Als Beigeladener in unserem Gerichtsverfahren hätten Sie Gelegenheit, seriös und objektiv über die „Causa ONLINE & Staatliche UMTS-Auktion 2000“ einen aktiven Beitrag zu leisten. 16 Kapitel unserer Klagebegründung (Anlage A) geben erste Hilfestellung: Detailliert in der Internet-Cloud

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

zum Beispiel Kapitel 5

05. Super-Milliardengrab mit milliardenschweren Spätfolgen: Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit weltweit größtem Auktionsbetrag von über 50 Milliarden EUR

Branchenfremde Verwendung für erfolglose Haushaltssanierung: Mit Auktionsbetrag 25%-Loch im Bundeshaushalt gestopft, nach 1 Jahr wirkungslos verpufft

Die deutsche UMTS-Auktion 2000 erbrachte den weltweit größten Auktionsbetrag, der bei einer staatlichen Versteigerung von Funkfrequenzen je erreicht worden ist: Über 50 Mrd. EUR sind **mehr als 50.000 Mio EUR**. Das waren 620 € Lizenzkosten je Einwohner in Deutschland. In Großbritannien wurden 38 Mrd EUR ersteigert. In ganz Europa wurden insgesamt 100 Mrd EUR ersteigert (12 Mrd EUR im Rest-Europa ohne Deutschland und Großbritannien).

Zum Vergleich: Der **Hauptstadt-Flughafen Berlin-Brandenburg** ist ein besonders aktuelles Beispiel für ein Milliardengrab. Aufgrund schwerwiegender Fehler bei Planung und Bau sind die Kosten von ursprünglich 1,7 Mrd EUR (2004) auf zurzeit 5 Mrd EUR (2014) angewachsen. Bis zur Fertigstellung werden die Kosten auf **mind. 8 Mrd EUR** geschätzt. Die Kosten fallen seit Baubeginn sukzessive an und sind auf viele Schultern (alle Steuerzahler) verteilt.

Niemand spricht über die **milliardenschweren Spätfolgen der staatlichen UMTS-Auktion 2000:**

Es wäre längst an der Zeit, die Leistung verantwortlicher Politiker zu HARTZ IV und Agenda 2010 neu zu bewerten.

Milliardenschwere Spätfolgen: Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 werden nun seit 14 Jahren in einer unerträglichen Weise diskriminiert: Wir haben im neuen Gerichtsverfahren 3 volle Ordner mit Beweisunterlagen zusammengetragen und vorgelegt (Anlage B). Es ist nur die Spitze eines Eisbergs.

Anlagen im Ordner 3

**Qualifizierte Information über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und über das deutsche Messewesen in 2004
Ausgewählte Kommunikation als Beweisunterlagen zur staatlichen Diskriminierung**

Ordner 3 enthält auch Unterlagen über die **Diskriminierung durch den öffentlichen Rundfunk**, der gemäß Grundgesetz zu große Staatsnähe vermeiden sollte. Beweisunterlagen über Diskriminierung auch in der Internet-Cloud einsehbar:

Anlage 3.74 in Ordner 3:

Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf>

Anlage 3.75 in Ordner 3:

Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf>

Anlage 3.94 in Ordner 3:

Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel vom 29.01.2011 anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?

UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:

Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf>

Anlage 3.96 in Ordner 3:

Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012 und 16.01.2013
(Rücktritt Ende Januar 2013)

**Hilfearuf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation**

Widerspruch gegen GEZ-Bescheid

Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Anlage 3.97 in Ordner 3:

Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013

**Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-,
Verwaltungs- und Justiz-Skandal**

Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Dies ist nur eine Vorabinformation zum neuen Gerichtsverfahren. Um Beachtung wird gebeten. Gerne höre ich von Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen



Albin L. Ockl

Anlage A zum Schriftsatz vom 05.07.2014

Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit Schriftsatz vom 15.06.2014
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

gegen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel
(Beklagte)

mit Beiladung von Kläger und Beklagten weiterer beteiligter Gerichtsverfahren
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Anlage B zum Schriftsatz vom 05.07.2014

3 Ordner Beweisunterlagen der Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit Schriftsatz vom 15.06.2014

Anlage C: Anzeige und Klage vom 22.06.2014

wegen Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung
ohne Vorlage eines Haftbefehls und

wegen Hausfriedensbruch und

wegen Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung

Legende unserer Schreiben an die Intendanz des WDR

Schriftsatz vom 31.12.2012

Hilfearuf zur Rettung herausragender Zeitzugnisse über

27 Jahre Innovation durch Telekommunikation

Einspruch gegen GEZ-Bescheid

01. Innovation durch Telekommunikation

Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003

02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-

Höchstleistungen: UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen

03. Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen.

Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung

04. Widerspruchsbescheid des Westdeutschen Rundfunks ist eine hinterlistige
Manipulation des Sachverhalts in Täuschungsabsicht, Notsituation von der GEZ
gnadenlos ausgenutzt unter dem Deckmantel der Sachfremdheit von UMTS

05. Intendanz ist verantwortlich für die gnadenlose Treib- und Hetzjagd der GEZ,
die von uns in einer Serie von Schriftsätzen informiert ist und diese als
Sachfremdheit von UMTS abwimmelt

06. Bis heute: Diskriminierung aller Rehabilitierungsbemühungen,

bis heute: Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitierung,

bis heute: Unterdrückung von Zeugenaussagen und Beweisen

07. Stundung der GEZ-Gebühren bis zur gerichtlichen Klärung von
Schadenersatz und Rehabilitierung

Rettung herausragender Zeitzugnisse über 27 Jahre Innovation durch
Telekommunikation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Schreiben vom 16.01.2013:

Zusendung der Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Schriftsatz vom 14.06.2013: Widerspruch gegen Gebührenbescheid

Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren:

08. GEZgnadenlos:

Rücktritt nach 3 Schreiben anstatt Verantwortung zu übernehmen

Untätigkeit trotz ausführlicher Informationen

Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf Opfer der UMTS-Auktion 2000

09. Wir sind Geschädigte, wir sind nicht schuld daran und können nichts daran ändern, wenn verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 bis heute nicht aufgearbeitet sind, wenn wir eine totale Diskriminierung trotz unserer Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland ertragen müssen, wenn wir deswegen Stundung der Gebühren beantragen müssen. Daher nochmals eine Information in Kurzform

10. Lebenserfahrungen der Geschädigten zu einem

Scherbenhaufen deutscher Politik, deutscher Verwaltung und deutscher Justiz:

Vorwürfe gegen einen sogenannten Rechtsstaat

11. Recht auf Schadenersatz und Rehabilitierung:

Anhörungsresistenz des Deutschen Bundestags und der Justiz ist Ursache für Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten

12. Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten sind ein

Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit wegen

Diskriminierung ihres Rechts auf Schadenersatz und Rehabilitierung

13. Staatshaftung für einen Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal:

Schadenersatz und Rehabilitierung sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können

14. Informationsskandal: 13 Jahre lang Informationssperre über verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000

15. Geschädigte wollen keinen Nachlass der Rundfunkgebühren, sondern

Stundung bis zur rechtsstaatlichen Klärung von Schadenersatz und

Rehabilitierung. Daher unsere Bitte um Unterstützung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schriftsatz vom 07.07.2014: Widerspruch gegen Gebührenbescheid im

Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal

Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen

Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die

Beigeladenen herbeizuführen.

16. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am

Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten:

Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz

wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und

anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz

(staatliche Diskriminierung)

gegen

Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung unter

Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel

(Beklagte)

17. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Missbrauch von Staatsgewalt,

Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, Bürger 2.Klasse im sogenannten

Rechtsstaat Deutschland haben keine Grundrechte

18. Vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zum Verwaltungsgericht Regensburg:
Bruder von bayerischer Verwaltung in den Tod getrieben.
Notlage des Alleinerben aus staatlicher UMTS-Auktion 2000 gnadenlos
ausgenutzt, um Berufung am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof abzulehnen
19. Rundfunk mit privilegiertem Informationsauftrag sollte nicht diskriminieren,
sondern sich aktiv an der Aufklärung beteiligen:
Öffentlicher Rundfunk darf nicht für staatliche Zwecke instrumentalisiert werden
> > > Siehe oben
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Per Fax an 0221-220-2000

Herrn Tom Buhrow
Intendant
Westdeutscher Rundfunk

50600 Köln

Velbert, 18.08.2015

Hilfearuf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über

27 Jahre Innovation durch Telekommunikation

Widerspruch gegen Mahnung vom 01.08.2015

Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

**Widerspruch gegen Mahnung im Umfeld von politisch motivierter
Zerschlagung: Staatliche Zwangsmassnahmen und Zwangsmassnahmen
der Beteiligten während des laufenden Verfahrens sind als verwerfliche
Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung und als verfassungswidrig
abzuwehren**

**Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und
zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung
durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen.**

Sehr geehrter Herr Buhrow,

die ARD Doku "Gustl Mollath" (In den Fängen von Justiz, Politik und Psychiatrie)
in 2013 hat nur die Spitze eines Eisbergs in Deutschland gezeigt.

Nicht nur Ihre Vorgängerin in der Intendanz haben wir zu unserem Fall dreimal
höflich angeschrieben, nach dem 3. Schreiben ist sie zurückgetreten, nachlesbar
in der Internet-Cloud.

15-Jahre-Jubiläum: Die Öffentlich-Rechtlichen sollten endlich nachdenken, inwieweit sie die Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ebenfalls diskriminiert haben und nun Beihilfe leisten zur politisch motivierten Zerschlagung.

Begründung / Information (mit fortlaufender Nummerierung):

**20. Ein Jubiläum: 15 Jahre staatliche UMTS-Auktion 2000
Deutscher Rechtsstaat, der nach 15 Jahren seit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung zu einer Jahrhundert-Ungerechtigkeit nur desolate Justiz-Verfahren produziert und nur neue Ungerechtigkeiten hinzufügen kann, hat seinen Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit schwer beschädigt.
Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen Verfahren mit Klageschwerpunkt der politisch motivierten Zerschlagung vor Zivilgerichten**

**21. Politisch motivierte Zerschlagung und Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung durch angedrohte Zwangsmassnahmen des WDR
Zurückweisung der Mahnung und der angedrohten Zwangsmassnahmen**

**22. Politisch motivierte Zerschlagung durch die beklagte Bundesregierung und die ganze Republik schaut zu: Eine politische und juristische Odyssee
Der Deutsche Bundespräsidenten seit 2010
Der Deutsche Bundestag seit 2010
Das Bundesverfassungsgericht
Die Intendanten der öffentlich rechtlichen Rundfunkanstalten**

Rechtsbeschwerde an den Bundesgerichtshof

**Zu 20. Ein Jubiläum: 15 Jahre staatliche UMTS-Auktion 2000
Deutscher Rechtsstaat, der nach 15 Jahren seit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung zu einer Jahrhundert-Ungerechtigkeit nur desolate Justiz-Verfahren produziert und nur neue Ungerechtigkeiten hinzufügen kann, hat seinen Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit schwer beschädigt.
Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen Verfahren mit Klageschwerpunkt der politisch motivierten Zerschlagung vor Zivilgerichten**

Mit Schriftsatz vom 15.07.2013 hat der Unterzeichner, Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und staatlicher Diskriminierung, **gegen den Widerspruchsbescheid** des Westdeutschen Rundfunks vom 27.06.2013 und

gegen erneute Einleitung von Zwangsmaßnahmen wegen Ablehnung des Stundungsantrags für Rundfunkgebühren geklagt.

Mit Schriftsatz vom 15.06.2014 hat er die verwaltungsgerichtliche Klage **auf Rehabilitation und Schadenersatz** mit Beiladung des Westdeutschen Rundfunks fortgesetzt. Die ausführliche Klagebegründung ist auch in der Internet-Cloud einsehbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Scroll down after Link

Auf Antrag des beklagten Bundeskanzleramtes wurde das Schadenersatzverfahren im Dezember 2014 abgetrennt und an das Landgericht Wuppertal verwiesen. Wegen Untätigkeit des Verwaltungsgerichtes Berlin hat der Unterzeichner mit Schriftsatz vom 30.03.2015 erneut die zivilgerichtliche Klage auf Schadenersatz beim Landgericht Wuppertal vorgetragen (mit Bezugnahme auf die verwaltungsgerichtlichen Verfahren):

Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung

wegen politisch motivierter Zerschlagung mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

gegen

**Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch die Bundesregierung,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses vertreten von dem
Kanzleramtsminister, Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin
(Beklagte)**

Alle Schriftsätze des Klägers sind in der Internet-Cloud einsehbar

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf>

Scroll down after link

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15-2.pdf>

Scroll down after link

Zu 21. Politisch motivierte Zerschlagung und Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung durch angedrohte Zwangsmassnahmen des WDR Zurückweisung der Mahnung und der angedrohten Zwangsmassnahmen

Zerschlagung ist hier nicht Entflechtung eines Konzerns oder Herauslösung eines Bereichs, sondern die totale Vernichtung durch staatliche Zerstörung der Existenzgrundlage, durch nachhaltige staatliche Diskriminierung mit Unterstützung durch deutsche Justiz, bis heute durch unerträgliche Klageverstümmelung in gravierendem Ausmaß.

Politisch motivierte Zerschlagung ist nicht das Ergebnis der staatlichen UMTS-Auktion 2000, sondern das Ergebnis einer bis heute andauernden gnadenlosen staatlichen Diskriminierung.

Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und der anschließenden, bis heute andauernden, staatlichen Diskriminierung wurde die Existenz-Grundlage und das herausragende Lebenswerk des Klägers, die Europäische Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von IT und Telekommunikation und mit professionellem Verlagsservice, zerstört.

Sieh Kapitel LG-02 der zivilgerichtlichen Klage:

Politisch motivierte Zerschlagung mit Hilfe verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender, bis heute andauernder, totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung):

Massive Verstöße gegen das Telekommunikationsgesetz (TKG),

gegen Haftung bei Amtspflichtverletzungen (BGB) bzw.

gegen Grundrechte des Grundgesetzes (GG)

Politisch motivierte Zerschlagung: Bis heute andauernder Prozess staatlicher Diskriminierung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf>

Scroll down after link

Mit Schriftsatz vom 14.08.2015 beim Oberlandesgericht Düsseldorf haben wir Einspruch gegen Klageverstümmelung und gegen Ungleichbehandlung mit Antrag auf Rechtsbeschwerde beim **Bundesgerichtshof** erhoben:

Alle Zwangsmassnahmen aller Beteiligten während der laufenden Verfahren sind als verwerfliche Mithilfe zur politisch motivierten Zerschlagung verfassungswidrig und werden im zivilgerichtlichen Verfahren als solche einbezogen.

In diesem Zusammenhang weisen wir die Mahnung des Westdeutschen Rundfunks mit Androhung von Zwangsmassnahmen unmissverständlich als Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung im laufenden Verfahren zurück, weil Stundung unverzichtbar ist.

Sieh Anlage: Mahnung des WDR (Beitragsnummer 250 514 940, mit Datum 01.08.2015, eingegangen am 12.08.2015)

Ein Armutszeugnis der Republik!

Zu 22. Politisch motivierte Zerschlagung durch die beklagte Bundesregierung und die ganze Republik schaut zu: Eine politische und juristische Odyssee

Der Deutsche Bundespräsident seit 2010

Der Deutsche Bundestag seit 2010

Das Bundesverfassungsgericht

Die Intendanten der öffentlich rechtlichen Rundfunkanstalten

Der Kläger hat keine Mühe gescheut, die Staatsorgane und die führenden Institutionen der Bundesrepublik Deutschland über die unerhörten Vorgänge der politisch motivierten Zerschlagung zu informieren. Es wäre endlich an der Zeit, dass die politisch motivierte Zerschlagung von der deutschen Justiz nicht mehr mit verwerflicher Klageverstümmelung übergangen wird. Das ist unentschuldbarer Rechtsbeugung durch Unterdrückung oder Ignoranz entscheidungsrelevanter Beweisunterlagen, die dem 18.Zivilsenat des Oberlandesgerichts in Ablage nach 5 Beweisordnern vorliegen.

> > > **Politisch motivierte Zerschlagung und die Deutschen Bundespräsidenten seit 2010 schauen zu**

Anlage 3.92 (Ordner 3):

Schreiben an Bundespräsident Horst Köhler vom 25.05.2010 -

Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

Anlage 3.93 (Ordner 3)::

Schreiben an Bundespräsident Christian Wulff vom 14.07.2010 -

Wir klagen an

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf>

Anlage 3.99 (Nachtrag zu Ordner 3)

Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013,

Seite 1-3:

Wir klagen an

Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf>

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 28.03.2013, Seite 4-13:

Wir klagen an (Fortsetzung)

Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 10.04.2013, Seite 14-20:

Wir klagen an (Fortsetzung)

Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

> > > **Politisch motivierte Zerschlagung und Der Deutsche Bundestag seit 2010 schaut zu**

Anlage 3.91 (Ordner 3):

Petition an den Deutschen Bundestag

Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und des Petitionsausschusses im März 2010

Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige Enteignung des innovativen Mittelstandes

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf>

Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:

Wir klagen an

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011, Seite 5-13

System Deutschland ein Sanierungsfall?

UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger

(Seite 5-13)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf>

Anlage 6 (Ordner 4 der Beweisunterlagen)

Anlage 6.1: Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012)

Pet 1-17-09-703-005442

Ergänzungen zu Anlage 3.91

6.1 a) Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (zugesandt) im Widerspruch zur Realität, die der Petent in einem zerstörten Innovationsmarkt erfahren musste (siehe Einspruch in 6.1 c)

6.1 b) Sammelübersicht 346 zu Petitionen (recherchiert, nicht zugesandt), vom Bundestag beschlossen (Anzahl der anwesenden Bundestagsabgeordneten unbekannt)

6.1 c) Einspruch des Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011 (Recherche zu einer skandalösen Petition, nicht mehr anerkannt)

6.1 d) Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitions-Grundrechtes und Täuschung des Petenten:

Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf>

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt

trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf>

6.1 e) Unqualifizierte Absage vom 06.01.2012 nach Einspruch vom 17.12.2011 gemäß Anlage 6.1 c

6.1 f) Demokratie-Studie der Bertelsmann-Stiftung: Der Bundestag arbeitet am Volk vorbei (SPIEGEL ONLINE 08.12.2014)

> > > Politisch motivierte Zerschlagung und das Bundesverfassungsgericht seit 2010 schaut zu (mit Nichtannahme zur Entscheidung ohne Begründung):

Anlage 6.1 d) (Ordner 4 der Beweisunterlagen)

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitions-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf>

Verfassungsbeschwerde vom 21.10.2011

(1 BvR 2937/11 und 2 BvR 2547/11)

gegen gerichtliche Hoheitsakte

wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender Diskriminierung durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

sowie systemischer Grundrechtsverletzungen der anschließenden Gerichtsverfahren mit Zwangsversteigerung des Geschäftshauses unter Beteiligung des Landgerichts Wuppertal

(grundrechtswidrige Kollateralschäden durch konkurrierende Gerichtsverfahren) mit Kapitel 01-31 **im Oktober 2011**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-10.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-11.pdf>

Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung, daher Anrufung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte EGMR

Anrufung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte EGMR wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und massive staatliche Diskriminierung in einem nicht vorstellbaren Ausmaß

Beschwerde Nr. 12092/12 vom 22.02.2012 und weitere Schriftsätze vom 09.03.2012, 24.04.2012, 17.06.2012)

12 Jahre verheerende Folgewirkungen und Diskriminierung seit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 (weitere Kapitel in fortlaufender Nummerierung)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/EGMR-4D.pdf>

Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung

offensichtlich unter deutscher Einflussnahme gemäß der Verweigerungshaltung gegen Überlassung an den EGMR.

Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013 (2 BvR 397/13)

gegen Treib- und Hetzjagd auf die Person des Beschwerdeführers im Widerspruch zu Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

wegen verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und totaler Anschluss-Diskriminierung durch den Verursacher (Bundesrepublik Deutschland)

Hier: Treib- und Hetzjagd der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, vertreten durch die Stadt Velbert, gegen Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000

Massiver Verstoß gegen Anspruch auf rechtliches Gehör gemäß Art. 103 Abs. 1 GG, Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Verfassungsbeschwerde vom 01.02.2014 (1 BvR 2550/14),

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde mit Schriftsatz vom 15.09.2014 gegen Treib- und Hetzjagd auf Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 wegen politisch motivierter Zerschlagung durch vorsätzliche, staatliche Diskriminierung nach grob fahrlässiger Zerstörung von Lebenswerk und Existenz-Grundlage durch staatliche UMTS-Auktion 2000 und mehrfachen Verstoß gegen das Telekommunikationsgesetz mit verheerenden Folgewirkungen (2-facher Verstoß gegen Art. 34 GG)

Hier: Treib- und Hetzjagd der Stadt Velbert und des Westdeutschen Rundfunks (Beklagte) auf Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 (Kläger, Beschwerdeführer),

Verweigerung der Rechtsprechung und eines rechtsstaatlichen Verfahrens durch das Verwaltungsgericht Düsseldorf, Oberverwaltungsgericht Münster und Bundesverwaltungsgericht Leipzig (Beschwerdegegner),

Exzessive Verletzung von Grundrechten und Gesetzesvorschriften am laufendem Bande durch ein chaotisches Gerichtsverfahren eines Kammer und Senate übergreifenden Sondertribunals ohne Vollstreckungsschutz gegen Plünderung des Haushaltskontos durch die beklagte Stadt Velbert, mit parallelen Beschlüssen aus 3 Instanzen

Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung mit Beschluss vom 10.10.2014

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-14.pdf>

> > > **Politisch motivierte Zerschlagung und der öffentlich-rechtliche Rundfunk seit 2007 schaut zu**
Anlage 3.74 (Ordner 3 der Beweisunterlagen):

Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf>

Anlage 3.75 (Ordner 3 der Beweisunterlagen):
Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf>

Anlage 3.94 (Ordner 3 der Beweisunterlagen)
Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel vom 29.01.2011 anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf>

Anlage 3.96 (Ordner 3 der Beweisunterlagen)
Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012 und 16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)

Hilfearuf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Widerspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Anlage 3.97 (Ordner 3 der Beweisunterlagen)
Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013
Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Kapitel 22 liegt als Kapitel OLG-43 dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe vor.

5 prall gefüllte Ordner mit Beweismaterial liegen dem Oberlandesgericht in Düsseldorf vor. Der Unterzeichner ist gerne bereit, dem WDR (der Intendanz oder Redaktion) Einblick zu geben.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15-2.pdf>
Scroll down after link

Dies ist auch eine Information zu laufenden Gerichtsverfahren. Um Beachtung wird gebeten. Gerne hören wir von Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen



Albin L. Ockl

Angefügt: Mahnung des Westdeutschen Rundfunks Köln vom 01.08.2015 mit Androhung von Zwangsmassnahmen (eingegangen am 12.08.2015)

Anlage A zum Schriftsatz vom 05.07.2014

Klage auf Rehabilitation und Schadenersatz mit Schriftsatz vom 15.06.2014 **wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)**

gegen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel

(Beklagte)

mit Beiladung von Kläger und Beklagten weiterer beteiligter Gerichtsverfahren

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Anlage B zum Schriftsatz vom 05.07.2014

3 Ordner Beweisunterlagen der Klage auf Rehabilitation und Schadenersatz mit Schriftsatz vom 15.06.2014

Anlage C: Anzeige und Klage vom 22.06.2014

wegen Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung

ohne Vorlage eines Haftbefehls und

wegen Hausfriedensbruch und

wegen Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung

Legende unserer Schreiben an die Intendanz des WDR

Schriftsatz vom 31.12.2012

Hilfearuf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Einspruch gegen GEZ-Bescheid

01. Innovation durch Telekommunikation

Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003

02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-
Höchstleistungen: UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen

03. Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen.
Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung

04. Widerspruchsbescheid des Westdeutschen Rundfunks ist eine hinterlistige
Manipulation des Sachverhalts in Täuschungsabsicht, Notsituation von der GEZ
gnadenlos ausgenutzt unter dem Deckmantel der Sachfremdheit von UMTS

05. Intendanz ist verantwortlich für die gnadenlose Treib- und Hetzjagd der GEZ,
die von uns in einer Serie von Schriftsätzen informiert ist und diese als
Sachfremdheit von UMTS abwimmelt

06. Bis heute: Diskriminierung aller Rehabilitierungsbemühungen,
bis heute: Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitierung,
bis heute: Unterdrückung von Zeugenaussagen und Beweisen

07. Stundung der GEZ-Gebühren bis zur gerichtlichen Klärung von
Schadenersatz und Rehabilitierung

Rettung herausragender Zeitzeugnisse über 27 Jahre Innovation durch
Telekommunikation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Schreiben vom 16.01.2013:

Zusendung der Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Schriftsatz vom 14.06.2013: Widerspruch gegen Gebührenbescheid

Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren:

08. GEZgnadenlos:

Rücktritt nach 3 Schreiben anstatt Verantwortung zu übernehmen
Untätigkeit trotz ausführlicher Informationen

Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf Opfer der UMTS-Auktion 2000

09. Wir sind Geschädigte, wir sind nicht schuld daran und können nichts daran
ändern, wenn verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 bis heute
nicht aufgearbeitet sind, wenn wir eine totale Diskriminierung trotz unserer
Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland ertragen müssen, wenn wir
deswegen Stundung der Gebühren beantragen müssen. Daher nochmals eine
Information in Kurzform

10. Lebenserfahrungen der Geschädigten zu einem
Scherbenhaufen deutscher Politik, deutscher Verwaltung und deutscher Justiz:
Vorwürfe gegen einen sogenannten Rechtsstaat

11. Recht auf Schadenersatz und Rehabilitierung:

Anhörungsresistenz des Deutschen Bundestags und der Justiz ist Ursache für
Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten

12. Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten sind ein Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit wegen Diskriminierung ihres Rechts auf Schadenersatz und Rehabilitation
13. Staatshaftung für einen Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal: Schadenersatz und Rehabilitation sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können
14. Informationsskandal: 13 Jahre lang Informationssperre über verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000
15. Geschädigte wollen keinen Nachlass der Rundfunkgebühren, sondern Stundung bis zur rechtsstaatlichen Klärung von Schadenersatz und Rehabilitation. Daher unsere Bitte um Unterstützung
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

**Schriftsatz vom 07.07.2014: Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die Beigeladenen herbeizuführen.**

16. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten: Klage auf Rehabilitation und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung) gegen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel (Beklagte)
17. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Missbrauch von Staatsgewalt, Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, Bürger 2.Klasse im sogenannten Rechtsstaat Deutschland haben keine Grundrechte
18. Vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zum Verwaltungsgericht Regensburg: Bruder von bayerischer Verwaltung in den Tod getrieben. Notlage des Alleinerben aus staatlicher UMTS-Auktion 2000 gnadenlos ausgenutzt, um Berufung am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof abzulehnen
19. Rundfunk mit privilegiertem Informationsauftrag sollte nicht diskriminieren, sondern sich aktiv an der Aufklärung beteiligen: Öffentlicher Rundfunk darf nicht für staatliche Zwecke instrumentalisiert werden
- > > > Siehe oben
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

**Schriftsatz vom 18.08.2015:
Widerspruch gegen Mahnung im Umfeld von politisch motivierter Zerschlagung: Staatliche Zwangsmassnahmen und Zwangsmassnahmen der Beteiligten während des laufenden Verfahrens sind als verwerfliche Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung und als verfassungswidrig abzuwehren
Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen.**

- 15-Jahre-Jubiläum: Die Öffentlich-Rechtlichen sollten endlich nachdenken, inwieweit sie die Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ebenfalls diskriminiert haben und nun Beihilfe leisten zur politisch motivierten Zerschlagung.

20. Ein Jubiläum: 15 Jahre staatliche UMTS-Auktion 2000

Deutscher Rechtsstaat, der nach 15 Jahren seit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung zu einer Jahrhundert-Ungerechtigkeit nur desolates Justiz-Verfahren produziert und nur neue Ungerechtigkeiten hinzufügen kann, hat seinen Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit schwer beschädigt.

Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen Verfahren mit Klageschwerpunkt der politisch motivierten Zerschlagung vor Zivilgerichten

21. Politisch motivierte Zerschlagung und Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung durch angedrohte Zwangsmassnahmen des WDR

Zurückweisung der Mahnung und der angedrohten Zwangsmassnahmen

22. Politisch motivierte Zerschlagung durch die beklagte Bundesregierung und die ganze Republik schaut zu: Eine politische und juristische Odyssee

Der Deutsche Bundespräsidenten seit 2010

Der Deutsche Bundestag seit 2010

Das Bundesverfassungsgericht

Die Intendanten der öffentlich rechtlichen Rundfunkanstalten

Rechtsbeschwerde an den Bundesgerichtshof

> > > Siehe oben

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Per Fax an 0221-220-2000

Herrn Tom Buhrow
Intendant
Westdeutscher Rundfunk

50600 Köln

Velbert, 14.Juli 2016

Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über

27 Jahre Innovation durch Telekommunikation

Widerspruch gegen Festsetzungsbescheid

vom 03.06.2016 (eingegangen am 15.06.2016)

Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Widerspruch gegen Mahnung / Bescheid im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen: Staatliche Zwangsmaßnahmen und Zwangsmaßnahmen der Beteiligten während des laufenden Verfahrens sind als verwerfliche Beihilfe zu politisch motivierten Zerschlagungen und als verfassungswidrig abzuwehren

Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen.

Sehr geehrter Herr Buhrow,

Schlimmer und verwerflicher als Missbrauch von psychiatrischen Kliniken (siehe ARD Doku "Gustl Mollath": In den Fängen von Justiz, Politik und Psychiatrie) sind **politisch motivierte und heimtückisch ausgeführte Zerschlagungen mit Todesfolge**. Solche Zerschlagungen sind **irreversibel**.

Nicht nur Ihre Vorgängerin in der Intendanz haben wir zu unserem Fall dreimal höflich angeschrieben, nach dem 3. Schreiben ist sie zurückgetreten, nachlesbar in der Internet-Cloud.

Leider haben wir von den Öffentlich-Rechtlichen bis heute keine Unterstützung für unsere Rehabilitation erhalten. Jetzt sind wir gezwungen,

**Stundung der Rundfunkgebühren
wegen politisch motivierter Zerschlagung im Doppelpack und
wegen Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör**
weiter zu beantragen und deswegen auch weiter zu klagen.

Begründung / Information (Fortsetzung mit fortlaufender Nummerierung):

23. Schriftsatz vom 08.08.2015 mit Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen

Unerträglich: Auftrags-Antwort mit vollstreckbaren Festsetzungsbescheid vom 03.06.2016 (eingegangen am 15.06.2016)

Daher: Widerspruch und Antrag auf weitere Stundung der Rundfunkgebühren wegen schuldloser, erzwungener Notlage infolge politisch motivierter Zerschlagung im Doppelpack und kompletter Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör

24. Widerspruch gegen vollstreckbaren Festsetzungsbescheid gemäß laufender Anhörungsrüge am Bundesverwaltungsgericht als Vorbedingung für Verfassungsbeschwerde

Politisch motivierte Zerschlagung im Doppelpack mit rechtshängigen Schadenersatzverfahren beim Landgericht Wuppertal

In einem Rechtsstaat nicht mehr nachvollziehbar:

Komplette Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör trotz ausführlichem, qualifizierten Beweismaterials und verfügbarer hochqualifizierter Zeugenaussagen

25. Erste Zerschlagung:

Deutsche Justiz verantwortlich für unerträgliche Verzögerungen mit Versagung von rechtlichem Gehör im zivilrechtlichen

Schadenersatzverfahren der ersten Zerschlagung

Einleitung des Erinnerungsverfahrens mit Schriftsätzen vom 20.Mai 2016 und 18.Juni 2016 wegen Versagung von rechtlichem Gehör im bisherigen Verfahren mit Antrag auf Prozesskostenhilfe

unter Verwendung des Beweismaterials (Beweis-Ordner 0, 1, 2, 3, 4 mit Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 gemäß Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Klägers, separate Anlieferung, zuletzt bei OLG Düsseldorf wegen Beschwerdeverfahren I-18 W 36/15)

Versagung des Zugangs zum Grundgesetz: Opfer ist gezwungen, mit Prozesskostenhilfe ohne anwaltliche Unterstützung durch alle Instanzen zu klagen, um am Bundesverfassungsgericht zu hören: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung, seit 2010.

26. Neue, zweite Zerschlagung mit irreversiblen Ausgang, jetzt auch in diesem Verfahren zusätzlicher Grund für Stundung der Rundfunkgebühren wegen erzwungener Notlage:

**Klage auf posthume Rehabilitierung des verstorbenen Bruders und Schadenersatz
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit nach zweiter Petition an den Bayerischen Landtag und wegen kapitaler Vermögensschäden**

Zu 23. Schriftsatz vom 08.08.2015 mit Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen

Unerträglich: Auftrags-Antwort mit vollstreckbaren Festsetzungsbescheid vom 03.06.2016 (eingegangen am 15.06.2016)

Daher: Widerspruch und Antrag auf weitere Stundung der Rundfunkgebühren wegen schuldloser, erzwungener Notlage infolge politisch motivierter Zerschlagung im Doppelpack und kompletter Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör

Der Unterzeichner, Opfer politisch motivierter Zerschlagung, bis heute mit Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör, hat mit Schriftsatz vom 08.08.2015 (vor nahezu einem Jahr) mit folgenden Kapiteln an Sie geschrieben:

Kapitel 20. Ein Jubiläum: 15 Jahre staatliche UMTS-Auktion 2000
Deutscher Rechtsstaat, der nach 15 Jahren seit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung zu einer Jahrhundert-Ungerechtigkeit nur desolates Justiz-Verfahren produziert und nur neue Ungerechtigkeiten hinzufügen kann, hat seinen Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit schwer beschädigt.
Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen Verfahren mit Klageschwerpunkt der politisch motivierten Zerschlagung vor Zivilgerichten

Kapitel 21. Politisch motivierte Zerschlagung und Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung durch angedrohte Zwangsmaßnahmen des WDR
Zurückweisung der Mahnung und der angedrohten Zwangsmaßnahmen

Kapitel 22. Politisch motivierte Zerschlagung durch die beklagte Bundesregierung und die ganze Republik schaut zu: Eine politische und juristische Odyssee
Der Deutsche Bundespräsidenten seit 2010
Der Deutsche Bundestag seit 2010
Das Bundesverfassungsgericht
Die Intendanten der öffentlich rechtlichen Rundfunkanstalten

Rechtsbeschwerde an den Bundesgerichtshof

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind in der Internet-Cloud einsehbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

> > > Scroll down after link (page 27)

Leider haben sich die Zustände verschlimmert:
Jetzt ist der Unterzeichner gezwungen, weiter zu klagen

wegen politisch motivierter Zerschlagung im Doppelpack,
mit tödlichem Ausgang für seinen verstorbenen Bruder,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit,
wegen massiver Verstöße gegen fundamentale Menschenrechte,
wegen sozialer Ausgrenzung, ohne Krankenversicherung, ohne
Pflegeversicherung infolge unverschuldeter, durch politisch motivierte
Zerschlagungen erzwungene Notlage
wegen kapitaler Vermögensschäden
wegen kompletter Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör.

**Zu 24. Widerspruch gegen vollstreckbaren Festsetzungsbescheid gemäß
laufender Anhörungsrüge am Bundesverwaltungsgericht als Vorbedingung
für Verfassungsbeschwerde**

**Politisch motivierte Zerschlagung im Doppelpack mit rechtshängigen
Schadenersatzverfahren beim Landgericht Wuppertal**

In einem Rechtsstaat nicht mehr nachvollziehbar:

**Komplette Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör
trotz ausführlichem, qualifizierten Beweismaterials und verfügbarer
hochqualifizierter Zeugenaussagen**

Sieh Anlage D mit „Anhörungsrüge gegen den 6.Senat des
Bundesverwaltungsgerichts“ mit Schriftsatz vom 14.07.2016
Klage auf Stundung der Rundfunkbeiträge und Unterstützung der Rehabilitation
durch den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk
wegen politisch motivierter Zerschlagung des Klägers unter Verantwortung der
beklagten Bundesregierung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000,
jetzt auch **wegen politisch motivierter Zerschlagung im Doppelpack**
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe

**Erste Zerschlagung: Klage auf Schadenersatz für materielle und
immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes,
Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale
Ausgrenzung**

**wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und
mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung
und Justiz (staatliche Diskriminierung)**

gegen

Bundesrepublik Deutschland,

vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses vertreten von dem
Kanzleramtsminister

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-E16.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Legende.pdf>

Zweite Zerschlagung: Klage auf posthume Rehabilitierung des verstorbenen Bruders und Schadenersatz wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag und wegen kapitaler Vermögensschäden gegen Landratsamt Tirschenreuth und Gemeinde Leonberg, vertreten durch den Freistaat Bayern, vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei, diese vertreten von dem leitenden Staatsminister.

Der Unterzeichner ist einziger Rechtsnachfolger des verstorbenen Bruders und kann gegen staatliche Übergriffe mit Todesfolge keine Rechtsanwälte finanzieren wegen kapitaler Vermögensschäden aus erster Zerschlagung.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

Soweit der Unterzeichner kein rechtliches Gehör beim Bundesverwaltungsgericht erreichen kann, wird er das Bundesverfassungsgericht mit einer Verfassungsbeschwerde anrufen.

**Zu 25. Erste Zerschlagung:
Deutsche Justiz verantwortlich für unerträgliche Verzögerungen mit Versagung von rechtlichem Gehör im zivilrechtlichen Schadenersatzverfahren der ersten Zerschlagung
Einleitung des Erinnerungsverfahrens mit Schriftsätzen vom 20.Mai 2016 und 18.Juni 2016 wegen Versagung von rechtlichem Gehör im bisherigen Verfahren mit Antrag auf Prozesskostenhilfe unter Verwendung des Beweismaterials (Beweis-Ordner 0, 1, 2, 3, 4 mit Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 gemäß Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Klägers, separate Anlieferung, zuletzt bei OLG Düsseldorf wegen Beschwerdeverfahren I-18 W 36/15)
Versagung des Zugangs zum Grundgesetz: Opfer ist gezwungen, mit Prozesskostenhilfe ohne anwaltliche Unterstützung durch alle Instanzen zu klagen, um am Bundesverfassungsgericht zu hören: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung, seit 2010.**

Die ausführliche Begründung in der Fortsetzung des zivilrechtlichen Verfahrens umfasst folgende Kapitel:

E01. Stand des zivilrechtlichen Schadenersatzverfahrens nach Klageerhebung mit Schriftsatz vom 30.März 2015 an das Landgericht Wuppertal
Bis heute: Versagung von rechtlichem Gehör zu rechtswidriger Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und zu politisch motivierter Zerschlagung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Daher: Antrag auf Erinnerungsverfahren

E02. Grober Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes nach Maßgabe des Telekommunikationsgesetzes gemäß §2 TKG

Verfassungswidriger Missbrauch zur Enteignung und staatlichen Übernahme des Nationalen IT-Gipfels unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000

Verfassungswidrig: Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes, rechtswidrig erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels, Vernichtung der gesamten Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen

E03. Verfassungswidriger Missbrauch des Regulierungsrechtes zur rücksichtslosen Enteignung und Wegnahme des Nationalen IT-Gipfels nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000

Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 wurde mit Zerstörung des Innovationsmarktes die Einstellung der Europäischen Congressmessen des Klägers erzwungen und die Übernahme des nationalen IT-Gipfels vorbereitet
Nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Staatliche Übernahme des nationalen IT-Gipfels unter Ausgrenzung des Klägers von der Beklagten rücksichtslos umgesetzt

trotz intensiven Werbens des Klägers für eine konzertierte digitale Innovationsoffensive

E04. Rücksichtslos und gnadenlos: Politisch motivierte Zerschlagung nach totaler Zerstörung des Innovationsmarktes für IT und Telekommunikation

Warum wurden intensive Bemühungen um eine Innovationsoffensive in 2004 nach Einstellung der Congressmessen zurückgewiesen?

Warum wurden qualifizierte Schriftsätze mit Projektvorschlägen für digitale Evolution von Mitgliedern der Bundesregierung mit Nicht-Beantwortung abgestraft?

Sieh Beweis-Ordner 3: Beweise für absichtliche Ausgrenzung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträger, der diesen Innovationsmarkt mit seinen herausragenden Congressmessen über viele Jahre nachhaltig geprägt, aufgebaut, entwickelt und dominiert hat

Weil unglaubliche staatliche Übergriffe nicht mehr rückgängig gemacht werden sollten. Enteignung und Diskriminierung sind verfassungswidrig.

E05. Beweise für politisch motivierte Zerschlagung in Beweis-Ordner 3 und Beweis-Ordner 4 und Internet-Cloud:

Warum Niederschlagung der Petition an den Deutschen Bundestag (März 2011 bis Januar 2012, Anlage 6.1 in Beweis-Ordner 4)?

Warum werden qualifizierte Briefe und Projektvorschläge für digitale Evolution (Beweis-Ordner 3) nicht beantwortet? Nicht einmal der Empfang bestätigt?

Briefe an beklagte Bundeskanzler und Bundeskanzlerin, an beklagte Vizekanzler, an beklagte Bundesminister und Staatssekretäre

Qualifizierte Briefe von einem mit Weltklasse-Leistungen für digitale Evolution ausgewiesenen Absender

E06. Politisch motivierte Zerschlagung des Klägers nach Zerstörung des digitalen Innovationsmarktes durch rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000

Nationaler IT-Gipfel der Europäischen Congressmessen nach 2004 unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums und mit diskriminierender Ausgrenzung des Klägers weitergeführt

Totale Diskriminierung des Beschwerdeführers

trotz intensiver Bemühungen mit Präsentationen zu Innovationsoffensiven und Projektplanungen zur digitalen Evolution: Sieh Beweise, Präsentationen und Schriftsätze in Ordner 3

E07. Von Versagung rechtlichen Gehörs zur totalen Versagung des Zugangs zum Grundgesetz:

Erweiterte Verfassungsbeschwerde, weil kein Zugang zum Grundgesetz seit 2010 (verfassungswidriger Dauerzustand) vor dem Hintergrund von politisch motivierter und psychischer Zerschlagung (Anlage ER-01)

Antrag auf Zusammenführung aller zusammenhängenden Verfassungsbeschwerden seit Dezember 2015 wegen

Verstoß gegen das grundrechtsgleiche Recht auf rechtliches Gehör

vor dem Hintergrund von politisch motivierter und psychischer Zerschlagung und von Missbrauch sozialer Exklusion zur finalen Zerschlagung

Einspruch gegen den 1-Richter-Beschluss I-10 W 67/16, I-18 W 36/15 des 10.Zivilsenats des OLG (Anlage ER-05) und Antrag auf Erinnerungsverfahren

E08. Nicht hinnehmbar: Versagung von rechtlichem Gehör für qualifiziertes, umfangreiches Beweismaterial, erweiterbar mit Beweismaterial des Congressmesse-Archivs

Trotz qualifizierter Ausarbeitung des Antrags auf Erinnerungsverfahren

auf 77 Seiten: Bis heute nur einen Vermerk der 2.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal.

Nicht nur juristisch, sondern auch ethisch verwerflich: Opfer politisch motivierter Zerschlagung zum Sündenbock für judikatives Versagen von rechtlichem Gehör zu erklären

Sieh Anlage BVG-07

Schriftsatz vom 18.Juni 2016 an das Oberlandesgericht Düsseldorf

18.Zivilsenat, I-18 W 36/15

Erinnerungsverfahren wegen Versagung von rechtlichem Gehör im bisherigen Verfahren mit Antrag auf Prozesskostenhilfe

Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung

wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

unter Verwendung des Beweismaterials (Beweis-Ordner 0, 1, 2, 3, 4 mit

Leihgabe der Congressbände zur Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 als Muster für professionellen Verlagsservice)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-E16.pdf>

> > > Scroll down after link (page 51)

Zu 26. Neue, zweite Zerschlagung mit irreversiblen Ausgang, jetzt auch in diesem Verfahren zusätzlicher Grund für Stundung der Rundfunkgebühren wegen erzwungener Notlage:

Klage auf posthume Rehabilitierung des verstorbenen Bruders und Schadenersatz

wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit nach zweiter Petition an den Bayerischen Landtag und wegen kapitaler Vermögensschäden

Aus der Klageschrift vom 06.07.2016 an das Landratsamt Wuppertal:

Opfer politisch motivierter Zerschlagung mit Todesfolge: **Wendelin Josef Ockl**, verstorben am 06. Juli 2012 in Themenreuth, Gemeinde Leonberg, Landkreis Tirschenreuth

Albin L. Ockl, alleiniger Erbe / Rechtsnachfolger des verstorbenen Bruders (Bruder, Kläger, Rechtsnachfolger)
gegen

Landratsamt Tirschenreuth und Gemeinde Leonberg, vertreten durch den Freistaat Bayern, vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei, diese vertreten von dem leitenden Staatsminister.

Der Kläger, alleiniger Erbe und Rechtsnachfolger seines verstorbenen Bruders, hat nach einer Petition an den Bayerischen Landtag im Mai 2010 umfangreiche Rechtsunterstützung gegeben, um auf Bitten seines verstorbenen Bruders seine finale Zerschlagung zu verhindern, und nach seiner Zerschlagung mit Todesfolge umfangreiche Rechtsbemühungen unternommen, um posthume Rehabilitierung und Schadenersatz wegen der kommunalpolitisch motivierten und heimtückisch ausgeführten Zerschlagung seines Bruders mit Todesfolge zu erreichen. Der Vortrag dieser Klage und die Beweisführung ist an diesen aufwändig und sorgfältig ausgearbeiteten Verfahren orientiert:

Schriftsatz vom 24. Oktober 2015 (Anlagen Teil 1) mit Rechtsbeschwerde an den Bundesgerichtshof wegen Untätigkeit des Generalbundesanwalts zur Strafanzeige 1 AR 481/14 (Anlage BGH3-01):

Strafanzeige wegen krimineller Rechtsbeugung mit verheerenden Folgewirkungen

mit Verweigerung von verwaltungsjuristischen Berufungsverfahren zur Verdeckung krimineller Rechtsbeugung vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit

Verheerende Folgewirkungen sind

Verlust eines Menschenlebens und kapitale Vermögensschäden nach einer langjährigen Treib- und Hetzjagd durch bayerische Verwaltung mit verwaltungsgerichtlicher Unterstützung, krimineller Rechtsbeugung durch verantwortungslose Amtsträger und Richter sowie

Verweigerung von Berufungsverfahren zur Aufdeckung krimineller Rechtsbeugung.

Der detaillierte Schriftsatz (639 Seiten mit Einbeziehung der Schriftsätze an den Generalbundesanwalt und das Bundesverfassungsgericht) wurde an den III. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs (zum laufenden Verfahren III ZB 108/15) zugesandt mit Bitte um Kenntnissnahme und

Antrag auf Weiterleitung an das zuständige Rechtsbeschwerdegericht am BGH, der umfangreich begründete Schriftsatz wurde nicht beantwortet.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GBA-W01.pdf>

Scroll down after link (page 27)

Schriftsatz vom 09.April 2014 / 28.April 2014 (Anlage BGH3-01 und BGH3-04) an den Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof mit Strafanzeige (Gesamt 633 Seiten)

wegen krimineller Rechtsbeugung in bayerischer Verwaltung und Verwaltungsjustiz mit verheerenden Folgewirkungen vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und wegen Verweigerung von Berufungsverfahren

Beklagt: Untätigkeit trotz Verlust eines Menschenlebens

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GBA-W01.pdf>

Schriftsätze vom 22.09.2013 / 15.11.2013 / 24.03.2014 / 10.04.2014 / 28.04.2014 an das Bundesverfassungsgericht (Anlage Teil 2)

Verfassungsbeschwerde wegen Verweigerung einer rechtsstaatlichen Rechtsprechung durch unerträgliche Verzögerungen trotz eindeutiger Beweislage,

wegen Rehabilitierung des verstorbenen Bruders Wendelin Josef Ockl nach einer über 20 Jahre dauernden Treib- und Hetzjagd durch bayerische Verwaltung,

mit tödlichem Abschluss für den Gejagten (2.Todesopfer).

Fortsetzung des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens seit 07.12.2010 von Albin Ludwig Ockl (Beschwerdeführer, Kläger, Rechtsnachfolger)

als Rechtsnachfolger seines verstorbenen Bruders Wendelin Josef Ockl, gegen Freistaat Bayern (Gemeinde Leonberg / Verwaltungsgemeinschaft Mitterteich / Landratsamt Tirschenreuth / Bezirksregierung Regensburg: Beschwerdegegner, Beklagter)

Verfassungsbeschwerde: Nichtannahme zur Entscheidung ohne Begründung.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W04.pdf>

In einem Rechtsstaat nicht mehr vorstellbar:

Zweimal politisch motivierte Zerschlagung von Kläger (1) und Opfer (2), bundespolitisch (1) und lokalpolitisch (2) motivierte Zerschlagungen mit heimtückischer Ausführung der Zerschlagungen, mit Todesfolge nach langjähriger Treib- und Hetzjagd, mit kapitalen Vermögensschäden, mit unbewältigter NS-Vergangenheit, ohne Chance auf rechtliches Gehör in weiteren, zusammenhängenden Gerichtsverfahren.

Die durch **bundespolitisch** motivierte Zerschlagung erzwungene, unverschuldete Notlage des Klägers (III ZB 108/15 Bundesgerichtshof, I-18 W 36/15 Oberlandesgericht Düsseldorf, 2 O 70/15 Landgericht Wuppertal) und die Verweigerung von Prozesskostenhilfe durch bayerische Verwaltungsgerichte **trotz Nachlass-Insolvenz** sind der ausschließliche Grund, dass eine anwaltliche Vertretung in den angestrebten Berufungsverfahren am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof nicht möglich war, sodass bis heute keine Berufung zugelassen wurde. Über die unverschuldete Notlage des klagenden Rechtsnachfolgers waren die bayerischen Verwaltungsgerichte und Berufungsgerichte vom Kläger ausführlich informiert, um Prozesskostenhilfe-Anträge begründen zu können. **Trotzdem wurden Prozesskostenhilfeanträge abgewiesen.**

Folgende Berufungsverfahren wurden vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof wegen nicht finanzierbarer anwaltlicher Vertretung nicht zugelassen:

Antrag auf Berufung gegen verwaltungsgerichtliches Urteil RO 7 K 10.2208

mit Schriftsatz des Verstorbenen vom 12.12.2011 an Bayerisches Verwaltungsgericht Regensburg: Sieh Anlage Teil 2 Seite 553

> > > <http://www.damwild-ockl.de/doku/VWG-wo2.pdf>

> > > Scroll down after link (page 13)

Antrag auf Berufung gegen verwaltungsgerichtliche Urteile und Beschlüsse (mit nachgewiesener Rechtsbeugung) vom 24.10.2014 zu den Verfahren RO 5 K 10.2208 und RO 5 K 11.566

mit Schriftsatz des Klägers vom 21.01.2014 an den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof in München: Sieh Anlage Teil 2 Seite 68

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VGE5-Lkpost.pdf>

Darüber hinaus wird von der Staatsoberkasse Bayern / Finanzamt Landshut die Kostenerstattung für **2 verwaltungsgerichtliche Verfahren** (RO 5 K 10.2208 und RO 5 K 11.566) am VG Regensburg, für die Berufungsverfahren trotz ausführlich begründeter Berufungsunterlagen verweigert wurden, eingefordert **und mit Missbrauch von Staatsgewalt** (Eintragung einer Zwangshypothek durch das Amtsgericht Velbert) erzwungen.

Mit diesen **2 verwaltungsgerichtlichen Verfahren** wurde die finale Zerschlagung des Opfers mit Rechtsbeugung und tödlichem Finale rücksichtslos abgeschlossen. **Daher wurde sofortige Beschwerde gegen den Beschluss des Amtsgerichts Velbert (VE-6192-23) eingeleitet und zivilgerichtliche Klageerhebung gegen den Freistaat Bayern am zuständigen Landgericht Wuppertal vorgenommen.**

Detaillierte Ausführungen in Anlage BVG-08 und in der Internet-Cloud einsehbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

Der beklagte WDR wird vom Unterzeichner ausführlich informiert.

Der Antrag auf Stundung der Rundfunkgebühren wegen der mit politisch motivierter Zerschlagung im Doppelpack erzwungenen Notlage und der Antrag auf Unterstützung der Rehabilitierung durch den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk wird erneut gestellt.

7 prall gefüllte Ordner mit Beweismaterial liegen am Landgericht in Wuppertal vor. Der Unterzeichner ist gerne bereit, dem WDR (der Intendanz oder Redaktion) Einblick zu geben. 5 Ordner zu erster Zerschlagung:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link

Dies ist auch eine Information zu laufenden Gerichtsverfahren. Um Beachtung wird gebeten. Gerne hören wir von Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen



Albin L. Ockl

Anlagen zu diesem Schriftsatz vom 14.07.2016

Anlage D

Klage auf Stundung der Rundfunkbeiträge und Unterstützung der Rehabilitation durch den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk wegen politisch motivierter Zerschlagung des Klägers unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000, jetzt auch wegen politisch motivierter Zerschlagung im Doppelpack mit Antrag auf Prozesskostenhilfe

Hier: Einspruch gegen den Beschluss des 6.Senats des Bundesverwaltungsgerichts vom 22.Juni 2016 (eingegangen am 01.Juli 2016) mit dem besonderen Rechtsbehelf der Anhörungsrüge

mit den Anlagen BVG-07 und BVG-08

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRReinspruch3.pdf>

Scroll down after link (page 60)

Anlage BVG-07

Schriftsatz vom 18.Juni 2016 an das Oberlandesgericht Düsseldorf

18.Zivilsenat, I-18 W 36/15

Erinnerungsverfahren wegen Versagung von rechtlichem Gehör im bisherigen Verfahren mit Antrag auf Prozesskostenhilfe

Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung

wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

unter Verwendung des Beweismaterials (Beweis-Ordner 0, 1, 2, 3, 4 mit Leihgabe der Congressbände zur Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 als Muster für professionellen Verlagsservice)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-E16.pdf>

> > > Scroll down after link (page 51)

Anlage BVG-08

Schriftsatz vom 06.Juli 2016 an das Landgericht Wuppertal

Klage auf posthume Rehabilitation des verstorbenen Bruders und Schadenersatz

wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge nach zweiter Petition an den Bayerischen Landtag und

wegen kapitaler Vermögensschäden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

Anlagen zu Schriftsatz vom 05.07.2014

Anlage A zum Schriftsatz vom kompletter Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör.

Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit Schriftsatz vom 15.06.2014 wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

gegen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel (Beklagte)

mit Beiladung von Kläger und Beklagten weiterer beteiligter Gerichtsverfahren

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Anlage B zum Schriftsatz vom 05.07.2014

3 Ordner Beweisunterlagen der Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit Schriftsatz vom 15.06.2014

Anlage C: Anzeige und Klage vom 22.06.2014

wegen Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung

ohne Vorlage eines Haftbefehls und

wegen Hausfriedensbruch und

wegen Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung

Legende unserer Schreiben an die Intendanz des WDR

Schriftsatz vom 31.12.2012

Hilfearuf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Einspruch gegen GEZ-Bescheid

01. Innovation durch Telekommunikation

Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003

02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-

Höchstleistungen: UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen

03. Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen.

Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung

04. Widerspruchsbescheid des Westdeutschen Rundfunks ist eine hinterlistige
Manipulation des Sachverhalts in Täuschungsabsicht, Notsituation von der GEZ
gnadenlos ausgenutzt unter dem Deckmantel der Sachfremdheit von UMTS

05. Intendanz ist verantwortlich für die gnadenlose Treib- und Hetzjagd der GEZ,
die von uns in einer Serie von Schriftsätzen informiert ist und diese als
Sachfremdheit von UMTS abwimmelt

06. Bis heute: Diskriminierung aller Rehabilitierungsbemühungen,

bis heute: Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitierung,

bis heute: Unterdrückung von Zeugenaussagen und Beweisen

07. Stundung der GEZ-Gebühren bis zur gerichtlichen Klärung von
Schadenersatz und Rehabilitierung

Rettung herausragender Zeitzeugnisse über 27 Jahre Innovation durch
Telekommunikation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Schreiben vom 16.01.2013:

Zusendung der Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Schriftsatz vom 14.06.2013: Widerspruch gegen Gebührenbescheid

Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren:

08. GEZgnadenlos:

Rücktritt nach 3 Schreiben anstatt Verantwortung zu übernehmen

Untätigkeit trotz ausführlicher Informationen

Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf Opfer der UMTS-Auktion 2000

09. Wir sind Geschädigte, wir sind nicht schuld daran und können nichts daran
ändern, wenn verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 bis heute
nicht aufgearbeitet sind, wenn wir eine totale Diskriminierung trotz unserer
Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland ertragen müssen, wenn wir
deswegen Stundung der Gebühren beantragen müssen. Daher nochmals eine
Information in Kurzform

10. Lebenserfahrungen der Geschädigten zu einem

Scherbenhaufen deutscher Politik, deutscher Verwaltung und deutscher Justiz:

Vorwürfe gegen einen sogenannten Rechtsstaat

11. Recht auf Schadenersatz und Rehabilitierung:

Anhörungsresistenz des Deutschen Bundestags und der Justiz ist Ursache für

12. Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten sind ein Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit wegen Diskriminierung ihres Rechts auf Schadenersatz und Rehabilitation
13. Staatshaftung für einen Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal: Schadenersatz und Rehabilitation sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können
14. Informationsskandal: 13 Jahre lang Informationssperre über verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000
15. Geschädigte wollen keinen Nachlass der Rundfunkgebühren, sondern Stundung bis zur rechtsstaatlichen Klärung von Schadenersatz und Rehabilitation. Daher unsere Bitte um Unterstützung
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schriftsatz vom 07.07.2014: Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die Beigeladenen herbeizuführen.

16. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten: Klage auf Rehabilitation und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung) gegen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel (Beklagte)
17. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Missbrauch von Staatsgewalt, Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, Bürger 2.Klasse im sogenannten Rechtsstaat Deutschland haben keine Grundrechte
18. Vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zum Verwaltungsgericht Regensburg: Bruder von bayerischer Verwaltung in den Tod getrieben. Notlage des Alleinerben aus staatlicher UMTS-Auktion 2000 gnadenlos ausgenutzt, um Berufung am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof abzulehnen
19. Rundfunk mit privilegiertem Informationsauftrag sollte nicht diskriminieren, sondern sich aktiv an der Aufklärung beteiligen: Öffentlicher Rundfunk darf nicht für staatliche Zwecke instrumentalisiert werden
- > > > Siehe oben
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schriftsatz vom 18.08.2015:

Widerspruch gegen Mahnung im Umfeld von politisch motivierter Zerschlagung: Staatliche Zwangsmaßnahmen und Zwangsmaßnahmen der Beteiligten während des laufenden Verfahrens sind als verwerfliche Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung und als verfassungswidrig abzuwehren

Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen.

15-Jahre-Jubiläum: Die Öffentlich-Rechtlichen sollten endlich nachdenken, inwieweit sie die Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ebenfalls diskriminiert haben und nun Beihilfe leisten zur politisch motivierten Zerschlagung.

20. Ein Jubiläum: 15 Jahre staatliche UMTS-Auktion 2000

Deutscher Rechtsstaat, der nach 15 Jahren seit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung zu einer Jahrhundert-Ungerechtigkeit nur desolate Justiz-Verfahren produziert und nur neue Ungerechtigkeiten hinzufügen kann, hat seinen Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit schwer beschädigt.

Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen Verfahren mit Klageschwerpunkt der politisch motivierten Zerschlagung vor Zivilgerichten

21. Politisch motivierte Zerschlagung und Beihilfe zur politisch motivierten

Zerschlagung durch angedrohte Zwangsmaßnahmen des WDR

Zurückweisung der Mahnung und der angedrohten Zwangsmaßnahmen

22. Politisch motivierte Zerschlagung durch die beklagte Bundesregierung und die ganze Republik schaut zu: Eine politische und juristische Odyssee

Der Deutsche Bundespräsident seit 2010

Der Deutsche Bundestag seit 2010

Das Bundesverfassungsgericht

Die Intendanten der öffentlich rechtlichen Rundfunkanstalten

Rechtsbeschwerde an den Bundesgerichtshof

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schriftsatz vom 14.07.2016:

Widerspruch gegen Mahnung / Bescheid im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen: Staatliche Zwangsmaßnahmen und Zwangsmaßnahmen der Beteiligten während des laufenden Verfahrens sind als verwerfliche Beihilfe zu politisch motivierten Zerschlagungen und als verfassungswidrig abzuwehren

Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen.

23. Schriftsatz vom 08.08.2015 mit Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen

Unerträglich: Auftrags-Antwort mit vollstreckbaren Festsetzungsbescheid vom 03.06.2016 (eingegangen am 15.06.2016)

Daher: Widerspruch und Antrag auf weitere Stundung der Rundfunkgebühren wegen schuldloser, erzwungener Notlage infolge politisch motivierter Zerschlagung im Doppelpack und kompletter Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör

24. Widerspruch gegen vollstreckbaren Festsetzungsbescheid gemäß laufender Anhörungsrüge am Bundesverwaltungsgericht als Vorbedingung für Verfassungsbeschwerde

Politisch motivierte Zerschlagung im Doppelpack mit rechtshängigen Schadenersatzverfahren beim Landgericht Wuppertal

In einem Rechtsstaat nicht mehr nachvollziehbar:

Komplette Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör trotz ausführlichem, qualifizierten Beweismaterials und verfügbarer hochqualifizierter Zeugenaussagen

25. Erste Zerschlagung:

Deutsche Justiz verantwortlich für unerträgliche Verzögerungen mit Versagung von rechtlichem Gehör im zivilrechtlichen Schadenersatzverfahren der ersten Zerschlagung

Einleitung des Erinnerungsverfahrens mit Schriftsätzen vom 20.Mai 2016 und 18.Juni 2016 wegen Versagung von rechtlichem Gehör im bisherigen Verfahren mit Antrag auf Prozesskostenhilfe

unter Verwendung des Beweismaterials (Beweis-Ordner 0, 1, 2, 3, 4 mit Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 gemäß Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Klägers, separate Anlieferung, zuletzt bei OLG Düsseldorf wegen Beschwerdeverfahren I-18 W 36/15)

Versagung des Zugangs zum Grundgesetz: Opfer ist gezwungen, mit Prozesskostenhilfe ohne anwaltliche Unterstützung durch alle Instanzen zu klagen, um am Bundesverfassungsgericht zu hören: Nicht-Aannahme zur Entscheidung ohne Begründung, seit 2010.

26. Neue, zweite Zerschlagung mit irreversiblen Ausgang, jetzt auch in diesem Verfahren zusätzlicher Grund für Stundung der Rundfunkgebühren wegen erzwungener Notlage:

Klage auf posthume Rehabilitierung des verstorbenen Bruders und Schadenersatz

wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit nach zweiter Petition an den Bayerischen Landtag und wegen kapitaler Vermögensschäden

> > > Siehe oben

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Per Fax an 0221-220-2000

Herrn Tom Buhrow
Intendant
Westdeutscher Rundfunk

50600 Köln

Velbert, 10.Sept. 2016

Beitragsnummer 250 514 940
Qualitätsjournalismus mit dem Anspruch, 4.Macht im Staate zu sein:
Für Mitwisser eine Verpflichtung. Sieh Anlage V-1, Seite 103
Deutschland bleibt nicht Deutschland

Sehr geehrter Herr Buhrow,

Leider haben wir von den Öffentlich-Rechtlichen bis heute keine Unterstützung für unsere Rehabilitierung erhalten. Jetzt sind wir gezwungen,
Stundung der Rundfunkgebühren
wegen politisch motivierter Zerschlagungen und
wegen Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör
weiter zu beantragen und deswegen auch weiter zu klagen.

Hiermit möchten wir Sie informieren über die Klage auf Stundung der Rundfunkbeiträge und Unterstützung der Rehabilitierung durch den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk
wegen unverschuldeter, staatlich erzwungener Notlage
infolge politisch motivierter Zerschlagungen des Klägers und seines Bruders mit Todesfolge (Kläger ist einziger Rechtsnachfolger des Verstorbenen)
unter Verantwortung der beklagten Bundesrepublik Deutschland (vertreten durch das Bundeskanzleramt) für politisch motivierte Zerschlagung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und
unter Verantwortung des beklagten Freistaates Bayern (vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei) nach einer über 20-jährigen Treib- und Hetzjagd auf den Verstorbenen mit kapitalen Vermögensschäden vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit.

Hiermit möchten wir Sie ermutigen, **Eigenverantwortung zu übernehmen** und sich nicht ausschließlich nach einem beklagten Bundeskanzleramt zu richten. In dieser Angelegenheit ist es erforderlich, unsere juristischen Anstrengungen zur Abwehr staatlicher Übergriffe zu kennen und zu bewerten.

Trotz intensiver Bemühungen seit 2010, ohne Wochenende, ohne Urlaub, trotz qualifizierten und umfangreichen Beweismaterials, wird rechtliches Gehör zu unerhörten Vorgängen staatlicher Übergriffe, politisch motivierter Zerschlagungen bis heute verweigert:

Das Grundgesetz ist nur noch Makulatur. Gerichte amüsieren sich über Verfassungsbeschwerden. Krimineller Verstoß gegen fundamentale Menschenrechte in der Justiz wird beklagt. Rechtsbeugung ist alltäglich.

Rentner mit 75 Jahren, die mit ihrer Leistung die ITK-Branche aufgebaut haben, werden mit schikanierenden Gerichtsverfahren abgewimmelt.

Rentner mit 75 Jahren haben de facto keine Krankenversicherung und keine Pflegeversicherung mehr, obwohl sie bis 2010 Beiträge für Premiumversicherungen bezahlt haben

Das Leben eines Staatsbürgers mit einer herausragenden Lebensleistung hat nur noch die Bedeutung einer Wählerstimme, auf die man auch verzichten kann.

Protestparteien brauchen kein Parteiprogramm mehr, um „stante pede“ zigtausende Nicht-Wähler zu reaktivieren. Wie viele Leichen hat deutsche Politik im Keller? Sieh Anlage I-0.

Deutsche Justiz, die eigentlich politisch motivierte Zerschlagungen abwehren und nicht vollenden sollte, ist nicht mehr in der Lage, ihre Aufgaben in einem Rechtsstaat wahrzunehmen.

Daher möchten wir Sie bitten, unserem Antrag auf Stundung der Rundfunkgebühren stattzugeben, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

Mit freundlichen Grüßen



Albin L. Ockl

Anlagen

Schriftsatz vom 09. September 2016 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Einspruch gegen unanfechtbaren Beschluss vom 24. August 2016 (eingegangen am 27.08.2016) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §152a VwGO

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRReinspruch3.pdf>

Scroll down after link (page 91)

Legende unserer Schreiben an die Intendanz des WDR

Schriftsatz vom 31.12.2012

Hilfearuf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Einspruch gegen GEZ-Bescheid

01. Innovation durch Telekommunikation

Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003

02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-

Höchstleistungen: UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen

03. Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen.

Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung

04. Widerspruchsbescheid des Westdeutschen Rundfunks ist eine hinterlistige
Manipulation des Sachverhalts in Täuschungsabsicht, Notsituation von der GEZ
gnadenlos ausgenutzt unter dem Deckmantel der Sachfremdheit von UMTS

05. Intendanz ist verantwortlich für die gnadenlose Treib- und Hetzjagd der GEZ,
die von uns in einer Serie von Schriftsätzen informiert ist und diese als

Sachfremdheit von UMTS abwimmelt

06. Bis heute: Diskriminierung aller Rehabilitierungsbemühungen,

bis heute: Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitierung,

bis heute: Unterdrückung von Zeugenaussagen und Beweisen

07. Stundung der GEZ-Gebühren bis zur gerichtlichen Klärung von
Schadenersatz und Rehabilitierung

Rettung herausragender Zeitzeugnisse über 27 Jahre Innovation durch
Telekommunikation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Schreiben vom 16.01.2013:

Zusendung der Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Schriftsatz vom 14.06.2013: Widerspruch gegen Gebührenbescheid

Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren:

08. GEZgnadenlos:

Rücktritt nach 3 Schreiben anstatt Verantwortung zu übernehmen

Untätigkeit trotz ausführlicher Informationen

Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf Opfer der UMTS-Auktion 2000

09. Wir sind Geschädigte, wir sind nicht schuld daran und können nichts daran
ändern, wenn verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 bis heute
nicht aufgearbeitet sind, wenn wir eine totale Diskriminierung trotz unserer
Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland ertragen müssen, wenn wir
deswegen Stundung der Gebühren beantragen müssen. Daher nochmals eine
Information in Kurzform

10. Lebenserfahrungen der Geschädigten zu einem

Scherbenhaufen deutscher Politik, deutscher Verwaltung und deutscher Justiz:

Vorwürfe gegen einen sogenannten Rechtsstaat

11. Recht auf Schadenersatz und Rehabilitierung:

Anhörungsresistenz des Deutschen Bundestags und der Justiz ist Ursache für
Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten

12. Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten sind ein Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit wegen Diskriminierung ihres Rechts auf Schadenersatz und Rehabilitierung
13. Staatshaftung für einen Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal: Schadenersatz und Rehabilitierung sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können
14. Informationsskandal: 13 Jahre lang Informationssperre über verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000
15. Geschädigte wollen keinen Nachlass der Rundfunkgebühren, sondern Stundung bis zur rechtsstaatlichen Klärung von Schadenersatz und Rehabilitierung. Daher unsere Bitte um Unterstützung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

**Schriftsatz vom 07.07.2014: Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die Beigeladenen herbeizuführen.**

16. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten: Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
gegen
Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel (Beklagte)
17. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Missbrauch von Staatsgewalt, Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, Bürger 2.Klasse im sogenannten Rechtsstaat Deutschland haben keine Grundrechte
18. Vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zum Verwaltungsgericht Regensburg: Bruder von bayerischer Verwaltung in den Tod getrieben. Notlage des Alleinerben aus staatlicher UMTS-Auktion 2000 gnadenlos ausgenutzt, um Berufung am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof abzulehnen
19. Rundfunk mit privilegiertem Informationsauftrag sollte nicht diskriminieren, sondern sich aktiv an der Aufklärung beteiligen:
Öffentlicher Rundfunk darf nicht für staatliche Zwecke instrumentalisiert werden
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

**Schriftsatz vom 18.08.2015:
Widerspruch gegen Mahnung im Umfeld von politisch motivierter Zerschlagung: Staatliche Zwangsmaßnahmen und Zwangsmaßnahmen der Beteiligten während des laufenden Verfahrens sind als verwerfliche Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung und als verfassungswidrig abzuwehren
Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen.
15-Jahre-Jubiläum: Die Öffentlich-Rechtlichen sollten endlich nachdenken, inwieweit sie die Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ebenfalls diskriminiert haben und nun Beihilfe leisten zur politisch motivierten Zerschlagung.**

20. Ein Jubiläum: 15 Jahre staatliche UMTS-Auktion 2000
Deutscher Rechtsstaat, der nach 15 Jahren seit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung zu einer Jahrhundert-Ungerechtigkeit nur desolates Justiz-Verfahren produziert und nur neue Ungerechtigkeiten hinzufügen kann, hat seinen Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit schwer beschädigt.
Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen Verfahren mit Klageschwerpunkt der politisch motivierten Zerschlagung vor Zivilgerichten
21. Politisch motivierte Zerschlagung und Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung durch angedrohte Zwangsmaßnahmen des WDR
Zurückweisung der Mahnung und der angedrohten Zwangsmaßnahmen
22. Politisch motivierte Zerschlagung durch die beklagte Bundesregierung und die ganze Republik schaut zu: Eine politische und juristische Odyssee
Der Deutsche Bundespräsident seit 2010
Der Deutsche Bundestag seit 2010
Das Bundesverfassungsgericht
Die Intendanten der öffentlich rechtlichen Rundfunkanstalten
Rechtsbeschwerde an den Bundesgerichtshof
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schriftsatz vom 14.07.2016:

Widerspruch gegen Mahnung / Bescheid im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen: Staatliche Zwangsmaßnahmen und Zwangsmaßnahmen der Beteiligten während des laufenden Verfahrens sind als verwerfliche Beihilfe zu politisch motivierten Zerschlagungen und als verfassungswidrig abzuwehren

Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen.

23. Schriftsatz vom 08.08.2015 mit Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen

Unerträglich: Auftrags-Antwort mit vollstreckbaren Festsetzungsbescheid vom 03.06.2016 (eingegangen am 15.06.2016)

Daher: Widerspruch und Antrag auf weitere Stundung der Rundfunkgebühren wegen schuldloser, erzwungener Notlage infolge politisch motivierter Zerschlagung im Doppelpack und kompletter Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör

24. Widerspruch gegen vollstreckbaren Festsetzungsbescheid gemäß laufender Anhörungsrüge am Bundesverwaltungsgericht als Vorbedingung für Verfassungsbeschwerde

Politisch motivierte Zerschlagung im Doppelpack mit rechtshängigen Schadenersatzverfahren beim Landgericht Wuppertal

In einem Rechtsstaat nicht mehr nachvollziehbar:

Komplette Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör trotz ausführlichem, qualifizierten Beweismaterials und verfügbarer hochqualifizierter Zeugenaussagen

25. Erste Zerschlagung:

Deutsche Justiz verantwortlich für unerträgliche Verzögerungen mit Versagung von rechtlichem Gehör im zivilrechtlichen Schadenersatzverfahren der ersten Zerschlagung

Einleitung des Erinnerungsverfahrens mit Schriftsätzen vom 20.Mai 2016 und 18.Juni 2016 wegen Versagung von rechtlichem Gehör im bisherigen Verfahren mit Antrag auf Prozesskostenhilfe

unter Verwendung des Beweismaterials (Beweis-Ordner 0, 1, 2, 3, 4 mit Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 gemäß Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Klägers, separate Anlieferung, zuletzt bei OLG Düsseldorf wegen Beschwerdeverfahren I-18 W 36/15)

Versagung des Zugangs zum Grundgesetz: Opfer ist gezwungen, mit Prozesskostenhilfe ohne anwaltliche Unterstützung durch alle Instanzen zu klagen, um am Bundesverfassungsgericht zu hören: Nicht-Aannahme zur Entscheidung ohne Begründung, seit 2010.

26. Neue, zweite Zerschlagung mit irreversiblen Ausgang, jetzt auch in diesem Verfahren zusätzlicher Grund für Stundung der Rundfunkgebühren wegen erzwungener Notlage:

Klage auf posthume Rehabilitierung des verstorbenen Bruders und Schadenersatz

wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit nach zweiter Petition an den Bayerischen Landtag und wegen kapitaler Vermögensschäden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schreiben vom 10.Sept. 2016 mit

Antrag auf Stundung der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > Siehe oben

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 55)

Per Fax an 0221-220-2000

Herrn Tom Buhrow
Intendant
Westdeutscher Rundfunk

50600 Köln

Velbert, 26.November 2016

Beitragsnummer 250 514 940
Qualitätsjournalismus mit dem Anspruch, 4.Macht im Staate zu sein:
Für Mitwisser eine Verpflichtung. Für Mittäter schonungslose Aufklärung.
Deutschland bleibt nicht Deutschland

Sehr geehrter Herr Buhrow,

Leider haben wir von den Öffentlich-Rechtlichen bis heute keine Unterstützung für unsere Rehabilitierung erhalten. Jetzt sind wir gezwungen,
Erlass der Rundfunkgebühren
wegen politisch motivierter extremistischer Zerschlagungen und
wegen Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör
weiter zu beantragen und deswegen auch weiter zu klagen.

Hiermit möchten wir Sie informieren über die Fortsetzung der Klage mit dem Rechtsmittel der Berufung und Unterstützung der Rehabilitierung durch den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk
wegen unverschuldeter, staatlich erzwungener Notlage
infolge politisch motivierter extremistischer Zerschlagungen des Klägers und seines Bruders mit Todesfolge (Kläger ist einziger Rechtsnachfolger des Verstorbenen)
unter Verantwortung der beklagten Bundesrepublik Deutschland (vertreten durch das Bundeskanzleramt) für politisch motivierte Zerschlagung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und
unter Verantwortung des beklagten Freistaates Bayern (vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei) nach einer über 20-jährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod des Verstorbenen mit kapitalen Vermögensschäden vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit.

Hiermit möchten wir Sie ermutigen, **Eigenverantwortung zu übernehmen** und sich nicht ausschließlich nach einem beklagten Bundeskanzleramt zu richten. In dieser Angelegenheit ist es erforderlich, unsere juristischen Anstrengungen zur Abwehr staatlicher Übergriffe zu kennen und zu bewerten.

Deutschland braucht einen starken **Rechtsstaat**, den wir bis heute noch nicht kennenlernen konnten.

Das Grundgesetz ist nur noch Makulatur. Gerichte amüsieren sich über Verfassungsbeschwerden. Krimineller Verstoß gegen fundamentale Menschenrechte in der Justiz wird beklagt. Rechtsbeugung ist alltäglich. Rentner mit 75 Jahren, die mit ihrer Leistung die ITK-Branche aufgebaut haben, werden mit schikanierenden Gerichtsverfahren abgewimmelt. Rentner mit 75 Jahren haben de facto keine Krankenversicherung und keine Pflegeversicherung mehr, obwohl sie bis 2010 Beiträge für Premiumversicherungen bezahlt haben. Das Leben eines Staatsbürgers mit einer herausragenden Lebensleistung hat nur noch die Bedeutung einer Wählerstimme, auf die man auch verzichten kann. Protestparteien stehen sich höchstens selbst im Wege und brauchen kein Parteiprogramm mehr, um „stante pede“ zigtausende Nicht-Wähler zu reaktivieren. Wie viele Leichen hat deutsche Politik im Keller? Sieh Anlage I-0.

Deutsche Justiz, die eigentlich politisch motivierte Zerschlagungen abwehren und nicht vollenden sollte, ist nicht mehr in der Lage, ihre Aufgaben in einem schwachen Rechtsstaat wahrzunehmen.

Wir möchten Sie darum bitten, unseren Antrag auf sofortige Härteleistungen beim Bundesamt für Justiz zu unterstützen (Anlage VI-1), bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

Mit freundlichen Grüßen



Albin L. Ockl

Anlagen

Schriftsatz vom 25. November 2016 mit Rechtsmittel der Berufung mit Antrag auf Prozesskostenhilfe gegen das Urteil vom 22. September 2016 (eingegangen am 01.10.2016) und mit Antrag auf Berufungsinstanz mit Zuständigkeit für Telekommunikationsrecht, Medien- und Rundfunkrecht (13. Senat des Oberverwaltungsgerichts NRW)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRReinspruch4.pdf>

Legende unserer Schreiben an die Intendanz des WDR

Schriftsatz vom 31.12.2012

Hilfearuf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Einspruch gegen GEZ-Bescheid

01. Innovation durch Telekommunikation

Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003

02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-

Höchstleistungen: UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen

03. Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen.

Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung

04. Widerspruchsbescheid des Westdeutschen Rundfunks ist eine hinterlistige
Manipulation des Sachverhalts in Täuschungsabsicht, Notsituation von der GEZ
gnadenlos ausgenutzt unter dem Deckmantel der Sachfremdheit von UMTS

05. Intendanz ist verantwortlich für die gnadenlose Treib- und Hetzjagd der GEZ,
die von uns in einer Serie von Schriftsätzen informiert ist und diese als

Sachfremdheit von UMTS abwimmelt

06. Bis heute: Diskriminierung aller Rehabilitierungsbemühungen,

bis heute: Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitierung,

bis heute: Unterdrückung von Zeugenaussagen und Beweisen

07. Stundung der GEZ-Gebühren bis zur gerichtlichen Klärung von
Schadenersatz und Rehabilitierung

Rettung herausragender Zeitzeugnisse über 27 Jahre Innovation durch
Telekommunikation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Schreiben vom 16.01.2013:

Zusendung der Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Schriftsatz vom 14.06.2013: Widerspruch gegen Gebührenbescheid

Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren:

08. GEZgnadenlos:

Rücktritt nach 3 Schreiben anstatt Verantwortung zu übernehmen

Untätigkeit trotz ausführlicher Informationen

Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf Opfer der UMTS-Auktion 2000

09. Wir sind Geschädigte, wir sind nicht schuld daran und können nichts daran
ändern, wenn verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 bis heute
nicht aufgearbeitet sind, wenn wir eine totale Diskriminierung trotz unserer
Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland ertragen müssen, wenn wir
deswegen Stundung der Gebühren beantragen müssen. Daher nochmals eine
Information in Kurzform

10. Lebenserfahrungen der Geschädigten zu einem

Scherbenhaufen deutscher Politik, deutscher Verwaltung und deutscher Justiz:
Vorwürfe gegen einen sogenannten Rechtsstaat

11. Recht auf Schadenersatz und Rehabilitierung:

Anhörungsresistenz des Deutschen Bundestags und der Justiz ist Ursache für
Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten

12. Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten sind ein Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit wegen Diskriminierung ihres Rechts auf Schadenersatz und Rehabilitierung
13. Staatshaftung für einen Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal: Schadenersatz und Rehabilitierung sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können
14. Informationsskandal: 13 Jahre lang Informationssperre über verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000
15. Geschädigte wollen keinen Nachlass der Rundfunkgebühren, sondern Stundung bis zur rechtsstaatlichen Klärung von Schadenersatz und Rehabilitierung. Daher unsere Bitte um Unterstützung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

**Schriftsatz vom 07.07.2014: Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die Beigeladenen herbeizuführen.**

16. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten: Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
gegen
Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel (Beklagte)
17. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Missbrauch von Staatsgewalt, Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, Bürger 2.Klasse im sogenannten Rechtsstaat Deutschland haben keine Grundrechte
18. Vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zum Verwaltungsgericht Regensburg: Bruder von bayerischer Verwaltung in den Tod getrieben. Notlage des Alleinerben aus staatlicher UMTS-Auktion 2000 gnadenlos ausgenutzt, um Berufung am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof abzulehnen
19. Rundfunk mit privilegiertem Informationsauftrag sollte nicht diskriminieren, sondern sich aktiv an der Aufklärung beteiligen:
Öffentlicher Rundfunk darf nicht für staatliche Zwecke instrumentalisiert werden
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

**Schriftsatz vom 18.08.2015:
Widerspruch gegen Mahnung im Umfeld von politisch motivierter Zerschlagung: Staatliche Zwangsmaßnahmen und Zwangsmaßnahmen der Beteiligten während des laufenden Verfahrens sind als verwerfliche Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung und als verfassungswidrig abzuwehren
Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen.
15-Jahre-Jubiläum: Die Öffentlich-Rechtlichen sollten endlich nachdenken, inwieweit sie die Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ebenfalls diskriminiert haben und nun Beihilfe leisten zur politisch motivierten Zerschlagung.**

20. Ein Jubiläum: 15 Jahre staatliche UMTS-Auktion 2000
Deutscher Rechtsstaat, der nach 15 Jahren seit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung zu einer Jahrhundert-Ungerechtigkeit nur desolates Justiz-Verfahren produziert und nur neue Ungerechtigkeiten hinzufügen kann, hat seinen Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit schwer beschädigt.
Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen Verfahren mit Klageschwerpunkt der politisch motivierten Zerschlagung vor Zivilgerichten
21. Politisch motivierte Zerschlagung und Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung durch angedrohte Zwangsmaßnahmen des WDR
Zurückweisung der Mahnung und der angedrohten Zwangsmaßnahmen
22. Politisch motivierte Zerschlagung durch die beklagte Bundesregierung und die ganze Republik schaut zu: Eine politische und juristische Odyssee
Der Deutsche Bundespräsident seit 2010
Der Deutsche Bundestag seit 2010
Das Bundesverfassungsgericht
Die Intendanten der öffentlich rechtlichen Rundfunkanstalten
Rechtsbeschwerde an den Bundesgerichtshof
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schriftsatz vom 14.07.2016:

Widerspruch gegen Mahnung / Bescheid im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen: Staatliche Zwangsmaßnahmen und Zwangsmaßnahmen der Beteiligten während des laufenden Verfahrens sind als verwerfliche Beihilfe zu politisch motivierten Zerschlagungen und als verfassungswidrig abzuwehren

Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen.

23. Schriftsatz vom 08.08.2015 mit Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen

Unerträglich: Auftrags-Antwort mit vollstreckbaren Festsetzungsbescheid vom 03.06.2016 (eingegangen am 15.06.2016)

Daher: Widerspruch und Antrag auf weitere Stundung der Rundfunkgebühren wegen schuldloser, erzwungener Notlage infolge politisch motivierter Zerschlagung im Doppelpack und kompletter Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör

24. Widerspruch gegen vollstreckbaren Festsetzungsbescheid gemäß laufender Anhörungsrüge am Bundesverwaltungsgericht als Vorbedingung für Verfassungsbeschwerde

Politisch motivierte Zerschlagung im Doppelpack mit rechtshängigen Schadenersatzverfahren beim Landgericht Wuppertal

In einem Rechtsstaat nicht mehr nachvollziehbar:

Komplette Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör trotz ausführlichem, qualifizierten Beweismaterials und verfügbarer hochqualifizierter Zeugenaussagen

25. Erste Zerschlagung:

Deutsche Justiz verantwortlich für unerträgliche Verzögerungen mit Versagung von rechtlichem Gehör im zivilrechtlichen Schadenersatzverfahren der ersten Zerschlagung

Einleitung des Erinnerungsverfahrens mit Schriftsätzen vom 20.Mai 2016 und 18.Juni 2016 wegen Versagung von rechtlichem Gehör im bisherigen Verfahren mit Antrag auf Prozesskostenhilfe

unter Verwendung des Beweismaterials (Beweis-Ordner 0, 1, 2, 3, 4 mit Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 gemäß Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Klägers, separate Anlieferung, zuletzt bei OLG Düsseldorf wegen Beschwerdeverfahren I-18 W 36/15)

Versagung des Zugangs zum Grundgesetz: Opfer ist gezwungen, mit Prozesskostenhilfe ohne anwaltliche Unterstützung durch alle Instanzen zu klagen, um am Bundesverfassungsgericht zu hören: Nicht-Aannahme zur Entscheidung ohne Begründung, seit 2010.

26. Neue, zweite Zerschlagung mit irreversiblen Ausgang, jetzt auch in diesem Verfahren zusätzlicher Grund für Stundung der Rundfunkgebühren wegen erzwungener Notlage:

Klage auf posthume Rehabilitierung des verstorbenen Bruders und Schadenersatz

wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit nach zweiter Petition an den Bayerischen Landtag und wegen kapitaler Vermögensschäden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schreiben vom 10.Sept. 2016 mit

Antrag auf Stundung der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 55)

Schreiben vom 26.Nov. 2016 mit

Antrag auf Erlass der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > Siehe oben

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 61)

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 0221-220-2000

**Herrn Tom Buhrow
Intendant
Westdeutscher Rundfunk**

50600 Köln

Velbert, 25.November 2017

Beitragsnummer 250 514 940

Qualitätsjournalismus mit dem Anspruch, 4.Macht im Staate zu sein:

Für Mitwisser eine Verpflichtung. Für Mittäter schonungslose Aufklärung.

Deutschland bleibt nicht Deutschland (Fortsetzung von 2016)

Sehr geehrter Herr Intendant,

Qualitätsjournalismus mit dem Anspruch, 4.Macht im Staate zu sein:

Für Mitwisser eine Verpflichtung. Für Mittäter schonungslose Aufklärung.

Wir beklagen eine Wand des Schweigens:

„**Tear down this wall**“, so US President Ronald Reagan in West Berlin am 12.Juni 1987. Es hat noch 2 ½ Jahre gedauert, bis die Mauer gefallen ist.

Wir klagen seit 2010 als Opfer

**politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung
staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge
trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-
Höchstleistungen für digitale Evolution für Deutschland und Europa**

Wir klagen weiter als Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems:

Sieh Anlage

**Schriftsatz vom 24.Nov.2017 mit Stellungnahme zur Mitteilung der
27.Kammer vom 13.Nov.2017 über „Berufung“**

Antrag auf Berufungsinstanz mit Zuständigkeit für Telekommunikationsrecht,
Medien- und Rundfunkrecht (13.Senat des Oberverwaltungsgerichts NRW)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 182)

Das Opfer/Justizopfer hat in 2017 eine qualifizierte Maischberger-Sendung vorbereitet zum Thema:

**Kirchen mischen sich ein, Politik nimmt Stellung:
Mit einer gigantischen Umverteilungspolitik zu gigantischen
Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Die Nicht-Zulassung dieser Sendung ist ein weiterer Beweis für Mitwisserschaft und Mittäterschaft und begründet einen zusätzlichen Klagepunkt: **Diskriminierung in einer pluralen Gesellschaft.** Die christlichen Religionsgemeinschaften wurden anlässlich der Vorbereitung der Maischberger-Sendung besonders ausführlich informiert über die Vorgänge der politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Klägers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution für Deutschland und Europa

Die Nicht-Zulassung dieser Sendung deckt sich mit den Erfahrungen aus früheren Bewerbungen des Opfers zur Mitwirkung in Politmagazinen des ÖRR. Beweise liegen vor. Unerträglich ist die **Wand des Schweigens des gesamten ÖRR** über die politisch motivierten Zerschlagungen im Umfeld einer gigantischen Umverteilungspolitik


Leider haben wir von den Öffentlich-Rechtlichen bis heute keine Unterstützung für unsere Rehabilitierung erhalten. Jetzt sind wir gezwungen, **Erlass der Rundfunkgebühren wegen politisch motivierter extremistischer Zerschlagungen und wegen Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör** weiter zu beantragen und deswegen auch weiter zu klagen.

Wir appellieren noch einmal an Sie. Reißen Sie diese Wand des Schweigens endlich ein. Beispielsweise durch Zulassung einer qualifizierten Maischberger-Sendung, wie oben beschrieben.

Deutsche Justiz, die eigentlich politisch motivierte Zerschlagungen abwehren und nicht vollenden sollte, ist nicht mehr in der Lage, ihre Aufgaben in einem schwachen Rechtsstaat wahrzunehmen.

Der Empfang unseres Antrags auf sofortige Härteleistungen beim Bundesamt für Justiz (Anlage VI-1 im Schreiben vom 26.Nov.2016) wurde jetzt nach einem Jahr bestätigt, mit einer Absage. Schadenersatz aus Staatshaftung ist unverzichtbar, damit wir wieder in der Lage kommen, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Albin L. Ockl

Anlagen

Schriftsatz vom 24.Nov.2017 mit Stellungnahme zur Mitteilung der 27.Kammer vom 13.Nov.2017 über „Berufung“

Antrag auf Berufungsinstanz mit Zuständigkeit für Telekommunikationsrecht, Medien- und Rundfunkrecht (13.Senat des Oberverwaltungsgerichts NRW)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 182)

Legende unserer Schreiben an die Intendanz des WDR

Schriftsatz vom 31.12.2012

Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Einspruch gegen GEZ-Bescheid

01. Innovation durch Telekommunikation

Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003

02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-

Höchstleistungen: UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen

03. Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen.

Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung

04. Widerspruchsbescheid des Westdeutschen Rundfunks ist eine hinterlistige
Manipulation des Sachverhalts in Täuschungsabsicht, Notsituation von der GEZ
gnadenlos ausgenutzt unter dem Deckmantel der Sachfremdheit von UMTS

05. Intendanz ist verantwortlich für die gnadenlose Treib- und Hetzjagd der GEZ,
die von uns in einer Serie von Schriftsätzen informiert ist und diese als
Sachfremdheit von UMTS abwimmelt

06. Bis heute: Diskriminierung aller Rehabilitierungsbemühungen,

bis heute: Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitierung,

bis heute: Unterdrückung von Zeugenaussagen und Beweisen

07. Stundung der GEZ-Gebühren bis zur gerichtlichen Klärung von
Schadenersatz und Rehabilitierung

Rettung herausragender Zeitzeugnisse über 27 Jahre Innovation durch
Telekommunikation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Schreiben vom 16.01.2013:

Zusendung der Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Schriftsatz vom 14.06.2013: Widerspruch gegen Gebührenbescheid

Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren:

08. GEZgnadenlos:

Rücktritt nach 3 Schreiben anstatt Verantwortung zu übernehmen

Untätigkeit trotz ausführlicher Informationen

Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf Opfer der UMTS-Auktion 2000

09. Wir sind Geschädigte, wir sind nicht schuld daran und können nichts daran
ändern, wenn verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 bis heute
nicht aufgearbeitet sind, wenn wir eine totale Diskriminierung trotz unserer
Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland ertragen müssen, wenn wir
deswegen Stundung der Gebühren beantragen müssen. Daher nochmals eine
Information in Kurzform

10. Lebenserfahrungen der Geschädigten zu einem

Scherbenhaufen deutscher Politik, deutscher Verwaltung und deutscher Justiz:

Vorwürfe gegen einen sogenannten Rechtsstaat

11. Recht auf Schadenersatz und Rehabilitierung:

Anhörungresistenz des Deutschen Bundestags und der Justiz ist Ursache für
Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten

12. Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten sind ein Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit wegen Diskriminierung ihres Rechts auf Schadenersatz und Rehabilitation
13. Staatshaftung für einen Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal: Schadenersatz und Rehabilitation sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können
14. Informationsskandal: 13 Jahre lang Informationssperre über verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000
15. Geschädigte wollen keinen Nachlass der Rundfunkgebühren, sondern Stundung bis zur rechtsstaatlichen Klärung von Schadenersatz und Rehabilitation. Daher unsere Bitte um Unterstützung
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schriftsatz vom 07.07.2014: Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die Beigeladenen herbeizuführen.

16. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten: Klage auf Rehabilitation und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung) gegen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel (Beklagte)
17. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Missbrauch von Staatsgewalt, Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, Bürger 2.Klasse im sogenannten Rechtsstaat Deutschland haben keine Grundrechte
18. Vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zum Verwaltungsgericht Regensburg: Bruder von bayerischer Verwaltung in den Tod getrieben. Notlage des Alleinerben aus staatlicher UMTS-Auktion 2000 gnadenlos ausgenutzt, um Berufung am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof abzulehnen
19. Rundfunk mit privilegiertem Informationsauftrag sollte nicht diskriminieren, sondern sich aktiv an der Aufklärung beteiligen: Öffentlicher Rundfunk darf nicht für staatliche Zwecke instrumentalisiert werden
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schriftsatz vom 18.08.2015:
Widerspruch gegen Mahnung im Umfeld von politisch motivierter Zerschlagung: Staatliche Zwangsmaßnahmen und Zwangsmaßnahmen der Beteiligten während des laufenden Verfahrens sind als verwerfliche Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung und als verfassungswidrig abzuwehren
Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen.
15-Jahre-Jubiläum: Die Öffentlich-Rechtlichen sollten endlich nachdenken, inwieweit sie die Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ebenfalls diskriminiert haben und nun Beihilfe leisten zur politisch motivierten Zerschlagung.

20. Ein Jubiläum: 15 Jahre staatliche UMTS-Auktion 2000
Deutscher Rechtsstaat, der nach 15 Jahren seit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung zu einer Jahrhundert-Ungerechtigkeit nur desolates Justiz-Verfahren produziert und nur neue Ungerechtigkeiten hinzufügen kann, hat seinen Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit schwer beschädigt.
Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen Verfahren mit Klageschwerpunkt der politisch motivierten Zerschlagung vor Zivilgerichten
21. Politisch motivierte Zerschlagung und Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung durch angedrohte Zwangsmaßnahmen des WDR
Zurückweisung der Mahnung und der angedrohten Zwangsmaßnahmen
22. Politisch motivierte Zerschlagung durch die beklagte Bundesregierung und die ganze Republik schaut zu: Eine politische und juristische Odyssee
Der Deutsche Bundespräsident seit 2010
Der Deutsche Bundestag seit 2010
Das Bundesverfassungsgericht
Die Intendanten der öffentlich rechtlichen Rundfunkanstalten
Rechtsbeschwerde an den Bundesgerichtshof
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schriftsatz vom 14.07.2016:

Widerspruch gegen Mahnung / Bescheid im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen: Staatliche Zwangsmaßnahmen und Zwangsmaßnahmen der Beteiligten während des laufenden Verfahrens sind als verwerfliche Beihilfe zu politisch motivierten Zerschlagungen und als verfassungswidrig abzuwehren

Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen.

23. Schriftsatz vom 08.08.2015 mit Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen

Unerträglich: Auftrags-Antwort mit vollstreckbaren Festsetzungsbescheid vom 03.06.2016 (eingegangen am 15.06.2016)

Daher: Widerspruch und Antrag auf weitere Stundung der Rundfunkgebühren wegen schuldloser, erzwungener Notlage infolge politisch motivierter Zerschlagung im Doppelpack und kompletter Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör

24. Widerspruch gegen vollstreckbaren Festsetzungsbescheid gemäß laufender Anhörungsrüge am Bundesverwaltungsgericht als Vorbedingung für Verfassungsbeschwerde

Politisch motivierte Zerschlagung im Doppelpack mit rechtshängigen Schadenersatzverfahren beim Landgericht Wuppertal

In einem Rechtsstaat nicht mehr nachvollziehbar:

Komplette Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör trotz ausführlichem, qualifizierten Beweismaterials und verfügbarer hochqualifizierter Zeugenaussagen

25. Erste Zerschlagung:

Deutsche Justiz verantwortlich für unerträgliche Verzögerungen mit Versagung von rechtlichem Gehör im zivilrechtlichen Schadenersatzverfahren der ersten Zerschlagung

Einleitung des Erinnerungsverfahrens mit Schriftsätzen vom 20.Mai 2016 und 18.Juni 2016 wegen Versagung von rechtlichem Gehör im bisherigen Verfahren mit Antrag auf Prozesskostenhilfe

unter Verwendung des Beweismaterials (Beweis-Ordner 0, 1, 2, 3, 4 mit Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 gemäß Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Klägers, separate Anlieferung, zuletzt bei OLG Düsseldorf wegen Beschwerdeverfahren I-18 W 36/15)

Versagung des Zugangs zum Grundgesetz: Opfer ist gezwungen, mit Prozesskostenhilfe ohne anwaltliche Unterstützung durch alle Instanzen zu klagen, um am Bundesverfassungsgericht zu hören: Nicht-Aannahme zur Entscheidung ohne Begründung, seit 2010.

26. Neue, zweite Zerschlagung mit irreversiblen Ausgang, jetzt auch in diesem Verfahren zusätzlicher Grund für Stundung der Rundfunkgebühren wegen erzwungener Notlage:

Klage auf posthume Rehabilitierung des verstorbenen Bruders und Schadenersatz

wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit nach zweiter Petition an den Bayerischen Landtag und wegen kapitaler Vermögensschäden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schreiben vom 10.Sept. 2016 mit

Antrag auf Stundung der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 55)

Schreiben vom 26.Nov. 2016 mit

Antrag auf Erlass der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 61)

Schreiben vom 25.Nov. 2017 mit

Antrag auf Erlass der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 67)

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 0221-220-2000

**Herrn Tom Buhrow
Intendant
Westdeutscher Rundfunk**

50600 Köln

Velbert, 10.Dezember 2017

Beitragsnummer 250 514 940

Qualitätsjournalismus mit dem Anspruch, 4.Macht im Staate zu sein:

Für Mitwisser eine Verpflichtung. Für Mittäter schonungslose Aufklärung.

Deutschland bleibt nicht Deutschland (Fortsetzung von 2016)

Sehr geehrter Herr Intendant,

Qualitätsjournalismus mit dem Anspruch, 4.Macht im Staate zu sein:

Für Mitwisser eine Verpflichtung. Für Mittäter schonungslose Aufklärung.

Wir beklagen eine Wand des Schweigens:

„**Tear down this wall**“, so US Präsident Ronald Reagan in West Berlin am 12.Juni 1987. Es hat noch 2 ½ Jahre gedauert, bis die Mauer gefallen ist.

Wir klagen seit 2010 als Opfer

politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge

trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution für Deutschland und Europa

Wir klagen weiter als Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems:

Sieh Anlage:**Schriftsatz vom 10.Dez.2017 mit Einspruch gegen**

Stellungnahme des Oberverwaltungsgerichts NRW vom 22.Nov.2017 wegen ständiger Versagung und Verhinderung von rechtlichem Gehör zur verwaltungsgerichtlichen Klage im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 200)

Der 2.Senat des Oberverwaltungsgerichtes versagt und verhindert rechtliches Gehör zu:

Justizopfer als Ergebnis eines teuflischen Unrechtssystems

(Herrschaft des Unrechts) im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge

Das Justizopfer bekämpft das verfassungswidrige Verhalten des 2.Senat mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge. Sieh Anlage.

Das Justizopfer informiert auch die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin:

Aktenzeichen: VG 27 K 308.14

Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung mit Schadenersatz

wegen

politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

Zielsetzung ist eine

angemessene Anerkennung seines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution für Deutschland und Europa, Rehabilitierung und Schadenersatz durch eine

angemessene Förderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution,

um Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum für und mit digitaler Evolution zu erreichen. Professionelle Arbeitsweise, wie mit seinem Lebenswerk beispielhaft vorgeführt, erfordert nicht nur ein entsprechendes Know-how, sondern auch entsprechende Investitionen.

Das Opfer/Justizopfer hat in 2017 eine qualifizierte Maischberger-Sendung vorbereitet zum Thema:

Kirchen mischen sich ein, Politik nimmt Stellung:

Mit einer gigantischen Umverteilungspolitik zu gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Die Nicht-Zulassung dieser Sendung ist ein weiterer Beweis für Mitwisserschaft und Mittäterschaft und begründet einen zusätzlichen Klagepunkt: **Diskriminierung in einer pluralen Gesellschaft.**

Die christlichen Religionsgemeinschaften wurden anlässlich der Vorbereitung der Maischberger-Sendung besonders ausführlich informiert über die Vorgänge der politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Klägers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution für Deutschland und Europa

Die Nicht-Zulassung dieser Sendung deckt sich mit den Erfahrungen aus früheren Bewerbungen des Opfers zur Mitwirkung in Politmagazinen des ÖRR. Beweise liegen vor.

Unerträglich ist die **Wand des Schweigens des gesamten ÖRR** über die politisch motivierten Zerschlagungen im Umfeld einer gigantischen Umverteilungspolitik

Kein Weiter-so: Schluss mit politisch motivierten, medial unterdrückten Zerschlagungen, mit Unterstützung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende, weisungsgebundene Staatsanwaltschaften und einer unterirdischen, hundsmiserablen Justiz (Zerschlagung 5): Massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 212)

Leider haben wir von den Öffentlich-Rechtlichen bis heute keine Unterstützung für unsere Rehabilitierung erhalten. Jetzt sind wir gezwungen,


Erlass der Rundfunkgebühren wegen politisch motivierter extremistischer Zerschlagungen und wegen Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör weiter zu beantragen und deswegen auch weiter zu klagen.

Wir appellieren noch einmal an Sie. Reißen Sie diese Wand des Schweigens endlich ein. Beispielsweise durch Zulassung einer qualifizierten Maischberger-Sendung, wie oben beschrieben.

Deutsche Justiz, die eigentlich politisch motivierte Zerschlagungen abwehren und nicht vollenden sollte, ist nicht mehr in der Lage, ihre Aufgaben in einem schwachen Rechtsstaat wahrzunehmen.

Selbst Jens Gnisa, der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes, schlägt Alarm: „Der Staat setzt das Recht oft nicht durch“ in seinem Buch „Das Ende der Gerechtigkeit“.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Albin L. Ockl

Anlagen

Schriftsatz vom 10.Dez.2017 mit Einspruch gegen Stellungnahme 2 A 2782/17 vom 22.Nov.2017 (eingegangen per Fax am 29.Nov.2017) wegen ständiger Versagung und Verhinderung von rechtlichem Gehör zur verwaltungsgerichtlichen Klage im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 200)

Legende unserer Schreiben an die Intendanz des WDR

Schriftsatz vom 31.12.2012

Hilfearuf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Einspruch gegen GEZ-Bescheid

01. Innovation durch Telekommunikation

Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003

02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-

Höchstleistungen: UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen

03. Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen.

Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung

04. Widerspruchsbescheid des Westdeutschen Rundfunks ist eine hinterlistige
Manipulation des Sachverhalts in Täuschungsabsicht, Notsituation von der GEZ
gnadenlos ausgenutzt unter dem Deckmantel der Sachfremdheit von UMTS

05. Intendanz ist verantwortlich für die gnadenlose Treib- und Hetzjagd der GEZ,
die von uns in einer Serie von Schriftsätzen informiert ist und diese als
Sachfremdheit von UMTS abwimmelt

06. Bis heute: Diskriminierung aller Rehabilitierungsbemühungen,

bis heute: Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitierung,

bis heute: Unterdrückung von Zeugenaussagen und Beweisen

07. Stundung der GEZ-Gebühren bis zur gerichtlichen Klärung von
Schadenersatz und Rehabilitierung

Rettung herausragender Zeitzeugnisse über 27 Jahre Innovation durch
Telekommunikation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Schreiben vom 16.01.2013:

Zusendung der Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Schriftsatz vom 14.06.2013: Widerspruch gegen Gebührenbescheid

Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren:

08. GEZgnadenlos:

Rücktritt nach 3 Schreiben anstatt Verantwortung zu übernehmen

Untätigkeit trotz ausführlicher Informationen

Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf Opfer der UMTS-Auktion 2000

09. Wir sind Geschädigte, wir sind nicht schuld daran und können nichts daran
ändern, wenn verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 bis heute
nicht aufgearbeitet sind, wenn wir eine totale Diskriminierung trotz unserer
Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland ertragen müssen, wenn wir
deswegen Stundung der Gebühren beantragen müssen. Daher nochmals eine
Information in Kurzform

10. Lebenserfahrungen der Geschädigten zu einem

Scherbenhaufen deutscher Politik, deutscher Verwaltung und deutscher Justiz:

Vorwürfe gegen einen sogenannten Rechtsstaat

11. Recht auf Schadenersatz und Rehabilitierung:

Anhörungsresistenz des Deutschen Bundestags und der Justiz ist Ursache für
Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten

12. Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten sind ein Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit wegen Diskriminierung ihres Rechts auf Schadenersatz und Rehabilitierung

13. Staatshaftung für einen Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal: Schadenersatz und Rehabilitierung sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können

14. Informationsskandal: 13 Jahre lang Informationssperre über verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000

15. Geschädigte wollen keinen Nachlass der Rundfunkgebühren, sondern Stundung bis zur rechtsstaatlichen Klärung von Schadenersatz und Rehabilitierung. Daher unsere Bitte um Unterstützung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schriftsatz vom 07.07.2014: Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die Beigeladenen herbeizuführen.

16. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten: Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

gegen
Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel (Beklagte)

17. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Missbrauch von Staatsgewalt, Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, Bürger 2.Klasse im sogenannten Rechtsstaat Deutschland haben keine Grundrechte

18. Vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zum Verwaltungsgericht Regensburg: Bruder von bayerischer Verwaltung in den Tod getrieben. Notlage des Alleinerben aus staatlicher UMTS-Auktion 2000 gnadenlos ausgenutzt, um Berufung am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof abzulehnen

19. Rundfunk mit privilegiertem Informationsauftrag sollte nicht diskriminieren, sondern sich aktiv an der Aufklärung beteiligen: Öffentlicher Rundfunk darf nicht für staatliche Zwecke instrumentalisiert werden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schriftsatz vom 18.08.2015:
Widerspruch gegen Mahnung im Umfeld von politisch motivierter Zerschlagung: Staatliche Zwangsmaßnahmen und Zwangsmaßnahmen der Beteiligten während des laufenden Verfahrens sind als verwerfliche Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung und als verfassungswidrig abzuwehren
Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen.
15-Jahre-Jubiläum: Die Öffentlich-Rechtlichen sollten endlich nachdenken, inwieweit sie die Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ebenfalls diskriminiert haben und nun Beihilfe leisten zur politisch motivierten Zerschlagung.

20. Ein Jubiläum: 15 Jahre staatliche UMTS-Auktion 2000
Deutscher Rechtsstaat, der nach 15 Jahren seit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung zu einer Jahrhundert-Ungerechtigkeit nur desolates Justiz-Verfahren produziert und nur neue Ungerechtigkeiten hinzufügen kann, hat seinen Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit schwer beschädigt.
Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen Verfahren mit Klageschwerpunkt der politisch motivierten Zerschlagung vor Zivilgerichten
21. Politisch motivierte Zerschlagung und Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung durch angedrohte Zwangsmaßnahmen des WDR
Zurückweisung der Mahnung und der angedrohten Zwangsmaßnahmen
22. Politisch motivierte Zerschlagung durch die beklagte Bundesregierung und die ganze Republik schaut zu: Eine politische und juristische Odyssee
Der Deutsche Bundespräsident seit 2010
Der Deutsche Bundestag seit 2010
Das Bundesverfassungsgericht
Die Intendanten der öffentlich rechtlichen Rundfunkanstalten
Rechtsbeschwerde an den Bundesgerichtshof
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schriftsatz vom 14.07.2016:

Widerspruch gegen Mahnung / Bescheid im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen: Staatliche Zwangsmaßnahmen und Zwangsmaßnahmen der Beteiligten während des laufenden Verfahrens sind als verwerfliche Beihilfe zu politisch motivierten Zerschlagungen und als verfassungswidrig abzuwehren

Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen.

23. Schriftsatz vom 08.08.2015 mit Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen

Unerträglich: Auftrags-Antwort mit vollstreckbaren Festsetzungsbescheid vom 03.06.2016 (eingegangen am 15.06.2016)

Daher: Widerspruch und Antrag auf weitere Stundung der Rundfunkgebühren wegen schuldloser, erzwungener Notlage infolge politisch motivierter Zerschlagung im Doppelpack und kompletter Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör

24. Widerspruch gegen vollstreckbaren Festsetzungsbescheid gemäß laufender Anhörungsrüge am Bundesverwaltungsgericht als Vorbedingung für Verfassungsbeschwerde

Politisch motivierte Zerschlagung im Doppelpack mit rechtshängigen Schadenersatzverfahren beim Landgericht Wuppertal

In einem Rechtsstaat nicht mehr nachvollziehbar:

Komplette Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör trotz ausführlichem, qualifizierten Beweismaterials und verfügbarer hochqualifizierter Zeugenaussagen

25. Erste Zerschlagung:

Deutsche Justiz verantwortlich für unerträgliche Verzögerungen mit Versagung von rechtlichem Gehör im zivilrechtlichen Schadenersatzverfahren der ersten Zerschlagung

Einleitung des Erinnerungsverfahrens mit Schriftsätzen vom 20.Mai 2016 und 18.Juni 2016 wegen Versagung von rechtlichem Gehör im bisherigen Verfahren mit Antrag auf Prozesskostenhilfe

unter Verwendung des Beweismaterials (Beweis-Ordner 0, 1, 2, 3, 4 mit Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 gemäß Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Klägers, separate Anlieferung, zuletzt bei OLG Düsseldorf wegen Beschwerdeverfahren I-18 W 36/15)

Versagung des Zugangs zum Grundgesetz: Opfer ist gezwungen, mit Prozesskostenhilfe ohne anwaltliche Unterstützung durch alle Instanzen zu klagen, um am Bundesverfassungsgericht zu hören: Nicht-Aannahme zur Entscheidung ohne Begründung, seit 2010.

26. Neue, zweite Zerschlagung mit irreversiblen Ausgang, jetzt auch in diesem Verfahren zusätzlicher Grund für Stundung der Rundfunkgebühren wegen erzwungener Notlage:

Klage auf posthume Rehabilitierung des verstorbenen Bruders und Schadenersatz

wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit nach zweiter Petition an den Bayerischen Landtag und wegen kapitaler Vermögensschäden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schreiben vom 10.Sept. 2016 mit

Antrag auf Stundung der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 55)

Schreiben vom 26.Nov. 2016 mit

Antrag auf Erlass der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 61)

Schreiben vom 25.Nov. 2017 mit

Antrag auf Erlass der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 67)

Schreiben vom 10.Dez. 2017 mit

Antrag auf Erlass der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 74)

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 0221-220-2000

**Herrn Tom Buhrow
Intendant
Westdeutscher Rundfunk**

50600 Köln

Velbert, 22. Januar 2018

Beitragsnummer 250 514 940

Qualitätsjournalismus mit dem Anspruch, 4. Macht im Staate zu sein:

Für Mitwisser eine Verpflichtung. Für Mittäter schonungslose Aufklärung.

Deutschland bleibt nicht Deutschland (Umbruch jetzt)

Sehr geehrter Herr Intendant,

Qualitätsjournalismus mit dem Anspruch, 4. Macht im Staate zu sein:

Für Mitwisser und Mittäter eine Verpflichtung zu schonungsloser Aufklärung,
Rehabilitierung und Schadenersatz.

Wir beklagen eine Wand des Schweigens:

„**Tear down this wall**“, so US Präsident Ronald Reagan in West Berlin am
12. Juni 1987. Es hat noch 2 ½ Jahre gedauert, bis die Mauer gefallen ist.

Wir klagen seit 2010 als Opfer

politisch motivierter Zerschlagungen

trotz eines herausragenden Lebenswerkes

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Wir klagen seit 2013 als Opfer

heimtückischer Mitwisserschaft und Mittäterschaft des Öffentlich-

rechtlichen Rundfunks bei der Durchsetzung einer gigantischen
Umverteilungspolitik mit verheerenden Folgewirkungen (gigantische
Zerschlagungen, HARTZ IV, Agenda 2010)

Wir klagen jetzt als Justizopfer
eines teuflischen, Menschenrechte-verachtenden Unrechtssystems mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör für Staatsschuld, für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut, für Schadenersatz und Rehabilitierung,
mit Opfer-Anspruch auf rechtliches und mediales Gehör nach Art.103 Abs.1 GG

Sieh

Verfassungsbeschwerde vom 15.Jan.2018 mit Handlungsbedarf der Verwaltungsgerichte und des Öffentlich-rechtlichen
wegen ständiger Versagung und Verhinderung von rechtlichem und medialem Gehör zu politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge mit
Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Verwaltungsgerichtliches Verfahren 27 K 5854/13: Teil eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG

Die Verfassungsbeschwerde umfasst folgende Kapitel:

BVERFG-21. Angegriffene Hoheitsakte:
Beschlüsse des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens mit Antrag auf Prozesskostenhilfe durch alle Instanzen wegen staatlich erzwungener Altersarmut infolge einer gigantischen Umverteilungspolitik mit gigantischen Zerschlagungen, mit **extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe auf ein Justizopfer**
in einem teuflischen Unrechtssystem ohne eine Chance auf rechtliches Gehör zu politisch motivierten Zerschlagungen mit kapitalen Vermögensschäden
hier erneute Verfassungsbeschwerde gegen 2.Senat eines OVG, dessen Zuständigkeit seit 2013 bestritten wird im Anschluss an Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2331/17 (AR 6343/17, AR 5737/16, Zerschlagung 3) vom 15.Sept.2017/12.Okt.2017

BVERFG-22. Aktuelle Hintergrundinformationen zu **Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation** seit 1998: Seit 20 Jahren zu erleiden
Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von
Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).
Besonders diskriminierend:
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin, Intendanten und ARD-Vorsitzenden: Kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?
Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen

BVERFG-23. Unerträglicher Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches Unrechtssystem seit 2010

Politisch motivierte Zerschlagungen Stand 2018 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre Eskalation zur Sippenzerschlagung mit **Todesfolge** sind Gegenstand gerichtlicher Klagen seit 2010. Beschwerdeführer: Vom Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge zu Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems

BVERFG-24. Diskriminierende und diffamierende Argumentation des 2.Senats des Oberverwaltungsgerichts im Beschluss 2 A 2782/17 nach Anhörungsrüge

Untaugliche Versuche zur Verdeckung unerträglicher Mitwisserschaft, Mittäterschaft und strafbarer Kumpanei des Beklagten durch vorzeitige Beendigung des Verfahrens > > > **Missbrauch deutscher Justiz zur Verdeckung eines teuflischen Unrechtssystems**
Beteiligung an politisch motivierten, extremistischen Zerschlagungen, **mit Treib- und Hetzjagd mittels blindwütigen Pfändungen auf Pfändungsschutzkonten des Opfers durch einen mitschuldigen Staatsrundfunk**

2.Senat diskriminiert in unerträglicher Weise Justizopfer: „in querulatorischer und damit rechtsmissbräuchlicher Weise“

Alternativlos: Fortsetzung des Verfahrens mit Anspruch auf lückenlose Aufklärung, Rehabilitierung und Schadenersatz

Die gesamte Verfassungsbeschwerde ist einsehbar in der Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 84)

Mit Sicherheit steht fest, dass sich die betroffenen Verwaltungsgerichte einschließlich des beklagten öffentlich-rechtlichen Rundfunks

nicht einfach „vom Acker machen“ können, angesichts des juristischen und politischen Desasters, auf Kosten des Klägers, Opfers/Rechtsnachfolgers politisch motivierter Zerschlagungen und Justizopfers eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Das Opfer stellt Antrag auf Stellungnahme des Intendanten:

Nicht nur der Unterzeichner, alle Opfer der gigantischen Umverteilungspolitik mit verheerenden Folgewirkungen (gigantische Zerschlagungen, HARTZ IV, Agenda 2010) haben Anspruch auf vollständige Aufklärung.

Das Opfer/Justizopfer hat in 2017 eine qualifizierte Maischberger-Sendung vorbereitet zum Thema:

Kirchen mischen sich ein, Politik nimmt Stellung: Mit einer gigantischen Umverteilungspolitik zu gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Die Nicht-Zulassung dieser Sendung ist ein weiterer Beweis für Mitwisserschaft und Mittäterschaft und begründet einen zusätzlichen Klagepunkt: **Diskriminierung in einer pluralen Gesellschaft**. Die christlichen Religionsgemeinschaften wurden anlässlich der Vorbereitung der Maischberger-Sendung besonders ausführlich informiert über die

Vorgänge der politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Klägers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution für Deutschland und Europa

Die Nicht-Zulassung dieser Sendung deckt sich mit den Erfahrungen aus früheren Bewerbungen des Opfers zur Mitwirkung in Politmagazinen des ÖRR. Beweise liegen vor.

Unerträglich ist die **Wand des Schweigens des gesamten ÖRR** über die politisch motivierten Zerschlagungen im Umfeld einer gigantischen Umverteilungspolitik

Kein Weiter-so: Schluss mit politisch motivierten, medial unterdrückten Zerschlagungen, mit Unterstützung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende, weisungsgebundene Staatsanwaltschaften mit Weisungsgeber des beklagten Bundeskanzleramts und einer unterirdischen, hundsmiserablen Justiz (Zerschlagung 5): Massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Leider haben wir von den Öffentlich-Rechtlichen bis heute keine Unterstützung für unsere Rehabilitierung erhalten. Jetzt sind wir gezwungen, Rehabilitierung und Schadenersatz wegen Mitwisserschaft und Mittäterschaft **zu politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und mit Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör** zu beklagen. Vollständige Aufklärung jetzt.

Wir appellieren noch einmal an Sie. Reißen Sie diese Wand des Schweigens endlich ein. Beispielsweise durch Zulassung einer qualifizierten Maischberger-Sendung, wie oben beschrieben, mit Start in einem Politmagazin..

Mit vorzüglicher Hochachtung



Albin L. Ockl

Anlagen

Schriftsatz vom 20.Jan.2018 mit Information über Verfassungsbeschwerde vom 15.Jan.2018 mit Handlungsbedarf der Verwaltungsgerichte und des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
Verwaltungsgerichtliches Verfahren: Teil eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches und mediales Gehör nach Art.103 Abs.1 GG

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 219)

Legende unserer Schreiben an die Intendanz des WDR

Schriftsatz vom 31.12.2012

Hilfearuf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Einspruch gegen GEZ-Bescheid

01. Innovation durch Telekommunikation

Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003

02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-

Höchstleistungen: UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen

03. Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen.

Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung

04. Widerspruchsbescheid des Westdeutschen Rundfunks ist eine hinterlistige
Manipulation des Sachverhalts in Täuschungsabsicht, Notsituation von der GEZ
gnadenlos ausgenutzt unter dem Deckmantel der Sachfremdheit von UMTS

05. Intendanz ist verantwortlich für die gnadenlose Treib- und Hetzjagd der GEZ,
die von uns in einer Serie von Schriftsätzen informiert ist und diese als
Sachfremdheit von UMTS abwimmelt

06. Bis heute: Diskriminierung aller Rehabilitierungsbemühungen,

bis heute: Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitierung,

bis heute: Unterdrückung von Zeugenaussagen und Beweisen

07. Stundung der GEZ-Gebühren bis zur gerichtlichen Klärung von
Schadenersatz und Rehabilitierung

Rettung herausragender Zeitzeugnisse über 27 Jahre Innovation durch
Telekommunikation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Schreiben vom 16.01.2013:

Zusendung der Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Schriftsatz vom 14.06.2013: Widerspruch gegen Gebührenbescheid

Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren:

08. GEZgnadenlos:

Rücktritt nach 3 Schreiben anstatt Verantwortung zu übernehmen

Untätigkeit trotz ausführlicher Informationen

Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf Opfer der UMTS-Auktion 2000

09. Wir sind Geschädigte, wir sind nicht schuld daran und können nichts daran
ändern, wenn verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 bis heute
nicht aufgearbeitet sind, wenn wir eine totale Diskriminierung trotz unserer
Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland ertragen müssen, wenn wir
deswegen Stundung der Gebühren beantragen müssen. Daher nochmals eine
Information in Kurzform

10. Lebenserfahrungen der Geschädigten zu einem

Scherbenhaufen deutscher Politik, deutscher Verwaltung und deutscher Justiz:

Vorwürfe gegen einen sogenannten Rechtsstaat

11. Recht auf Schadenersatz und Rehabilitierung:

Anhörungsresistenz des Deutschen Bundestags und der Justiz ist Ursache für
Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten

12. Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten sind ein Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit wegen Diskriminierung ihres Rechts auf Schadenersatz und Rehabilitation

13. Staatshaftung für einen Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal: Schadenersatz und Rehabilitation sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können

14. Informationsskandal: 13 Jahre lang Informationssperre über verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000

15. Geschädigte wollen keinen Nachlass der Rundfunkgebühren, sondern Stundung bis zur rechtsstaatlichen Klärung von Schadenersatz und Rehabilitation. Daher unsere Bitte um Unterstützung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schriftsatz vom 07.07.2014: Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die Beigeladenen herbeizuführen.

16. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten: Klage auf Rehabilitation und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung) gegen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel (Beklagte)

17. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Missbrauch von Staatsgewalt, Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, Bürger 2.Klasse im sogenannten Rechtsstaat Deutschland haben keine Grundrechte

18. Vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zum Verwaltungsgericht Regensburg: Bruder von bayerischer Verwaltung in den Tod getrieben. Notlage des Alleinerben aus staatlicher UMTS-Auktion 2000 gnadenlos ausgenutzt, um Berufung am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof abzulehnen

19. Rundfunk mit privilegiertem Informationsauftrag sollte nicht diskriminieren, sondern sich aktiv an der Aufklärung beteiligen: Öffentlicher Rundfunk darf nicht für staatliche Zwecke instrumentalisiert werden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schriftsatz vom 18.08.2015:
Widerspruch gegen Mahnung im Umfeld von politisch motivierter Zerschlagung: Staatliche Zwangsmaßnahmen und Zwangsmaßnahmen der Beteiligten während des laufenden Verfahrens sind als verwerfliche Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung und als verfassungswidrig abzuwehren
Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen.
15-Jahre-Jubiläum: Die Öffentlich-Rechtlichen sollten endlich nachdenken, inwieweit sie die Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ebenfalls diskriminiert haben und nun Beihilfe leisten zur politisch motivierten Zerschlagung.

20. Ein Jubiläum: 15 Jahre staatliche UMTS-Auktion 2000
Deutscher Rechtsstaat, der nach 15 Jahren seit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung zu einer Jahrhundert-Ungerechtigkeit nur desolates Justiz-Verfahren produziert und nur neue Ungerechtigkeiten hinzufügen kann, hat seinen Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit schwer beschädigt.
Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen Verfahren mit Klageschwerpunkt der politisch motivierten Zerschlagung vor Zivilgerichten
21. Politisch motivierte Zerschlagung und Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung durch angedrohte Zwangsmaßnahmen des WDR
Zurückweisung der Mahnung und der angedrohten Zwangsmaßnahmen
22. Politisch motivierte Zerschlagung durch die beklagte Bundesregierung und die ganze Republik schaut zu: Eine politische und juristische Odyssee
Der Deutsche Bundespräsident seit 2010
Der Deutsche Bundestag seit 2010
Das Bundesverfassungsgericht
Die Intendanten der öffentlich rechtlichen Rundfunkanstalten
Rechtsbeschwerde an den Bundesgerichtshof
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schriftsatz vom 14.07.2016:

Widerspruch gegen Mahnung / Bescheid im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen: Staatliche Zwangsmaßnahmen und Zwangsmaßnahmen der Beteiligten während des laufenden Verfahrens sind als verwerfliche Beihilfe zu politisch motivierten Zerschlagungen und als verfassungswidrig abzuwehren

Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen.

23. Schriftsatz vom 08.08.2015 mit Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen

Unerträglich: Auftrags-Antwort mit vollstreckbaren Festsetzungsbescheid vom 03.06.2016 (eingegangen am 15.06.2016)

Daher: Widerspruch und Antrag auf weitere Stundung der Rundfunkgebühren wegen schuldloser, erzwungener Notlage infolge politisch motivierter Zerschlagung im Doppelpack und kompletter Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör

24. Widerspruch gegen vollstreckbaren Festsetzungsbescheid gemäß laufender Anhörungsrüge am Bundesverwaltungsgericht als Vorbedingung für Verfassungsbeschwerde

Politisch motivierte Zerschlagung im Doppelpack mit rechtshängigen Schadenersatzverfahren beim Landgericht Wuppertal

In einem Rechtsstaat nicht mehr nachvollziehbar:

Komplette Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör trotz ausführlichem, qualifizierten Beweismaterials und verfügbarer hochqualifizierter Zeugenaussagen

25. Erste Zerschlagung:

Deutsche Justiz verantwortlich für unerträgliche Verzögerungen mit Versagung von rechtlichem Gehör im zivilrechtlichen Schadenersatzverfahren der ersten Zerschlagung

Einleitung des Erinnerungsverfahrens mit Schriftsätzen vom 20.Mai 2016 und 18.Juni 2016 wegen Versagung von rechtlichem Gehör im bisherigen Verfahren mit Antrag auf Prozesskostenhilfe

unter Verwendung des Beweismaterials (Beweis-Ordner 0, 1, 2, 3, 4 mit Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 gemäß Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Klägers, separate Anlieferung, zuletzt bei OLG Düsseldorf wegen Beschwerdeverfahren I-18 W 36/15)

Versagung des Zugangs zum Grundgesetz: Opfer ist gezwungen, mit Prozesskostenhilfe ohne anwaltliche Unterstützung durch alle Instanzen zu klagen, um am Bundesverfassungsgericht zu hören: Nicht-Aannahme zur Entscheidung ohne Begründung, seit 2010.

26. Neue, zweite Zerschlagung mit irreversiblen Ausgang, jetzt auch in diesem Verfahren zusätzlicher Grund für Stundung der Rundfunkgebühren wegen erzwungener Notlage:

Klage auf posthume Rehabilitierung des verstorbenen Bruders und Schadenersatz

wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit nach zweiter Petition an den Bayerischen Landtag und wegen kapitaler Vermögensschäden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schreiben vom 10.Sept. 2016 mit

Antrag auf Stundung der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 55)

Schreiben vom 26.Nov. 2016 mit

Antrag auf Erlass der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 61)

Schreiben vom 25.Nov. 2017 mit

Antrag auf Erlass der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 67)

Schreiben vom 10.Dez. 2017 mit

Antrag auf Erlass der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 74)

Schreiben vom 22.Januar 2018 mit

Antrag auf Erlass der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 81)

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 0221-220-2000

**Herrn Tom Buhrow
Intendant Westdeutscher Rundfunk
vertretungsberechtigt für
Öffentlich-rechtlichen Rundfunk**

50600 Köln

Velbert, 06.März 2018

Dieser Brief ist Teil der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18
**Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 15.Jan.2018 zur Entscheidung
bei der zuständigen Richterammer im Ersten Senat des BVerfG**
Einspruch gegen Mitteilung Ihres Beitragsservice (Beitragsnummer 250 514 940)

Sehr geehrter Herr Intendant,

wir kämpfen gegen eine Mauer des Schweigens, Ihr Schweigen eingeschlossen:
„**Tear down this wall**“, so US Präsident Ronald Reagan in West Berlin am
12.Juni 1987. Es hat noch 2 ½ Jahre gedauert, bis die Mauer gefallen ist.

Wir klagen seit 2010 als Opfer
politisch motivierter Zerschlagungen
trotz eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Wir klagen seit 2013 als Opfer
**heimtückischer Mitwisserschaft und Mittäterschaft des Öffentlich-
rechtlichen Rundfunks** bei der Durchsetzung einer
gigantischen Umverteilungspolitik mit verheerenden Folgewirkungen (gigantische
Zerschlagungen, HARTZ IV, Agenda 2010)

Wir klagen jetzt als Justizopfer
eines teuflischen, Menschenrechte-verachtenden Unrechtssystems
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör
für Staatsschuld, für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung,
mit Opfer-Anspruch auf rechtliches und mediales Gehör nach Art.103 Abs.1 GG

Übersicht der Abschnitte

I. **Schwerste Vorwürfe gegen die politische Spitze in Deutschland wegen staatlich erzwungener Altersarmut**

Gigantische kriminelle Umverteilungspolitik der herrschenden Generation

seit 1998: Seit 20 Jahren zu erleiden , kein Weiter-so

Mit gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,

erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000,

unter Verantwortung von

> **Bundeskanzler Gerhard Schröder** (1998-2005)

> **Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier** (1999-2005)

> **Bundeskanzlerin Angela Merkel** (2005-20XX).

unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

II. **Persönlichkeiten der politischen Führung mit höchstem Lob über das Lebenswerk des umverteilten Justizopfers, ein Lebenswerk für den digitalen Vorsprung in Deutschland, Europa und weltweit,**

über 25 Jahre in jährlichem Turnus mit dem

weltweit größten Congressangebot zu den digitalen

Innovationsschwerpunkten

Deutschland 2018: Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa

nach politisch motivierter Zerschlagung des umverteilten Opfers

trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, trotz Anerkennung

durch respektable Persönlichkeiten aus Deutschland, Europa und weltweit

III. **Bis heute Wand des Schweigens:**

Führende Persönlichkeiten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

verweigern Antwort zu gigantischer, krimineller Umverteilungspolitik der herrschenden Politiker-Generation

Sprachlosigkeit ist kein gutes Argument für Mitverantwortung

an politisch motivierter und psychischer Zerschlagung,

an einer kriminellen, gigantischen Umverteilungspolitik, die Deutschland

zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa gemacht hat

IV. **Bis heute Wand des Schweigens, in besonderer Weise diskriminierend:**

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin mit Verteiler an Bundesminister und Staatssekretäre wurde

kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung:

Sprachlosigkeit ist kein gutes Argument für allmächtige Verantwortung

an politisch motivierter und psychischer Zerschlagung,

an einer gigantischen Umverteilungspolitik, die Deutschland zum

Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa gemacht hat,

an Misshandlung umverteilter Opfer, die von einer weisungsgebundenen

Staatsanwaltschaft auf Weisung des Bundeskanzleramtes mit

Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch zur JVA verschleppt werden

V. **Bis heute Wand des Schweigens trotz Nachweis:**

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mitverantwortlich,

mitverantwortlich direkt an politisch motivierter Zerschlagung des

Unterzeichners mit nachgewiesenem Schaden von mind. **100.000 EUR**

mitverantwortlich durch Beteiligung an Wand des Schweigens über

gigantische Umverteilungspolitik

mitverantwortlich durch Unterbindung und Verhinderung möglicher

Aufklärung über die Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen,

HARTZ IV und Agenda 2010

VI. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk, Westdeutscher Rundfunk verhindern bis heute Aufklärung zu Gigantischer, krimineller Umverteilungspolitik durch Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen zu gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

VII. Kein Weiter-so:

**Schluss mit politisch motivierten, medial unterdrückten Zerschlagungen,
Schluss mit Unterstützung durch eine Wand des Schweigens,
durch einen massiven Verstoß des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks gegen ein qualifizierten Informationsauftrag im Staatsvertrag
Aufforderung zur Beantwortung dieses Schreibens**

Die detaillierten Ausführungen zu den Abschnitten sind zusätzlich in der Internet-Cloud einsehbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 89)

Zu I. Schwerste Vorwürfe gegen die politische Spitze in Deutschland wegen staatlich erzwungener Altersarmut
Gigantische kriminelle Umverteilungspolitik der herrschenden Generation seit 1998: Seit 20 Jahren zu erleiden , kein Weiter-so
Mit gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von
> **Bundeskanzler Gerhard Schröder** (1998-2005)
> **Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier** (1999-2005)
> **Bundeskanzlerin Angela Merkel** (2005-20XX).
unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Das herausragende Lebenswerk des Unterzeichners sind Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa: die

Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (1977-2003)
mit dem weltweit größten Congressangebot zur digitalen Evolution in Deutschland und Europa > > > www.euro-online.de
Sieh auch weiterführendes Congressmesse-Archiv
<http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Dieses weltweit herausragende Lebenswerk wurde nachhaltig zerstört mit einer gigantischen Umverteilungspolitik, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von
> **Bundeskanzler Gerhard Schröder** (1998-2005)
> **Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier** (1999-2005)
> **Bundeskanzlerin Angela Merkel** (2005-20XX)

Die gigantische Umverteilungspolitik verursachte **gigantische Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010.**

Gerhard Schröder referierte auf Einladung des Veranstalters der **Europäischen Congressmesse ONLINE'91:**

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Gerhard Schröder war damals Ministerpräsident von Niedersachsen (1991-1998), **Frank-Walter Steinmeier** trat 1991 (offensichtlich vor der ONLINE'91) als Referent für Medienpolitik (1993 als Büroleiter des Ministerpräsidenten) in die Niedersächsische Staatskanzlei ein.

Der Ministerpräsident war zum VIP-Empfang der ONLINE'91 unmittelbar vor seiner Rede eingeladen, in Anwesenheit von

Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg und zum Zeitpunkt der ONLINE'91 Präsident des Bundesrates.

Zum VIP-Treffen ist der Ministerpräsident **nicht** erschienen, hat aber im Plenum der ONLINE'91 als Sprecher teilgenommen. Sieh Internet-Link oben.

Anzunehmen ist, dass er vom Referenten für Medienpolitik Steinmeier begleitet wurde (im Auditorium anwesend). Die neuen Medien waren Schwerpunktthema.

Das weltweit größte Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK / ITC)

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.

Das ist das Lebenswerk des Justizopfers, es hat sein Leben lang nichts anderes gemacht, aber das professionell und mit Perfektion.

Deutschland und Europa haben davon maximal profitiert. Die deutsche ITK-Branche, die deutsche Telekommunikation war im Jahr 2000 Weltspitze.

"8 Congresse in 1 Messe", jeder Congress mit 4 **ganztägigen** Symposien, also insgesamt **32 (4x8) ganztägige Symposien zu 32 Innovationsschwerpunkten der ITK-Branche** waren das überlegene, unschlagbare Konzept der innovationsorientierten Congressmessen mit **zusätzlichen, vertriebsorientierten Workshop-Reihen** der innovationsorientierten Aussteller und **abschließende, ganztägige Tutorials** mit innovationsorientiertem Fortbildungscharakter für den innovationsorientierten Mittelstand. Diese Congressmessen, die mit dem weltweit einmaligen Konzept des Innovationstransfers einen signifikanten Beitrag zum Aufbau der deutschen ITK-Branche geleistet haben, die mit herausragenden Plenarveranstaltungen und VIP-Symposien den **"Nationalen IT-Gipfel" (heute Digital-Gipfel unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums)** in jährlichem Turnus umgesetzt haben, sind das Lebenswerk des Klägers.
Erdrückende Beweislage durch die Programme in Beweis-Ordner 1 und 2, oder durch Zeugenaussagen von höchst qualifizierten Congressleitern
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Diese Congressmessen haben den Innovationsmarkt der ITK-Branche mit maximaler Qualität und ohne Subventionen dominiert.

Dieser Innovationsmarkt wurde mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 der Schröder-Regierung völlig zerstört. Mit einem Markteingriff der Monsterklasse unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung vor mehr als 17 Jahren, der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit dem weltweit größten Auktionsbetrag, und der bis heute andauernden staatlichen Diskriminierung wurde **das Lebenswerk und ansehnliche Altersrücklagen des Justizopfers irreversibel zerstört, seine Existenz-Grundlage vernichtet.**

Mit dem weltweit größtem Auktionsbetrag (über 50 Mrd EUR) wurde das Loch im Bundeshaushalt (25%) gefüllt. Der Bundeshaushalt 2000/2001 ist das **größte Milliardengrab aller Zeiten**, weil nach 1 Jahr das Loch wieder da war: **Tatsache ist, dass mit dem weltweit größtem Auktionsbetrag der deutsche Innovationsmarkt zerstört wurde zugunsten eines 25%-Lochs im Bundeshaushalt 2000 / 2001**, sehr zur Freude des internationalen Wettbewerbs, mit tödlichem Ausgang für den innovationsorientierten Mittelstand in Deutschland. 1 Jahr lang war das Loch gestopft, dann war es wieder da, sodass einschneidende Strukturveränderungen mit der Agenda 2010 und HARTZ IV nicht mehr vermeidbar waren:
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/UMTS-staatsv.pdf>

Selbst der Flughafen Berlin 2017 ist im Vergleich nur ein kleines Milliardengrab, wobei am Ende hoffentlich ein funktionsfähiger Flughafen existiert. Im Gegensatz zum Bundeshaushalt 2001/2002: Das Loch im Bundeshaushalt war nach 1 Jahr wieder da und die Probleme waren um ein Vielfaches gewachsen, weil der Innovationsmarkt völlig zerstört war und ausländische und inländische Kapitalgeber (Kapitalflucht) keinerlei Lust hatten, mit Investitionen in den Innovationsmarkt „schwarze Löcher“ im Bundeshaushalt zu finanzieren, an denen Albert Einstein seine Relativitätstheorie hätte nachweisen können
> > > **Beweis durch Zeugnis des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier,**
Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000.

Mit der gigantischen Umverteilungspolitik wurde auch dem deutschen Staat ein **gigantischer Schaden** zugefügt, mit einer Ausführung, die in einem Rechtsstaat die Anwendung von Notstandsgesetzen für Notstandssituationen voraussetzt.

Im Jahr 2000 war Deutschland digitale Spitze im globalen Vergleich. **Heute?**
Altkanzler Gerhard Schröder ist Putin-Berater mit Bundeskanzler-Pension.
Wegen seiner gigantischen Umverteilungspolitik >
deutsche Digital-Branche ist in einem jämmerlichen Zustand:
Deutschland ist digitale Kolonie von USA und Fernost,
deutsches Regierungsnetz ist Trainingsplatz internationaler Hacker,
Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa.

Die ganze Tragweite dieser desaströsen Umverteilungspolitik wird sichtbar mit einem Blick auf das weltweite Ranking wertvollster Unternehmen Ende 2017:

Wertvollste Unternehmen

(Marktkapitalisierung Dez. 2017)

1. Apple / USA.....876 Mrd \$
2. Alphabet(Google) / USA....733 Mrd \$
3. Microsoft / USA.....661 Mrd \$
4. Amazon / USA.....570 Mrd \$
5. Facebook / USA.....516 Mrd \$
6. Berkshire Hathaway / USA..490 Mrd \$
7. Tencent Holdings / CHN....484 Mrd \$
8. Alibaba / CHN.....444 Mrd \$

Auf den ersten 8 Plätzen (Platz 6 ausgenommen) sind nur Unternehmen der Digitalbranche, das wertvollste Unternehmen Deutschlands (SAP) belegt Platz 60, USA belegt die ersten 5 Plätze, China Platz 7 und 8.

Umverteilung kann nicht darin bestehen,

dass ein umverteilter Bürger zum Justizopfer gemacht wird,
dass ihm trotz seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa einfach alles weggenommen wird und in erzwungener Altersarmut anschließend

ohne Sinn und Verstand wie eine Sau durchs Dorf getrieben wird:

> nicht nur von einer weisungsgebundenen, skrupellosen, diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit beklagten Weisungsgeber (Bundeskanzleramt) und

> von Obergerichtsvollziehern sozialer Pflichtversicherungen

> sondern auch

von kommunalen Zwangsdienstleistern des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (hier)

Dies alles trotz erdrückender Beweislage des Opfers, Beweise nach Bedarf erweiterbar!

Zu II. Persönlichkeiten der politischen Führung mit höchstem Lob über das Lebenswerk des umverteilten Justizopfers, ein Lebenswerk für den digitalen Vorsprung in Deutschland, Europa und weltweit, über 25 Jahre in jährlichem Turnus mit dem weltweit größten Congressangebot zu den digitalen Innovationsschwerpunkten Deutschland 2018: Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa nach politisch motivierter Zerschlagung des umverteilten Opfers trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, trotz Anerkennung durch respektable Persönlichkeiten aus Deutschland, Europa und weltweit

Wer auf digitales Innovationswachstum verzichten muss, ist auch Versager bei der Risikobeherrschung in der Digitalisierung. Verlust digitaler Sicherheit ist die Folge.

Nicht versagt haben herausragende Persönlichkeiten, die mit ihrer Mitwirkung die Weltklasse-Höchstleistung des Justizopfers anerkannt und gefördert haben, weil ihnen die digitale Spitzenstellung Deutschlands im globalen Vergleich wichtig war.

Deutsche Justiz gehört nicht dazu, sie ist längst Teil einer schlimmen Entwicklung, mit der Leistungsträger zum Justizopfer gemacht werden:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 39)

Von der Leistung des Veranstalters waren überzeugt und aktiv beteiligt: z.B.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH 1988 (verstorben 2006 in Berlin)

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

Prof.Dr.-Ing. Karl Steinbuch, Pionier der Informatik, Mitbegründer der künstlichen Intelligenz und der Kybernetik

auf der ONLINE 1980 (verstorben 2006 in Ettlingen, siehe Kapitel 5)

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7>

> > > Scroll down

Willibald Hilf, Vorsitzender der ARD-Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland und Intendant des Südwestfunk, Eröffnungsredner auf der ONLINE 1987 (verstorben 2004 in Baden-Baden)

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_87.pdf

Dr.h.c. Lothar Späth, Ministerpräsident a.D., Vorsitzender der Geschäftsführung, JENOPTIK CARL ZEISS JENA GMBH, Jena, Redner mit „Standing Ovation“ auf der ONLINE '92 (verstorben 2016 in Stuttgart)

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Prof. Dr.jur. Erich Häußler, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China, Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995 (verstorben 1999 in Bad Tölz)

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Dr. Henning Voscherau

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997)
Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991)
langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
(verstorben 2016 in Hamburg)

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„**Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.**“

„**Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen**“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congressteilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg (verstorben 2004 in Berlin):

„**Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend**“ . . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation

einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE1997 (verstorben 2009 in Beersel / Belgien)

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001 (verstorben 2008 in Düsseldorf)

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Prof. Dr.-Ing.habil Dr. h.c. mult. Hans-Jörg Bullinger, 9. Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft, Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH und Plenary Speaker von 1987 bis 1992

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Prof. Dr.-Ing. Hans-Jürgen Warnecke, Präsident der Fraunhofer Gesellschaft von 1993-2002, Leiter des Universitätsinstituts für industrielle Fertigung und Fabrikbetrieb, Universität Stuttgart, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Produktionstechnik und Automatisierung (IPA), Chairman Congress I auf der KOMMTECH '86 und ONLINE'89

Prof. Dr.-Ing. Manfred Weck, Institutsdirektor des Laboratoriums für Werkzeugmaschinen und Betriebslehre (WZL), RWTH Aachen, Chairman Congress I auf der KOMMTECH'88

Prof. Dr.-Ing. Drs.h.c. Günter Spur, Leiter des Instituts für Werkzeugmaschinen und Fertigungstechnik, Technische Universität Berlin, auf der ONLINE'89

Prof. Dr. Henning Kagermann, Leiter der Entwicklung Rechnungswesensysteme und Vorstandssprecher der SAP AG auf der ONLINE'89

Prof. em. Dr.-Ing. Dr. h.c. mult. Paul J. Kühn, Direktor des Instituts für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Wahlster, Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Forschungszentren für Künstliche Intelligenz, Preisträger des Deutschen Zukunftspreises 2001 beim Bundespräsidenten, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Prof. Dr. August-Wilhelm Scheer, Direktor des Instituts für Wirtschaftsinformatik der Universität Saarbrücken auf der ONLINE'95

Prof. Dr. C. Christian von Weizsäcker, Vorsitzender der Monopolkommission, Universität Köln auf der ONLINE'95
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Michel Carpentier, Generaldirektor der Kommission der Europäischen Gemeinschaften auf der ONLINE'88
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Prof. Dr. Claus Ehlermann, Generaldirektor der EG-Kommission für Wettbewerb auf der ONLINE 1993, anschließend Mitglied und 2001 Vorsitzender des Revisionsgerichtes der Welthandelsorganisation (WTO)
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Dr. Alexander Schaub, Generaldirektor für Wettbewerb der Europäischen Kommission auf der ONLINE 1999
> > > <http://www.euro-online.de/1996.htm>

Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

und viele andere mehr und häufig öfters waren Sprecher der Europäischen Congressmessen, ohne Honorar- und Kostenerstattung, aber **nicht** ohne Dokumentation, ohne Sponsoring mit Sylt- oder Toskana-Urlaub, in konzertiertem Zusammenwirken mit 300 bis 500 Referenten pro Congressmesse, **für den digitalen Vorsprung in Deutschland, Europa und weltweit**, über 25 Jahre in jährlichem Turnus mit dem weltweit größten Congressangebot zu den digitalen Innovationsschwerpunkten, mit der Telekommunikation als Innovationstreiber. **Angemessene Würdigung und Anerkennung eines herausragenden Lebenswerkes mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH** **anstatt Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft durch eine skrupellose, vom beklagten Bundeskanzleramt angewiesene Staatsanwaltschaft**, ist der Rechtsanspruch des Justizopfers auf Rehabilitierung mit europäischem Bezug in einem teuflischen Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystem in Deutschland!

**Zu III. Bis heute Wand des Schweigens:
Führende Persönlichkeiten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
verweigern Antwort zu gigantischer, krimineller Umverteilungspolitik der
herrschenden Politiker-Generation
Sprachlosigkeit ist kein gutes Argument für Mitverantwortung
an politisch motivierter und psychischer Zerschlagung,
an einer kriminellen, gigantischen Umverteilungspolitik, die Deutschland
zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa gemacht hat**

Beweise, über Internet nachlesbar, als Print-Dokumente vorgelegt,
z.B. im Schriftsatz vom 25.November 2016 an die 27.Kammer des
Verwaltungsgerichts Düsseldorf als **Anlagen V-1 bis V-6**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRReinspruch4.pdf>

Scroll down after link (page 27)

z.B. in Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2016 (1 BvR 2331/17, AR5737/16)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 11)

Schreiben an Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks und andere :
Ohne Antwort!

**Anlage V-1: Schreiben vom 29.01.2011 an
ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Frau Monika Piel
Herrn Prof. Markus Schächter, Intendant des ZDF,
Herrn Dr. Willi Steul, Intendant des DEUTSCHLANDRADIO
Herrn Ruprecht Polenz, Vorsitzender des ZDF-Fernsehrats
anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag:**

System Deutschland ein Sanierungsfall?

UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:

Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf>

Schreiben von Intendanten **nicht beantwortet.**

**Anlage V-2: Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012 und
16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)**

Hilfearuf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über

27 Jahre Innovation durch Telekommunikation

Widerspruch gegen GEZ-Bescheid

Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Schreiben wurde **nicht beantwortet.**

Anlage V-3: Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013

Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs-
und Justiz-Skandal

Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schreiben wurde **nicht beantwortet.**

Anlage V-4: Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 -

„Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur
persönlichen Insolvenz“

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf>

Schreiben wurde **nicht beantwortet.**

Anlage V-5: Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 -
„Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur
persönlichen Insolvenz“
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf>
Schreiben wurde **nicht beantwortet**.

Anlage V-6: Schreiben vom 19.01.2013 an ZDF-Intendant Dr. Thomas Bellut
Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht:
„Liquidierung der UMTS-Opfer, Leistungsträger mit Weltklasse-Höchstleistungen
zum Sozialfall diskriminiert:
Wir können uns selbst den Rundfunk-Beitrag nicht mehr leisten!“
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ZDF1301.pdf>
Schreiben wurde **nicht beantwortet**.

**Der beklagte ÖRR ist mitschuldiger Partner des beklagten Establishments,
der herrschenden Politiker-Generation, die sich aus Steuergeldern und
Gebühren finanzieren.** Die eigen finanzierte Weltklasse-Leistung des Opfers mit
seinem Unternehmen hatte nicht den Hauch einer Chance. Seine Zerschlagung
war das Abfallprodukt einer gigantischen, kriminellen Umverteilungsoperation mit
Unterstützung durch den ÖRR in Deutschland.

**Intendantin Monika Piel ist nach den Anschreiben vom 31.12.2012 und
16.01.2013 zurückgetreten.** Sie befindet sich mit ihrem Rücktritt in bester
Gesellschaft. Der vom Kläger sehr respektierte
Bundespräsident Horst Köhler ist nach unserem Schreiben vom 25.05.2010
mit der Überschrift „Wir klagen an“ in derselben Woche mit sofortiger Wirkung
zurückgetreten.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

ZDF-Intendant Dr. Thomas Bellut hat uns nicht geantwortet
auf unser Schreiben vom 19.01.2013, in dem wir anmahnten:
„Es ist längst an der Zeit, dass die verheerenden Folgewirkungen aus dem
Missbrauch der UMTS-Auktion 2000 mit anschließender Diskriminierung und
Diffamierung wehrloser Opfer und Verfolgung in einer sozialen
Zwangsgesellschaft mit einem gebühren-finanzierten und daher systemnahen
Journalismus endlich einer bis heute verweigerten Rechtslösung zuzuführen
sind.“
„**Die deutsche Öffentlichkeit hat ein Recht darauf**, über diese
ungeheuerlichen Vorgänge mehr zu erfahren. Dafür stehe ich Ihnen gerne zur
Verfügung.“
„Wir können uns selbst den Rundfunk-Beitrag nicht mehr leisten!“
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ZDF1301.pdf>

**Sprachlosigkeit ist kein gutes Argument für Mitverantwortung an
politisch motivierter und psychischer Zerschlagung** mit Verstößen gegen
fundamentale Menschenrechte wie Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch,
kapitalen Vermögensschäden, Missbrauch von Staatsgewalt etc. unter
Verantwortung der beklagten Bundesregierung.

Zu IV. Bis heute Wand des Schweigens, in besonderer Weise diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin mit Verteiler an Bundesminister und Staatssekretäre wurde kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung: Sprachlosigkeit ist kein gutes Argument für allmächtige Verantwortung an politisch motivierter und psychischer Zerschlagung, an einer gigantischen Umverteilungspolitik, die Deutschland zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa gemacht hat, an Misshandlung umverteilter Opfer, die von einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft auf Weisung des Bundeskanzleramtes mit Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch zur JVA verschleppt werden

Besonders diskriminierend ist:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin mit Verteiler an Bundesminister und Staatssekretäre wurde kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung:
nur z.B.

Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005
- **Neue Aufgaben für Aufbau Ost:** Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf>

Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005
- **Koalitionsvertrag und Breitband-Internet**
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf>

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 -
Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf>

'Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 -
Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf>

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -
Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des Mittelstands
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf>

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchsstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>

z.B. Verteiler dieses Schreibens vom 22.10.2010:

Frau Dr. Angela Merkel,
Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Dr. Guido Westerwelle, Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland
Frau Prof. Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung
Herrn Rainer Brüderle, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie
Niemand hat geantwortet!

Sprachlosigkeit ist kein gutes Argument für allmächtige Verantwortung an politisch motivierter und psychischer Zerschlagung, an . . .

**Zu V. Bis heute Wand des Schweigens trotz Nachweis:
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mitverantwortlich,
mitverantwortlich direkt an politisch motivierter Zerschlagung des
Unterzeichners mit nachgewiesenem Schaden von mind. 100.000 EUR
mitverantwortlich durch Beteiligung an Wand des Schweigens über
gigantische Umverteilungspolitik
mitverantwortlich durch Unterbindung und Verhinderung möglicher
Aufklärung über die Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen,
HARTZ IV und Agenda 2010**

PHOENIX, der Ereignis- und Dokumentationskanal der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten mit erster Sendung in 1997, war an einer Berichterstattung zur ONLINE'98 interessiert, hatte aber für Live-Übertragung und Aufzeichnungen keine Übertragungsrechte.

Das ganztägige Symposium I-1 „1. Januar 1998: Der liberalisierte TK-Markt auf dem Prüfstand der Praxis“ wurde trotzdem live übertragen und aufgezeichnet:

Sieh ONLINE'98-Programm Seite 3 (als Anlage II-8)
im Schriftsatz vom 25. Nov. 2018 an die 27. Kammer des Verwaltungsgerichts
Düsseldorf vorgelegt:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRReinspruch4.pdf>

Scroll down after link (page 19)

Anlage II-8

21 Jahre im Dienste der IT-Branche mit nationalem IT-Gipfel

Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 mit
beiliegenden Zahlen, Daten, Fakten

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_98.pdf

Zeuge(n):

> **Dr. Werner Neu, Symposiumsleiter**, damals Geschäftsführer und Direktor
des Wissenschaftlichen Instituts für Kommunikationsdienste, anzuschreiben über
WIK GMBH, Rhöndorfer Str. 68,
53604 Bad Honnef, sowie alle Mitwirkenden des Symposiums I-1.

> **R. Uwe Proll**, Herausgeber und Chefredakteur des Behörden Spiegel,
Freier Redakteur bei phoenix (Moderation ONLINE '98), Sitzungsleiter der
Europäischen Congressmessen ONLINE 1999-2002

Kontakt: Behörden Spiegel Verlag Berlin, Redaktion, Kaskelstr. 41, 10317 Berlin,
Tel 030-557412-0

Herr Proll hat ohne Kenntnis der Übertragungsrechte in Kooperation mit einer
phoenix-Moderatorin an der Moderation der Live-Übertragung mitgewirkt und war
im Anschluss daran Sitzungsleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE
1999-2002.

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf>

Scroll down after link (page 3)

> > > <http://www.euro-online.de/i1.htm>>>> [Hochkarätige Sprecher](#)

Weitere zuverlässige Zeugenaussagen möglich:

Phoenix, erst seit 1997 auf Sendung, war an einer Berichterstattung
interessiert. Dies wurde vom Kläger unterstützt. Eine Live-Übertragung war **nicht**
vereinbart, auch keine Aufzeichnung. Übertragungsrechte waren nicht vereinbart.

Der Kläger war nicht einmal informiert über diese Absichten einer Live-
Übertragung oder einer Aufzeichnung mit zeitversetzter Übertragung. Für Live-
Übertragung und zeitversetzte Übertragung ist selbstverständlich eine
vertragliche Vereinbarung mit dem Veranstalter erforderlich.

Zum Vergleich Bundesliga-Fußballübertragung: Aktuelle Berichte gemäß Presserecht, Live-Übertragung und zeitversetzte Übertragung mit vertraglichen Vereinbarungen.

Von Phoenix wurde nicht aus der Ausstellung und den Aussteller-Workshops berichtet, sondern es war Live-Übertragung aus den Congressen mit hohen Vorbereitungs- und Service-Kosten für den Veranstalter. Der Eintritt in die Symposien der Congresses war daher kostenpflichtig. Die Congresses-Tageskarte wurde mit 845,- DM +15 % MwSt. berechnet (keine Verbraucherpreise!). Sieh **Anlage II-8: 21 Jahre im Dienste der IT-Branche mit nationalem IT-Gipfel** Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 mit beiliegenden Zahlen, Daten, Fakten
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_98.pdf

Den Congressmessen des Opfers wurde mit der Live-Übertragung großer Schaden zugefügt infolge entgangener Congress-Einnahmen zur Finanzierung hoher Vorbereitungs- und Dokumentationskosten

In den Symposien referierten auch beispielsweise (siehe Anlage II-8) **Kurt van Haaren**, der Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft, **Horst Ehrnsperger**, Abteilungsleiter im Bundesministerium für Wirtschaft. Wer hat die Live-Übertragungen aus den Congressen angesehen? Offensichtlich sollten mit dieser einmaligen Live-Übertragung in rechtswidriger Weise Congress-Eintrittskarten eingespart werden, für Interessenten in den Bundesministerien, im Bundestag, in den Gewerkschaften, in Bundesbehörden (z.B. Bundesnetzagentur / Regulierungsbehörde), in den politischen Parteien und im ÖRR.

Der Kläger, Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH, hatte den Schaden: Nur wenn 100 Congresses-Tageskarten (eher mehr) durch die Live-Übertragung eingespart wurden, hatte er einen Schaden von 84.500,- DM + 15 % MwSt., von Phoenix / ÖRR verursacht. Noch mehr Schaden bei Eintrittskarten für 2 Tage, für 4 Tage, für 200 Congresseteilnehmer usw.

Siehe

Verfassungsbeschwerde vom 15.Jan.2018 (1 BvR 444/18) mit Handlungsbedarf der Verwaltungsgerichte und des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

wegen ständiger Versagung und Verhinderung von rechtlichem und medialem Gehör zu politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Verwaltungsgerichtliches Verfahren 27 K 5854/13: Teil eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG

Die Verfassungsbeschwerde umfasst folgende Kapitel:

BVERFG-21. Angegriffene Hoheitsakte:
Beschlüsse des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens mit Antrag auf Prozesskostenhilfe durch alle Instanzen wegen staatlich erzwungener Altersarmut infolge einer gigantischen Umverteilungspolitik mit gigantischen Zerschlagungen, mit **extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe auf ein Justizopfer**

in einem teuflischen Unrechtssystem
ohne eine Chance auf rechtliches Gehör
zu politisch motivierten Zerschlagungen mit kapitalen
Vermögensschäden
hier erneute Verfassungsbeschwerde gegen 2.Senat eines OVG,
dessen Zuständigkeit seit 2013 bestritten wird
im Anschluss an Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2331/17 (AR
6343/17, AR 5737/16, Zerschlagung 3) vom 15.Sept.2017/12.Okt.2017

BVERFG-22. Aktuelle Hintergrundinformationen zu
Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation
seit 1998: Seit 20 Jahren zu erleiden
Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,
erzungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter
Verantwortung von
Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).

Besonders diskriminierend:
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin,
Intendanten und ARD-Vorsitzenden: Kein einziges beantwortet, nicht
einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?
Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen
Unrechtssystems ist zu schützen

**BVERFG-23. Unerträglicher Missbrauch deutscher Justiz für ein
teuflisches Unrechtssystem seit 2010**

Politisch motivierte Zerschlagungen Stand 2018
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre
Eskalation zur Sippenzerschlagung mit **Todesfolge**
sind Gegenstand gerichtlicher Klagen seit 2010.
Beschwerdeführer: Vom Opfer politisch motivierter Zerschlagungen
mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge zu
Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems

BVERFG-24. Diskriminierende und diffamierende Argumentation des
2.Senats des Oberverwaltungsgerichts im Beschluss 2 A 2782/17
nach Anhörungsrüge

Untaugliche Versuche zur Verdeckung unerträglicher Mitwisserschaft,
Mittäterschaft und strafbarer Kumpanei des Beklagten durch
vorzeitige Beendigung des Verfahrens > > > **Missbrauch deutscher
Justiz zur Verdeckung eines teuflischen Unrechtssystems**
Beteiligung an politisch motivierten, extremistischen Zerschlagungen,
**mit Treib- und Hetzjagd mittels blindwütigen Pfändungen auf
Pfändungsschutzkonten des Opfers durch einen mitschuldigen
Staatsrundfunk**

2.Senat diskriminiert in unerträglicher Weise Justizopfer: „in
querulatorischer und damit rechtsmissbräuchlicher Weise“

**Alternativlos: Fortsetzung des Verfahrens mit Anspruch auf
lückenlose Aufklärung, Rehabilitierung und Schadenersatz**

Die gesamte Verfassungsbeschwerde ist einsehbar in der Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 84)

Zu VI. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk, Westdeutscher Rundfunk verhindern bis heute Aufklärung zu Gigantischer, krimineller Umverteilungspolitik durch Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen zu gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

So sieht eine gigantische, kriminelle Umverteilungspolitik aus, an denen der **Öffentlich-rechtlicher Rundfunk beteiligt ist:**

Direkt beteiligt, wie in Abschnitt V beschrieben (Spitze eines Eisbergs).

Indirekt beteiligt: Durch Mitwisserschaft, Kommunikationsverweigerung, Verstoß gegen Informationsauftrag im Staatsvertrag

Der Öffentlich-rechtliche Rundfunk ist dem deutschen Staat verpflichtet und nicht einer deutschen Bundesregierung, geschweige denn einer Bayerischen Staatsregierung.

Mit Sicherheit steht fest, dass sich die betroffenen Verwaltungsgerichte einschließlich des beklagten öffentlich-rechtlichen Rundfunks

nicht einfach „vom Acker machen“ können, angesichts des juristischen und politischen Desasters, auf Kosten des Klägers, Opfers/Rechtsnachfolgers politisch motivierter Zerschlagungen und Justizopfers eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Das Opfer besteht auf Stellungnahme des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks und des Westdeutschen Rundfunks:

Nicht nur der Unterzeichner, alle Opfer der gigantischen, kriminellen Umverteilungspolitik mit verheerenden Folgewirkungen (gigantische Zerschlagungen, HARTZ IV, Agenda 2010) haben Anspruch auf vollständige Aufklärung.

Das Opfer/Justizopfer hat in 2017 eine qualifizierte Maischberger-Sendung vorbereitet zum Thema:

**Kirchen mischen sich ein, Politik nimmt Stellung:
Mit einer gigantischen Umverteilungspolitik zu gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Sieh Abschnitt III

Bis heute Wand des Schweigens:

Führende Persönlichkeiten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks verweigern Antwort zu krimineller Umverteilungspolitik der herrschenden Politiker-Generation

Sprachlosigkeit ist kein gutes Argument für Mitverantwortung an politisch motivierter und psychischer Zerschlagung, an einer gigantischen, kriminellen Umverteilungspolitik, die Deutschland zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa gemacht hat

Aus Schreiben des Unterzeichners vom 12.Juni 2017 an Frau Maischberger:

„Wir klagen an (2)

Politisch motivierte Zerschlagungen in Deutschland mit
extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu
Sippenzerschlagung mit Todesfolge

Unser Schreiben vom 30.April 2017, unser Email vom 24.Mai 2017
(Fortsetzung)

Sehr verehrte Frau Maischberger,

Mit Zuschauen wird überhaupt nichts gut:

**Kirchen mischen sich ein, Parteien nehmen Stellung:
Mit einer gigantischen Umverteilungspolitik zu gigantischen
Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010** oder

Unter diesem Thema habe ich eine Maischberger-Sendung
vorgeschlagen mit folgenden Diskussionsteilnehmern:

Vorsitzender des Rates der EKD

Herrn Landesbischof Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm
Erzbischof von Köln

Herrn Rainer Maria Kardinal Woelki

Ministerpräsident des Freistaates Bayern und Vorsitzender der CSU

Herrn Horst Lorenz Seehofer

Fraktionsvorsitzende der BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Frau Katrin Dagmar Göring-Eckardt

Bundesvorsitzende der Freien Demokratischen Partei,

Herrn Christian Lindner“

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Legende.pdf>

Bis heute eine Wand des Schweigens.

Zu VII. Kein Weiter-so:

**Schluss mit politisch motivierten, medial unterdrückten Zerschlagungen,
Schluss mit Unterstützung durch eine Wand des Schweigens,
durch einen massiven Verstoß des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks gegen ein qualifizierten Informationsauftrag im Staatsvertrag**

Aufforderung zur Beantwortung dieses Schreibens

Die Nicht-Zulassung dieser Sendung gemäß Abschnitt VI ist ein weiterer Beweis für Mitwisserschaft und Mittäterschaft und begründet einen zusätzlichen Klagepunkt:

Diskriminierung in einer pluralen Gesellschaft.

Die christlichen Religionsgemeinschaften wurden anlässlich der Vorbereitung der Maischberger-Sendung besonders ausführlich informiert über die Vorgänge der politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit **Todesfolge** trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Klägers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution für Deutschland und Europa

Die Nicht-Zulassung dieser Sendung deckt sich mit den Erfahrungen aus früheren Bewerbungen des Opfers zur Mitwirkung in Politmagazinen des ÖRR. Beweise liegen vor.

Unerträglich ist die **Wand des Schweigens des gesamten ÖRR** über die politisch motivierten Zerschlagungen im Umfeld einer gigantischen Umverteilungspolitik


Kein Weiter-so: Schluss mit politisch motivierten, medial unterdrückten Zerschlagungen, mit Unterstützung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende, weisungsgebundene Staatsanwaltschaften mit Weisungsgeber des beklagten Bundeskanzleramts und einer unterirdischen, hundsmiserablen Justiz (Zerschlagung 5): Massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Leider haben wir von den Öffentlich-Rechtlichen bis heute keine Unterstützung für unsere Rehabilitierung erhalten. Jetzt sind wir gezwungen, Rehabilitierung und Schadenersatz wegen Mitwisserschaft und Mittäterschaft **zu politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und mit Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör** zu beklagen. Vollständige Aufklärung jetzt.

Wir appellieren noch einmal an Sie. Reißen Sie diese Wand des Schweigens endlich ein. Beispielsweise durch Zulassung einer qualifizierten Maischberger-Sendung, wie oben beschrieben, mit Start in einem Politmagazin.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Albin L. Ockl

Verteiler dieses Schreibens:

Bundesverfassungsgericht, Erster Senat, 1 BvR 444/18.

Herrn Ulrich Wilhelm, ARD-Vorsitzender und Vertreter des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Intendant des Bayerischen Rundfunks.

Herrn Tom Buhrow, Intendant Westdeutscher Rundfunk, vertretungsberechtigt für Öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Legende unserer Schreiben an die Intendanz des WDR

Schriftsatz vom 31.12.2012

Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzugnisse über

27 Jahre Innovation durch Telekommunikation

Einspruch gegen GEZ-Bescheid

01. Innovation durch Telekommunikation

Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003

02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-

Höchstleistungen: UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen

03. Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen.

Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung

04. Widerspruchsbescheid des Westdeutschen Rundfunks ist eine hinterlistige
Manipulation des Sachverhalts in Täuschungsabsicht, Notsituation von der GEZ
gnadenlos ausgenutzt unter dem Deckmantel der Sachfremdheit von UMTS

05. Intendanz ist verantwortlich für die gnadenlose Treib- und Hetzjagd der GEZ,
die von uns in einer Serie von Schriftsätzen informiert ist und diese als
Sachfremdheit von UMTS abwimmelt

06. Bis heute: Diskriminierung aller Rehabilitierungsbemühungen,

bis heute: Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitierung,

bis heute: Unterdrückung von Zeugenaussagen und Beweisen

07. Stundung der GEZ-Gebühren bis zur gerichtlichen Klärung von
Schadenersatz und Rehabilitierung

Rettung herausragender Zeitzugnisse über 27 Jahre Innovation durch
Telekommunikation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Schreiben vom 16.01.2013:

Zusendung der Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Schriftsatz vom 14.06.2013: Widerspruch gegen Gebührenbescheid

Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren:

08. GEZgnadenlos:

Rücktritt nach 3 Schreiben anstatt Verantwortung zu übernehmen

Untätigkeit trotz ausführlicher Informationen

Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf Opfer der UMTS-Auktion 2000

09. Wir sind Geschädigte, wir sind nicht schuld daran und können nichts daran
ändern, wenn verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 bis heute
nicht aufgearbeitet sind, wenn wir eine totale Diskriminierung trotz unserer
Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland ertragen müssen, wenn wir
deswegen Stundung der Gebühren beantragen müssen. Daher nochmals eine
Information in Kurzform

10. Lebenserfahrungen der Geschädigten zu einem Scherbenhaufen deutscher Politik, deutscher Verwaltung und deutscher Justiz: Vorwürfe gegen einen sogenannten Rechtsstaat
11. Recht auf Schadenersatz und Rehabilitierung: Anhörungsresistenz des Deutschen Bundestags und der Justiz ist Ursache für Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten
12. Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten sind ein Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit wegen Diskriminierung ihres Rechts auf Schadenersatz und Rehabilitierung
13. Staatshaftung für einen Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal: Schadenersatz und Rehabilitierung sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können
14. Informationsskandal: 13 Jahre lang Informationssperre über verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000
15. Geschädigte wollen keinen Nachlass der Rundfunkgebühren, sondern Stundung bis zur rechtsstaatlichen Klärung von Schadenersatz und Rehabilitierung. Daher unsere Bitte um Unterstützung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schriftsatz vom 07.07.2014: Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die Beigeladenen herbeizuführen.

16. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten: Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung) gegen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel (Beklagte)
17. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Missbrauch von Staatsgewalt, Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, Bürger 2.Klasse im sogenannten Rechtsstaat Deutschland haben keine Grundrechte
18. Vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zum Verwaltungsgericht Regensburg: Bruder von bayerischer Verwaltung in den Tod getrieben. Notlage des Alleinerben aus staatlicher UMTS-Auktion 2000 gnadenlos ausgenutzt, um Berufung am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof abzulehnen
19. Rundfunk mit privilegiertem Informationsauftrag sollte nicht diskriminieren, sondern sich aktiv an der Aufklärung beteiligen: Öffentlicher Rundfunk darf nicht für staatliche Zwecke instrumentalisiert werden
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schriftsatz vom 18.08.2015:
Widerspruch gegen Mahnung im Umfeld von politisch motivierter Zerschlagung: Staatliche Zwangsmaßnahmen und Zwangsmaßnahmen der Beteiligten während des laufenden Verfahrens sind als verwerfliche Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung und als verfassungswidrig abzuwehren
Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen.

15-Jahre-Jubiläum: Die Öffentlich-Rechtlichen sollten endlich nachdenken, inwieweit sie die Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ebenfalls diskriminiert haben und nun Beihilfe leisten zur politisch motivierten Zerschlagung.

20. Ein Jubiläum: 15 Jahre staatliche UMTS-Auktion 2000

Deutscher Rechtsstaat, der nach 15 Jahren seit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung zu einer Jahrhundert-Ungerechtigkeit nur desolate Justiz-Verfahren produziert und nur neue Ungerechtigkeiten hinzufügen kann, hat seinen Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit schwer beschädigt.

Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen Verfahren mit Klageschwerpunkt der politisch motivierten Zerschlagung vor Zivilgerichten

21. Politisch motivierte Zerschlagung und Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung durch angedrohte Zwangsmaßnahmen des WDR

Zurückweisung der Mahnung und der angedrohten Zwangsmaßnahmen

22. Politisch motivierte Zerschlagung durch die beklagte Bundesregierung und die ganze Republik schaut zu: Eine politische und juristische Odyssee

Der Deutsche Bundespräsident seit 2010

Der Deutsche Bundestag seit 2010

Das Bundesverfassungsgericht

Die Intendanten der öffentlich rechtlichen Rundfunkanstalten

Rechtsbeschwerde an den Bundesgerichtshof

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schriftsatz vom 14.07.2016:

Widerspruch gegen Mahnung / Bescheid im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen: Staatliche Zwangsmaßnahmen und Zwangsmaßnahmen der Beteiligten während des laufenden Verfahrens sind als verwerfliche Beihilfe zu politisch motivierten Zerschlagungen und als verfassungswidrig abzuwehren

Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen.

23. Schriftsatz vom 08.08.2015 mit Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen

Unerträglich: Auftrags-Antwort mit vollstreckbaren Festsetzungsbescheid vom 03.06.2016 (eingegangen am 15.06.2016)

Daher: Widerspruch und Antrag auf weitere Stundung der Rundfunkgebühren wegen schuldloser, erzwungener Notlage infolge politisch motivierter Zerschlagung im Doppelpack und kompletter Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör

24. Widerspruch gegen vollstreckbaren Festsetzungsbescheid gemäß laufender Anhörungsrüge am Bundesverwaltungsgericht als Vorbedingung für Verfassungsbeschwerde

Politisch motivierte Zerschlagung im Doppelpack mit rechtshängigen Schadenersatzverfahren beim Landgericht Wuppertal

In einem Rechtsstaat nicht mehr nachvollziehbar:

Komplette Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör trotz ausführlichem, qualifizierten Beweismaterials und verfügbarer hochqualifizierter Zeugenaussagen

25. Erste Zerschlagung:

Deutsche Justiz verantwortlich für unerträgliche Verzögerungen mit Versagung von rechtlichem Gehör im zivilrechtlichen Schadenersatzverfahren der ersten Zerschlagung

Einleitung des Erinnerungsverfahrens mit Schriftsätzen vom 20. Mai 2016 und 18. Juni 2016 wegen Versagung von rechtlichem Gehör im bisherigen Verfahren mit Antrag auf Prozesskostenhilfe

unter Verwendung des Beweismaterials (Beweis-Ordner 0, 1, 2, 3, 4 mit Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 gemäß Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Klägers, separate Anlieferung, zuletzt bei OLG Düsseldorf wegen

Beschwerdeverfahren I-18 W 36/15)

Versagung des Zugangs zum Grundgesetz: Opfer ist gezwungen, mit Prozesskostenhilfe ohne anwaltliche Unterstützung durch alle Instanzen zu klagen, um am Bundesverfassungsgericht zu hören: Nicht-Aannahme zur Entscheidung ohne Begründung, seit 2010.

26. Neue, zweite Zerschlagung mit irreversiblen Ausgang, jetzt auch in diesem Verfahren zusätzlicher Grund für Stundung der Rundfunkgebühren wegen erzwungener Notlage:

Klage auf posthume Rehabilitierung des verstorbenen Bruders und Schadenersatz

wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit nach zweiter Petition an den Bayerischen Landtag und wegen kapitaler Vermögensschäden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schreiben vom 10. Sept. 2016 mit

Antrag auf Stundung der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 55)

Schreiben vom 26. Nov. 2016 mit

Antrag auf Erlass der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 61)

Schreiben vom 25. Nov. 2017 mit

Antrag auf Erlass der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 67)

Schreiben vom 10. Dez. 2017 mit

Antrag auf Erlass der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 74)

Schreiben vom 22. Januar 2018 mit

Antrag auf Erlass der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 81)

Schriftsatz vom 06. März 2018 als Ergänzung zur Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 15. Jan. 2018 zur Entscheidung bei der zuständigen Richterammer im Ersten Senat des BVerfG

Einspruch gegen Mitteilung Ihres Beitragsservice (Beitragsnummer 250 514 940)

I. Schwerste Vorwürfe gegen die politische Spitze in Deutschland wegen staatlich erzwungener Altersarmut

Gigantische kriminelle Umverteilungspolitik der herrschenden Generation

seit 1998: Seit 20 Jahren zu erleiden, kein Weiter-so

Mit gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,

erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000,

unter Verantwortung von

> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)

> Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX).

unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

II. Persönlichkeiten der politischen Führung mit höchstem Lob über das Lebenswerk des umverteilten Justizopfers,

ein Lebenswerk für den digitalen Vorsprung in Deutschland, Europa und weltweit, über 25 Jahre in jährlichem Turnus mit dem

weltweit größten Congressangebot zu den digitalen Innovationsschwerpunkten

Deutschland 2018: Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa

nach politisch motivierter Zerschlagung des umverteilten Opfers

trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, trotz Anerkennung durch

respektable Persönlichkeiten aus Deutschland, Europa und weltweit

III. Bis heute Wand des Schweigens:

Führende Persönlichkeiten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks verweigern

Antwort zu gigantischer, krimineller Umverteilungspolitik der herrschenden Politiker-Generation

Sprachlosigkeit ist kein gutes Argument für Mitverantwortung

an politisch motivierter und psychischer Zerschlagung,

an einer kriminellen, gigantischen Umverteilungspolitik, die Deutschland zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa gemacht hat

IV. Bis heute Wand des Schweigens, in besonderer Weise

diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin

mit Verteiler an Bundesminister und Staatssekretäre wurde

kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung:

Sprachlosigkeit ist kein gutes Argument für allmächtige Verantwortung

an politisch motivierter und psychischer Zerschlagung,

an einer gigantischen Umverteilungspolitik, die Deutschland zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa gemacht hat,

an Misshandlung umverteilter Opfer, die von einer weisungsgebundenen

Staatsanwaltschaft auf Weisung des Bundeskanzleramtes mit

Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch zur JVA verschleppt werden

V. Bis heute Wand des Schweigens trotz Nachweis:

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mitverantwortlich,
mitverantwortlich direkt an politisch motivierter Zerschlagung des Unterzeichners
mit nachgewiesenem Schaden von mind. **100.000 EUR**
mitverantwortlich durch Beteiligung an Wand des Schweigens über gigantische
Umverteilungspolitik
mitverantwortlich durch Unterbindung und Verhinderung möglicher Aufklärung
über die Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und
Agenda 2010
VI. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk, Westdeutscher Rundfunk
verhindern bis heute Aufklärung zu
Gigantischer, krimineller Umverteilungspolitik durch Missbrauch der
staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen zu
gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
VII. **Kein Weiter-so:**
Schluss mit politisch motivierten, medial unterdrückten
Zerschlagungen,
Schluss mit Unterstützung durch eine Wand des Schweigens, durch
einen massiven Verstoß des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks gegen
ein qualifizierten Informationsauftrag im Staatsvertrag
Aufforderung zur Beantwortung dieses Schreibens
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>
Scroll down after link (page 89)

Per Fax an 0221-220 6321

**Westdeutscher Rundfunk
ARD ZDF Deutschlandradio
Beitragsservice**

**Freimersdorfer Weg 6
50829 Köln**

Widerspruch zusätzlich einsehbar in der Internet-Cloud
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>
Scroll down after link (page 113)

Velbert, 12.März 2018

Beitragsnummer 250 514 940

**Widerspruch zum Bescheid vom 02.03.2018 (Bekanntgabe durch
Eingang am 12.03.2018 nach Fax am 8.März 2018)**

Zurückweisung jeder Falschinformation über verwaltungsgerichtliches Verfahren
27 K 5854/13 Verwaltungsgericht Düsseldorf

Zurückweisung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt mit Schreiben
vom 08.März 2018 als Antwort auf Schreiben der Frau Ariane Krieger
vom 20.Feb.2018 (eingegangen am 23.Feb.2018):

Sehr geehrte Damen und Herren,

Gegen o.g. Bescheid (sich Anlage 3) wird vom Unterzeichner erneut
Widerspruch eingelegt.

Begründung:

01. Der Bescheid ist ein **vollstreckbarer Titel, mit dem grober Missbrauch von Staatsgewalt eingeleitet wird**, weil längst nachgewiesen ist, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk an den politisch motivierten Zerschlagungen des Unterzeichners mit kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut beteiligt ist.

02. **Es ist nicht nur grober Missbrauch von Staatsgewalt**, wenn eine Aufrechnung der Rundfunkbeiträge mit den kapitalen Vermögensschäden verweigert wird und so mit Staatsgewalt von einer gebührenfinanzierten Organisation zur finalen Zerschlagung des Opfers beigetragen wird.

03. Der Unterzeichner beklagt **politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe im Zuge einer rechtswidrigen, heimtückisch ausgeführten Umverteilungspolitik mit Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998**, ohne eine Chance für das Opfer einer gigantischen Umverteilung, erzwungen durch Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000, mit verheerenden Folgewirkungen eines gigantischen Markteingriffs und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör einschließlich der verantwortlichen Führung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (diskriminierende Anhörungsresistenz seit 2007 nachgewiesen, Anlage 1 Abschnitt III) sowie mit Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit **Todesfolge** trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.

04. Mit qualifizierten Zeugenaussagen kann nachgewiesen werden, dass durch die Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks an den politisch motivierten Zerschlagungen des Unterzeichners **ein direkter Mindest-Schaden von 100.000 €** und darüber hinaus ein noch nicht übersehbarer indirekter Schaden verursacht worden ist.

Sieh Abschnitt V in Anlage 1

V. Bis heute Wand des Schweigens trotz Nachweis: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mitverantwortlich, mitverantwortlich direkt an politisch motivierter Zerschlagung des Unterzeichners mit nachgewiesenem Schaden von mind. 100.000 EUR mitverantwortlich durch Beteiligung an Mauer des Schweigens über gigantische Umverteilungspolitik mitverantwortlich durch Unterbindung und Verhinderung möglicher Aufklärung über die Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

05. Der Unterzeichner beklagt staatlich erzwungene Altersarmut, sodass eine Aufrechnung der Rundfunkgebühren mit dem um ein Vielfaches größeren Schaden, der ihm vom ÖRR zugefügt wurde, ohne Zweifel zumutbar ist.

Für die Aufrechnung zuständig ist der Intendant des WDR gemäß Finanzordnung FinO-WDR § 38:

"(3) Maßnahmen nach Absatz 1 und Absatz 2 bedürfen der Einwilligung des Verwaltungsdirektors, bei Beträgen über € 50.000,00 im Einvernehmen mit dem Intendanten"

Der Unterzeichner hält sich lediglich an die Finanzordnung des WDR, von denen der Intendant nichts wissen will.

06. Zum Nachweis über den Schaden von mind. 100.000 € wurde das ONLINE'98-Programm Seite 3 (als Anlage II-8) im Schriftsatz vom 25.Nov. 2018 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Düsseldorf vorgelegt:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRReinspruch4.pdf>

Scroll down after link (page 19)

Anlage II-8

21 Jahre im Dienste der IT-Branche mit nationalem IT-Gipfel

Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 mit beiliegenden Zahlen, Daten, Fakten

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_98.pdf

Der Schriftsatz vom 25.Nov. 2018 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Düsseldorf wurde mit Schreiben vom 26.Nov. 2016 an den Intendanten des WDR mit Antrag auf Erlass der Rundfunkgebühren bis zur Erreichung von Staatshaftung übersandt.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>
Scroll down after link (page 61)

07. Mit dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 5854/13 (VG Düsseldorf) ist der **Nachweis** längst erbracht:
Nachweis über Beteiligung des ÖRR über aktive Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen des Unterzeichners
Nachweis über Mindest-Schadenhöhe
Nachweis mit qualifizierten Zeugen (Anlage 1, Abschnitt V)
Diskriminierendes Schweigen der Intendanten des ÖRR ist als Eingeständnis unter Verantwortung des Intendanten zu werten.

08. Der Unterzeichner klagt seit 2010 als Opfer und jetzt leider auch als Justizopfer
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution für Deutschland und Europa
Er ist nicht der Täter, sondern das Opfer.
Täter ist die beklagte deutsche Bundesregierung (Zerschlagung 1 und 6),
Täter ist die beklagte bayerische Staatsregierung (Zerschlagung 2, Beweise 2),
Täter ist der beklagte Öffentlich-rechtliche Rundfunk, vertreten vom Westdeutschen Rundfunk (Zerschlagung 3, Beweise 3)
In den verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Verfahren wurde eine erdrückende Beweislage übergeben:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf>
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise3.pdf>

09. Der gebührenfinanzierte, öffentlich-rechtliche Rundfunk hat einen qualifizierten Informationsauftrag. Der HARTZ IV-Zustand, Folge einer gigantischen Umverteilungspolitik, betrifft wesentlich mehr Deutsche, als es HARTZ IV-Bezieher gibt. Wenn junge Bundesminister, Ostbeauftragte u.a. noch nicht einmal im Amt sind und sich schon mit unqualifizierten Äußerungen über HARTZ IV den "Mund verbrennen", dann ist dies eine
Folge der Mauer des Schweigens unter Verantwortung des ÖRR. Der ÖRR verhindert bis heute eine qualifizierte Information über die Zusammenhänge einer gigantischen, kriminellen Umverteilungspolitik mit HARTZ IV und Agenda 2010: Sieh Abschnitt VI in Anlage 1.

10. Der Unterzeichner klagt seit 2010 als Opfer und jetzt leider auch als Justizopfer (Sieh 8)
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution für Deutschland und Europa
Grundrechtsgleiches Recht nach Art.20 Abs.4 GG (Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist) trifft zu, gegen diesen Bescheid Widerstand zu leisten

Der Öffentlich-rechtliche Rundfunk ist gut beraten nachzudenken, wie angemessene Rehabilitation des Opfers mit Schadenersatz möglich ist. Vorschläge wurden in diesem Jahr auch dem Verwaltungsgericht Berlin (VG 27 K 308.14) unterbreitet:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Unerträglich ist die **Mauer des Schweigens des gesamten ÖRR** über die politisch motivierten Zerschlagungen im Umfeld einer kriminellen, gigantischen Umverteilungspolitik.

Weitere Zwangsmaßnahmen unter Missachtung ungeheuerlicher Vorgänge in einem sogenannten Rechtsstaat werden vom Unterzeichner nicht hingenommen.

Mit höflichem Gruß



Albin L. Ockl

Beigefügt Anlage 1 und 2

Schriftsatz vom 06. März 2018 (Anlage 1) an Herrn Tom Buhrow, Intendant des WDR und in Kopie an Herrn Herrn Ulrich Wilhelm, ARD-Vorsitzender, Intendant des Bayerischen Rundfunks, Herrn Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>
Scroll down after link (page 89)

als Ergänzung zur Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 15. Jan. 2018 zur Entscheidung bei der zuständigen Richterammer im Ersten Senat des BVerfG (Anlage 2) zugesandt

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>
Scroll down after link (page 137)

Anlage 3

Festsetzungsbescheid mit vollstreckbarem Titel, mit freundlichen Grüßen und Kontoauszug, zurückdatiert auf 02.03.2018, eingegangen am 12.03.2018 nach Schriftsatz vom 06. März 2018 (Anlage 1, abgesandt per Fax am 08.03.2018, 16:40 h), offensichtlich in Abstimmung mit der Intendanz des WDR.

Verteiler dieses Einspruchs:

Intendanz des Westdeutschen Rundfunks

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>
Scroll down after link (page 113)

Verwaltungsgericht Düsseldorf, 27. Kammer, 27 K 5854/13.

Verwaltungsgericht Düsseldorf, 27. Kammer, .VG 27 K 308.14

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 0221-220-2000

Herrn Tom Buhrow
Intendant Westdeutscher Rundfunk
vertretungsberechtigt für
Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

50600 Köln

Velbert, 15.März 2018

Widerspruch mit 10 Punkten zum Bescheid vom 02.03.2018
(Bekanntgabe durch Eingang am 12.03.2018 nach Fax am 8.März
2018)

Ersuchen um Stellungnahme des Intendanten noch in diesem Monat gemäß
Punkt 5 des Widerspruchs

Sehr geehrter Herr Intendant,

seit 2007 wird uns eine Stellungnahme durch Intendanten des ÖRR verweigert.
Daher sehen wir uns jetzt gezwungen, Ihre Stellungnahme als Intendant gemäß
Punkt 5 des Widerspruchs zu den einzelnen Punkten des Widerspruchs sowie
zum Schriftsatz vom 06.März 2018 anzunehmen. Bitte geben Sie uns Ihre
Stellungnahme noch in diesem Monat.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Albin L. Ockl

Anlagen:

**Widerspruch vom 12.März 2018 zum Bescheid vom 02.03.2018
(Bekanntgabe durch Eingang am 12.03.2018 nach Fax am 8.März
2018)**

mit **Anlage 1 und 2**

Schriftsatz vom 06.März 2018 (Anlage 1) an
Herrn Tom Buhrow, Intendant des WDR und in Kopie an
Herrn Herrn Ulrich Wilhelm, ARD-Vorsitzender, Intendant des
Bayerischen Rundfunks,

Herrn Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 89)

als Ergänzung zur Verfassungsbeschwerde 1

BvR 444/18 vom 15.Jan.2018 zur Entscheidung

bei der zuständigen Richterammer im Ersten

Senat des BVerfG (Anlage 2) zugesandt

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 137)

Anlage 3

Festsetzungsbescheid mit vollstreckbaren Titel, mit freundlichen
Grüßen und Kontoauszug, zurückdatiert auf 02.03.2018, eingegangen
am 12.03.2018 nach Schriftsatz vom 06.März 2018 (Anlage 1,
abgesandt per Fax am 08.03.2018, 16:40 h), offensichtlich in
Abstimmung mit der Intendanz des WDR.

Legende unserer Schreiben an die Intendanz des WDR

Schriftsatz vom 31.12.2012

Hilfeauftrag zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über

27 Jahre Innovation durch Telekommunikation

Einspruch gegen GEZ-Bescheid

01. Innovation durch Telekommunikation

Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,

zu den Innovationsschwerpunkten der

Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003

02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-Höchstleistungen:

UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen

03. Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen. Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung

04. Widerspruchsbescheid des Westdeutschen Rundfunks ist eine hinterlistige Manipulation des Sachverhalts in Täuschungsabsicht, Notsituation von der GEZ gnadenlos ausgenutzt unter dem Deckmantel der Sachfremdheit von UMTS

05. Intendanz ist verantwortlich für die gnadenlose Treib- und Hetzjagd der GEZ, die von uns in einer Serie von Schriftsätzen informiert ist und diese als Sachfremdheit von UMTS abwimmelt

06. Bis heute: Diskriminierung aller Rehabilitierungsbemühungen,

bis heute: Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitierung,

bis heute: Unterdrückung von Zeugenaussagen und Beweisen

07. Stundung der GEZ-Gebühren bis zur gerichtlichen Klärung von Schadenersatz und Rehabilitierung

Rettung herausragender Zeitzeugnisse über 27 Jahre Innovation durch Telekommunikation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Schreiben vom 16.01.2013:

Zusendung der Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Schriftsatz vom 14.06.2013: Widerspruch gegen Gebührenbescheid

Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren:

08. GEZgnadenlos:

Rücktritt nach 3 Schreiben anstatt Verantwortung zu übernehmen

Untätigkeit trotz ausführlicher Informationen

Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf Opfer der UMTS-Auktion 2000

09. Wir sind Geschädigte, wir sind nicht schuld daran und können nichts daran ändern, wenn verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 bis heute nicht aufgearbeitet sind, wenn wir eine totale Diskriminierung trotz unserer Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland ertragen müssen, wenn wir deswegen Stundung der Gebühren beantragen müssen. Daher nochmals eine Information in Kurzform

10. Lebenserfahrungen der Geschädigten zu einem

Scherbenhaufen deutscher Politik, deutscher Verwaltung und deutscher Justiz: Vorwürfe gegen einen sogenannten Rechtsstaat

11. Recht auf Schadenersatz und Rehabilitierung:

Anhörungsresistenz des Deutschen Bundestags und der Justiz ist Ursache für Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten

12. Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten sind ein

Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit wegen

Diskriminierung ihres Rechts auf Schadenersatz und Rehabilitierung

13. Staatshaftung für einen Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal:

Schadenersatz und Rehabilitierung sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können

14. Informationsskandal: 13 Jahre lang Informationssperre über verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000

15. Geschädigte wollen keinen Nachlass der Rundfunkgebühren, sondern Stundung bis zur rechtsstaatlichen Klärung von Schadenersatz und Rehabilitierung. Daher unsere Bitte um Unterstützung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schriftsatz vom 07.07.2014: Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal

Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die Beigeladenen herbeizuführen.

16. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten:

Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz

wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

gegen

Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel

(Beklagte)

17. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Missbrauch von Staatsgewalt, Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, Bürger 2.Klasse im sogenannten Rechtsstaat Deutschland haben keine Grundrechte

18. Vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zum Verwaltungsgericht Regensburg: Bruder von bayerischer Verwaltung in den Tod getrieben.

Notlage des Alleinerben aus staatlicher UMTS-Auktion 2000 gnadenlos ausgenutzt, um Berufung am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof abzulehnen

19. Rundfunk mit privilegiertem Informationsauftrag sollte nicht diskriminieren, sondern sich aktiv an der Aufklärung beteiligen:

Öffentlicher Rundfunk darf nicht für staatliche Zwecke instrumentalisiert werden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schriftsatz vom 18.08.2015:

Widerspruch gegen Mahnung im Umfeld von politisch motivierter Zerschlagung: Staatliche Zwangsmaßnahmen und Zwangsmaßnahmen der Beteiligten während des laufenden Verfahrens sind als verwerfliche Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung und als verfassungswidrig abzuwehren

Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen.

15-Jahre-Jubiläum: Die Öffentlich-Rechtlichen sollten endlich nachdenken, inwieweit sie die Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ebenfalls diskriminiert haben und nun Beihilfe leisten zur politisch motivierten Zerschlagung.

20. Ein Jubiläum: 15 Jahre staatliche UMTS-Auktion 2000

Deutscher Rechtsstaat, der nach 15 Jahren seit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung zu einer Jahrhundert-Ungerechtigkeit nur desolate Justiz-Verfahren produziert und nur neue Ungerechtigkeiten hinzufügen kann, hat seinen Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit schwer beschädigt.

Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen Verfahren mit Klageschwerpunkt der politisch motivierten Zerschlagung vor Zivilgerichten

21. Politisch motivierte Zerschlagung und Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung durch angedrohte Zwangsmaßnahmen des WDR

Zurückweisung der Mahnung und der angedrohten Zwangsmaßnahmen

22. Politisch motivierte Zerschlagung durch die beklagte Bundesregierung und die ganze Republik schaut zu: Eine politische und juristische Odyssee

Der Deutsche Bundespräsident seit 2010

Der Deutsche Bundestag seit 2010

Das Bundesverfassungsgericht

Die Intendanten der öffentlich rechtlichen Rundfunkanstalten

Rechtsbeschwerde an den Bundesgerichtshof

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schriftsatz vom 14.07.2016:

Widerspruch gegen Mahnung / Bescheid im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen: Staatliche Zwangsmaßnahmen und Zwangsmaßnahmen der Beteiligten während des laufenden Verfahrens sind als verwerfliche Beihilfe zu politisch motivierten Zerschlagungen und als verfassungswidrig abzuwehren

Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen.

23. Schriftsatz vom 08.08.2015 mit Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen
Unerträglich: Auftrags-Antwort mit vollstreckbaren Festsetzungsbescheid vom 03.06.2016 (eingegangen am 15.06.2016)

Daher: Widerspruch und Antrag auf weitere Stundung der Rundfunkgebühren wegen schuldloser, erzwungener Notlage infolge politisch motivierter Zerschlagung im Doppelpack und kompletter Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör

24. Widerspruch gegen vollstreckbaren Festsetzungsbescheid gemäß laufender Anhörungsrüge am Bundesverwaltungsgericht als Vorbedingung für Verfassungsbeschwerde

Politisch motivierte Zerschlagung im Doppelpack mit rechtshängigen Schadenersatzverfahren beim Landgericht Wuppertal

In einem Rechtsstaat nicht mehr nachvollziehbar:

Komplette Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör trotz ausführlichem, qualifizierten Beweismaterials und verfügbarer hochqualifizierter Zeugenaussagen

25. Erste Zerschlagung:

Deutsche Justiz verantwortlich für unerträgliche Verzögerungen mit Versagung von rechtlichem Gehör im zivilrechtlichen Schadenersatzverfahren der ersten Zerschlagung Einleitung des Erinnerungsverfahrens mit Schriftsätzen vom 20.Mai 2016 und 18.Juni 2016 wegen Versagung von rechtlichem Gehör im bisherigen Verfahren mit Antrag auf Prozesskostenhilfe

unter Verwendung des Beweismaterials (Beweis-Ordner 0, 1, 2, 3, 4 mit Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 gemäß Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Klägers, separate Anlieferung, zuletzt bei OLG Düsseldorf wegen

Beschwerdeverfahren I-18 W 36/15)

Versagung des Zugangs zum Grundgesetz: Opfer ist gezwungen, mit Prozesskostenhilfe ohne anwaltliche Unterstützung durch alle Instanzen zu klagen, um am Bundesverfassungsgericht zu hören: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung, seit 2010.

26. Neue, zweite Zerschlagung mit irreversiblen Ausgang, jetzt auch in diesem Verfahren zusätzlicher Grund für Stundung der Rundfunkgebühren wegen erzwungener Notlage:

Klage auf posthume Rehabilitierung des verstorbenen Bruders und Schadenersatz wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit nach zweiter Petition an den Bayerischen Landtag und wegen kapitaler Vermögensschäden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schreiben vom 10.Sept. 2016 mit

Antrag auf Stundung der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 55)

Schreiben vom 26.Nov. 2016 mit

Antrag auf Erlass der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 61)

Schreiben vom 25.Nov. 2017 mit

Antrag auf Erlass der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 67)

Schreiben vom 10.Dez. 2017 mit

Antrag auf Erlass der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 74)

Schreiben vom 22.Januar 2018 mit

Antrag auf Erlass der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 81)

Schriftsatz vom 06.März 2018 als Ergänzung zur Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 15.Jan.2018 zur Entscheidung bei der zuständigen Richterammer im Ersten Senat des BVerfG

Einspruch gegen Mitteilung Ihres Beitragsservice (Beitragsnummer 250 514 940)

I. Schwerste Vorwürfe gegen die politische Spitze in Deutschland wegen staatlich erzwungener Altersarmut

Gigantische kriminelle Umverteilungspolitik der herrschenden Generation

seit 1998: Seit 20 Jahren zu erleiden, kein Weiter-so

Mit gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,

erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000,

unter Verantwortung von

> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)

> Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX).

unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

II. Persönlichkeiten der politischen Führung mit höchstem Lob über das Lebenswerk des umverteilten Justizopfers,

ein Lebenswerk für den digitalen Vorsprung in Deutschland, Europa und weltweit,

über 25 Jahre in jährlichem Turnus mit dem

weltweit größten Congressangebot zu den digitalen Innovationsschwerpunkten

Deutschland 2018: Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa

nach politisch motivierter Zerschlagung des umverteilten Opfers

trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, trotz Anerkennung durch

respektable Persönlichkeiten aus Deutschland, Europa und weltweit

III. Bis heute Wand des Schweigens:

Führende Persönlichkeiten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks verweigern Antwort zu

gigantischer, krimineller Umverteilungspolitik der herrschenden Politiker-Generation

Sprachlosigkeit ist kein gutes Argument für Mitverantwortung

an politisch motivierter und psychischer Zerschlagung,

an einer kriminellen, gigantischen Umverteilungspolitik, die Deutschland zum

Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa gemacht hat

IV. Bis heute Wand des Schweigens, in besonderer Weise

diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin mit Verteiler an Bundesminister und Staatssekretäre wurde

kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung:

Sprachlosigkeit ist kein gutes Argument für allmächtige Verantwortung

an politisch motivierter und psychischer Zerschlagung,

an einer gigantischen Umverteilungspolitik, die Deutschland zum Digitalisierungs-

Schlusslicht in Europa gemacht hat,

an Misshandlung umverteilter Opfer, die von einer weisungsgebundenen

Staatsanwaltschaft auf Weisung des Bundeskanzleramtes mit Freiheitsberaubung,

Hausfriedensbruch zur JVA verschleppt werden

V. Bis heute Wand des Schweigens trotz Nachweis:

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mitverantwortlich,

mitverantwortlich direkt an politisch motivierter Zerschlagung des Unterzeichners mit

nachgewiesenem Schaden von mind. **100.000 EUR**

mitverantwortlich durch Beteiligung an Wand des Schweigens über gigantische

Umverteilungspolitik

mitverantwortlich durch Unterbindung und Verhinderung möglicher Aufklärung über die

Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

VI. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk, Westdeutscher Rundfunk verhindern bis heute Aufklärung zu

Gigantischer, krimineller Umverteilungspolitik durch Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen zu gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

VII. **Kein Weiter-so:**

Schluss mit politisch motivierten, medial unterdrückten Zerschlagungen, Schluss mit Unterstützung durch eine Wand des Schweigens, durch einen massiven Verstoß des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks gegen ein qualifizierten Informationsauftrag im Staatsvertrag
Aufforderung zur Beantwortung dieses Schreibens

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 89)

Schriftsatz vom 12.März 2018 mit Widerspruch zum Bescheid vom 02.03.2018 (Bekanntgabe durch Eingang am 12.03.2018 nach Fax am 8.März 2018)

Zurückweisung jeder Falschinformation über verwaltungsgerichtliches Verfahren

27 K 5854/13 Verwaltungsgericht Düsseldorf

Zurückweisung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt mit Schreiben vom 08.März 2018 als Antwort auf Schreiben der Frau Ariane Krieger vom 20.Feb.2018 (eingegangen am 23.Feb.2018)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 113)

Schreiben vom 15.März 2018 und Widerspruch mit 10 Punkten zum Bescheid vom 02.03.2018 (Bekanntgabe durch Eingang am 12.03.2018 nach Fax am 8.März 2018)

Ersuchen um Stellungnahme des Intendanten noch in diesem Monat gemäß Punkt 5 des Widerspruchs

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 117)